

POLIZEI **BERICHT** 2008



POLIZEI
Hamburg

POLIZEI**BERICHT**2008

Impressum

- Herausgeber: Polizei Hamburg
Bruno-Georges-Platz 1
22297 Hamburg
- Telefon: 040 4286-56233
Telefax: 040 4286-56219
- E-Mail: polizeioeffentlichkeitsarbeit@polizei.hamburg.de
Internet: www.polizei.hamburg.de
- V.i.S.d.P.: Polizeipräsident Werner Jantusch
- Redaktionsleitung: Ralf Meyer
Koordination: Marco Herr
Redaktionsteam: Katja Lettau, Joachim Ferk, Ralf Meyer, Berndt Wagner und Marco Herr
Grafik/Layout: Ulrich Bußmann
- Fotos: Für die Bildmotivunterstützung bedanken wir uns bei Marco Zitzow (BILD Hamburg), der KTU der Polizei Hamburg, Rüdiger Gärtner (Rüga Medienservice), Hafen Hamburg/Sperber, dem ZDF und Boris Laewen, der Hamburg Marketing GmbH sowie Maynard Case, CraterValley Photo, Wolfgang Jargstorff, Superfiles, Franz Pfluegl, seen, higyou, pmphoto und idrutu (alle Fotolia.com)
- Druck: V.I.G. Druck & Media GmbH
- Auflage: 4 000
- Erschienen: Mai 2009

INHALT

- 5 Polizei Hamburg Ihr Garant für Sicherheit
Vorwort des Polizeipräsidenten
- 6 Eskalation am 1. Mai 2008
Zusammentreffen linker und rechter Demonstranten verhindert
- 8 Vor dem „Tag der Arbeit“
... und plötzlich fliegen Steine!
- 12 Erfahrungsbericht der LBP 44
Ausschreitungen am 1. Mai 2008
- 14 „Catch me if you can“ – Yes, we can!
Flüchtiger Millionen-Betrüger gefasst
- 17 Polizeiliche Kriminalstatistik 2008
Niedrigste Fallzahlen seit 1983
- 25 „Seid Ihr alle da ...?“
60 Jahre Polizeiverkehrskasper
- 27 Achtung, wir drehen ...
Wie realistisch sind Großstadttrevier und Co.?
- 30 Für die Seele sorgen
Die Arbeit der evangelischen und katholischen Polizeiseelsorge
- 32 Über Kimme und Korn
Neue Waffen für die Hamburger Polizei
- 35 Landespolizeischule
Keine Ausbildung wie jede andere!
- 39 Fahrrad-Codierung
Der „Fingerabdruck“ für Ihr Fahrrad
- 42 Verkehrsunfallstatistik 2008
Weniger verunglückte Kinder – Mehr Unfälle mit Sachschäden
- 46 Jahreskalender
- 50 Brandserie geklärt
Videoüberwachung überführte Brandstifter
- 54 Von Hamburg an den Hindukusch
Arbeit der Polizeimission EUPOL Afghanistan
- 57 Hamburger Polizeibeamte in Afghanistan
Erfahrungen eines Personenschützers
- 60 Falsche Liebe
Der Weg junger Frauen in ausländische Haftanstalten
- 64 Jahresbilanz der Wasserschutzpolizei 2008
Mehr Kontrollen – Weniger Beanstandungen
- 69 Internetkriminalität
99,90 Euro für die Vermittlung eines Neuwagens?
- 73 Einsatz auf 2 Rädern
Die neuen ProVida-Motorräder
- 75 Gelungene Einheitsfeier
Flexibles Polizeikonzept hielt Störer fern
- 77 Fußball-EM 2008
Das Konzept ging auf
- 81 Öffentliche Ehrung
für die Hamburger Polizei und ihre Stadtteilpolizisten
- 84 Die Wasserschutzpolizei
im Zeichen der Hafenenwicklung
- 86 Polizei Hamburg in Zahlen



Polizei Hamburg Ihr Garant für Sicherheit



Werner Jantosch,
Polizeipräsident

Das Jahr 2008 steht weltweit für den Beginn einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Steigende Arbeitslosenzahlen, Kursstürze an den Börsen, Bankenpleiten in Serie und staatliche Hilfspakete für Großunternehmen. Verständlicherweise herrscht dadurch bei vielen Menschen eine allgemeine Unsicherheit.

Da ist es doch schön zu hören, dass die Polizei Hamburg etwas Positives berichten kann, denn für die Polizei Hamburg war das Jahr 2008 **kein** Krisenjahr.

Ganz im Gegenteil!

Wenn Sie sich diesen Polizeibericht ansehen und die Artikel über die Polizeiarbeit im Jahr 2008 etwas

genauer lesen, werden Ihnen zwei Dinge besonders auffallen:

Zum einen, dass die Polizei Hamburg wieder einmal auf ein sehr einsatzreiches Jahr zurückblickt und zum anderen, dass diese Einsatze und die vielen anderen Ereignisse, Ermittlungen und Aktionen sehr erfolgreich bewältigt werden konnten.

Vor ein paar Wochen hat die Polizei Hamburg die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2008 vorgestellt. Diese Statistik und mehr als 80000 Straftaten weniger als noch im Jahr 2001 sind der Beweis für eine unverändert konsequente Polizeiarbeit und erfolgreiche Verbrechensbekämpfung zugleich. Wieder einmal ist Hamburg ein Stück sicherer geworden.

Doch so etwas geschieht nicht zufällig. Hier greifen alle die Maßnahmen positiv ineinander, die vor Ort zielgerichtet durch Prävention und Repression alltäglich durchgeführt werden. Und zwar von Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

tern, die mit ihrem weit überdurchschnittlichem Engagement und ihrer sichtbaren und nicht sichtbaren Präsenz für die Menschen in dieser Stadt einstehen und Ihnen damit das gute Gefühl von Sicherheit geben.

Gerade in Zeiten allgemeiner Unsicherheit ist die Polizei Hamburg ein Garant für Sicherheit. Während in den Medien zunehmend von Rezession, Finanzkrise oder Rettungspaketen gesprochen wird, ist es wichtig zu wissen, dass man sich auf seine Polizei verlassen kann.

Denn eins ist sicher: Wir werden uns nicht auf dem beschriebenen Ergebnis ausruhen, wir werden auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um den Menschen in Hamburg das Gefühl der Sicherheit zu geben.

Die Polizei Hamburg bleibt Ihr Garant für Sicherheit – darauf können Sie sich verlassen!

Werner Jantosch

Eskalation am 1. Mai 2008

Die Polizei verhinderte Zusammentreffen rechter und linker Demonstranten



Dirk Claussen, FLD 21,
Führungs- und Lagedienst

Größere Polizeieinsätze am 1. Mai sind für die Großstadt Hamburg nichts Ungewöhnliches. Die Gewaltbereitschaft am 1. Mai 2008 übertraf aber das bisher Dagewesene. Die traurige Bilanz lautete 30 verletzte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, 56 vorläufige Festnahmen und 227 Ingewahrsamnahmen. Wie kam es dazu?

Zur Vorgeschichte

Eine Hauptaktivistin der rechtsextremen „Freien Kameradschaften“ meldete einen Aufzug durch den Stadtteil Barmbek an. Der Tenor lautete: „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen – gemeinsam gegen Globalisierung“. Erwartet wurden vom Veranstalter 700 Teilnehmer. Nach bekannt werden dieser Anmeldung folgte eine Vielzahl von Gegendemonstrationsanmeldungen. Polizeilich besonders relevant war die Anmeldung eines Aufzuges des Bundesausschusses

der Studierenden in der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft). Der Aufzug sollte sich räumlich und zeitlich mit dem Aufzug der Rechten überschneiden. Das Ziel des Aufzuges lautete: „Heraus zum antifaschistischen 1. Mai – Den Nazis keinen Meter“. Die Teilnehmerzahl war mit 5 000 Personen angegeben.

Unerwartete Rechtssituation

Die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot des rechten Aufzuges lagen nicht vor. Damit blieb der Polizei die Möglichkeit, mit beschränkenden Auflagen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Die Versammlungsbehörde bei der Polizei versuchte in Kooperationsgesprächen mit den Anmeldern die räumliche und zeitliche Überschneidung so gering wie möglich zu gestalten. Dieses gelang jedoch nicht, sodass jeweils beschränkende Auflagen verfügt werden mussten. Zur Überraschung der Polizei beschloss das Obergericht Hamburg, dass der Aufzug der linken Gegendemonstranten in unmittelbarer räumlicher und zeitlicher Nähe zum Aufzug der Rechten stattfinden durfte. Dieser Umstand führte im Hinblick auf die Einsatzlage zu erheblichen Schwierigkeiten.

Kräftelage

Die zur Verfügung stehenden Hamburger Polizeikräfte reichten für die Einsatzbewältigung nicht aus. Einsatzkräfte der Bundespolizei und aus anderen Bundesländern wurden angefordert, konnten aber aufgrund von Einsatzgeschehnissen am selben Tag in den eigenen Ländern nicht im nötigen Umfang gestellt werden.

Einsatzentwicklung

Drei Phasen prägten den Einsatz: Anreise, Demonstrationen und Abreise. Schon während der Anreise am Morgen versuchten Störergruppen aus der linken Szene die Sammlung der rechten Demonstrationsteilnehmer zu verhindern. Dazu schreck-



ten sie auch nicht vor Straftaten zurück. Die gewählte Strategie mit Barrikadenbau, Sachbeschädigungen und Brandlegungen an vielen unterschiedlichen Örtlichkeiten zur selben Zeit forderte frühzeitig einen Großteil der Polizeikräfte.

Die Gewaltausübung steigerte sich mit zunehmender Nähe des Demonstrationsbeginns. Der S-Bahn- und Busverkehr zum Sammlungs-ort der Rechten am Bahnhof Alte Wöhr musste wegen der Störaktionen eingestellt werden. Rund um den Sammlungs-ort befanden sich gewalttätige linke Störergruppen, immer auf der Suche nach rechten Demonstrationsteilnehmern. Die Feuerwehr konnte nur unter Polizeischutz an die Brandherde gelangen. Die Aggressivität und Gewaltbereitschaft der Störer nahm ständig zu. Sachbeschädigungen am Eigentum Unbeteiligter wurden immer mehr Mittel zum Zweck. Der Beginn des Aufzuges der Gegendemonstranten verzögerte sich immer wieder, offensichtlich um eine direkte Konfrontation mit dem rechten Aufzug

zu ermöglichen. Die Polizei setzte an dieser Stelle ein großes Kräfteaufgebot ein, denn der Aufzug wies in der Spitze 6600 Teilnehmer auf, davon rund 1500 gewaltbereite Autonome. Parallel agierten rund 500 Störer im Umfeld mit Störaktionen weiter.

Die Polizei musste erhebliche Kräfte einsetzen, um ihre gefahrenabwehrenden Aufgaben im Zusammenhang mit

- dem Aufzug der Gegendemonstranten,
- Störaktionen im Umfeld,
- dem Sammlungs-ort und Aufzug der Rechten und
- dem Schutz der rechten Demonstrationsteilnehmer auf der Anreise

zu bewältigen.

Im weiteren Verlauf zeigte sich immer deutlicher, dass jetzt trotz tatkräftiger Unterstützung durch die Bundespolizei die Anzahl der Polizeikräfte nicht ausreichte. Der Polizeieinsatz musste sich verstärkt darauf konzentrieren, ein Aufeinandertreffen von rechten und linken Demonstrationsteilnehmern zu verhindern. Dieses führte allerdings dazu, dass weniger Polizeikräfte Störaktionen im Umfeld verhindern konnten. Linke Störergruppen versuchten immer wieder an den Aufzug der Rechten zu gelangen. Sie griffen Reisebusse und U-Bahnzüge, mit denen Rechte anreisten, mit Steinen an und zündeten mit Hilfe von Brandbeschleunigern Pkw an.

Überraschend war die große Anzahl der Störer kombiniert mit dem hohen Maß an Gewaltausübung. Besonders die Gewaltbereitschaft rechter Teilnehmer war neu. Bisher zeigten sich bei solchen Anlässen in Hamburg maximal 500 Teilnehmer

aus dem norddeutschen Raum. An diesem Tag kamen fast 1500 Personen aus der rechtsextremen Szene der gesamten Bundesrepublik. Verhielten sich die rechten Demonstrationsteilnehmer in der Vergangenheit überwiegend rechtskonform, so hatte die Polizei es diesmal mit mehrheitlich aggressiven und gewaltbereiten Rechten, darunter rund 400 „Autonome Nationalisten“ zu tun.

Diese waren sowohl äußerlich, wie auch im Verhalten, kaum von den autonomen Linken zu unterscheiden. Sie traten schwarz gekleidet und geschlossen auf.

Während der Abreise der Rechten am Abend trat noch keine Entspannung ein. Linke Störergruppen versuchten weiter vehement und mit Gewalt an rechte Gruppen zu gelangen.

Die Polizei war während des gesamten Einsatzes gezwungen, immer wieder den Schlagstock und Wasserwerfer einzusetzen und zwar zur Trennung der Störergruppen und um Angriffe (massiver Stein-, Flaschen- und Böllerwurf) auf sich selbst abzuwehren.

Fazit

Rund 1500 rechte Demonstrationsteilnehmer sahen sich rund 7000 Gegendemonstranten gegenüber. Die Anzahl der Gewaltausübenden in beiden Lagern war unerwartet hoch. Die Polizei wurde an diesem Tag an ihre Belastungsgrenzen geführt, konnte aber unter Aufbietung aller Ressourcen das oberste gesteckte Ziel erreichen: Eine direkte und massive Konfrontation rechter und linker Demonstrationsteilnehmer wurde verhindert.■



Vor dem „Tag der Arbeit“

... und plötzlich fliegen Steine!



Jana Frauen, LBP 11,
Landesbereitschaftspolizei

Für die Bereitschaftspolizei begann der „Tag der Arbeit“ bereits einen Tag früher...

Am 30. April

Menschen, überall Menschen – schwarz gekleidet. Mit Tüchern und Mützen verdecken sie ihre Gesichter und halten riesige selbst kreierte Plakate in die Luft. „Haut ab! Haut ab!“ rufen sie. Und das gilt uns. Obwohl doch eigentlich der Tenor der am 30. April stattfindenden Auftakt-Demonstration „Kapitalismus abschaffen! Für den Sozialismus – solidarisch und herrschaftsfrei! Für die soziale Revolution! Heraus zum 1. Mai“ lautet. Aber anscheinend richtet sich die Unzufriedenheit, der Misstrauen und die Aggression nur gegen die Polizei. Ein seltsames Gefühl, Hunderten von Menschen gegenüber zu stehen, die dich anscheinend hassen, weil sie in dir die Verkörperung des Staates sehen.

Aber trotzdem fühle ich mich sicher. Denn ich bin nicht allein: Den heutigen Aufzug begleiten wir mit

etwa 1100 Polizisten – vor, neben und hinter mir stehen überall Kollegen. Viele von ihnen sind erfahren im Hinblick auf solch eine Demonstration. Aber trotzdem habe ich im Hinterkopf die Frage: Was wäre, wenn die dieses mal doch etwas geplant haben, worauf wir nicht vorbereitet sind? Was, wenn Steine fliegen, bevor ich den Helm aufsetze? Doch der Aufzug hat erst einige Meter hinter sich gebracht, da heißt es „Helm auf!“, woraufhin ich mich gleich sicherer fühle.

An dem Aufzug nehmen zwar deutlich mehr Menschen teil, doch die gewalttätigen Aktionen von linken Teilnehmern beginnen erst im Anschluss an die Demo: Nach friedlichem Aufzugsverlauf befindet sich eine Vielzahl von Teilnehmern im Schanzenviertel, der Großteil der Polizei zieht sich zunächst zurück und wir warten auf den Fahrzeugen auf den nächsten Auftrag. Einmal kurz durchatmen und plötzlich müssen wir wieder losstürmen.

In Marschordnung rennen wir in das Schulterblatt, um auf dem Vorplatz der „Alten Flora“ eine in Flammen gesetzte Barrikade zu räumen – ein bekanntes Vorgehen, das jedoch für mich immer noch spannend ist. Doch nachdem wir mit unserer Hundertschaft den Platz geräumt haben, lautet unser nächster Auftrag:

Absperren. Und als sich nach zwei Stunden die Lage beruhigt hat, haben wir einige Stunden Feierabend, bevor uns ein sehr ereignisreicher Tag erwartet: der 1. Mai.

Der 1. Mai

Schon nach wenigen Stunden Schlaf haben wir um 05:30 Uhr Dienstbeginn. Auf dem gesamten Gelände der Polizei stehen Gruppenwagen, Wasserwerfer und weitere Polizeifahrzeuge aus Hamburg und anderen Bundesländern. Nachdem die Fahrzeuge mit unserer Schutzkleidung, Feuerlöschern, Verpflegung usw. aufgerüstet sind, begeben wir uns gegen neun Uhr zum Bahnhof Barmbek, von wo aus der Aufzug mit dem Tenor „Heraus zum antifaschistischen 1. Mai – Den Nazis keinen Meter“ beginnen soll.

Nach und nach sammelt sich dort eine Vielzahl von Menschen, später steigt die Teilnehmerzahl auf über 6000 Personen! Unter diesen sollen sich 3500 des gewaltbereiten links-extremistischen Spektrums befinden. Nachdem es am Tag zuvor kaum Auseinandersetzungen gegeben hat, sind heute in jedem Fall gewalttätige Aktionen zu erwarten. Die Anspannung auf unserer Seite steigt – und wie erwartet verzögert sich der Beginn des Protestmarsches um etwa eine Stunde. In dieser Zeit stellen

sich Demonstranten vor, hinter und neben uns auf. Das verursacht bei mir ein mulmiges Gefühl. Normalerweise stehen sie nur vor uns.

Um 12:00 Uhr setzt sich die Demonstration schließlich in Bewegung, doch schon nach wenigen Metern hält der Aufzug und über Funk werden erste kleine Auseinandersetzungen gemeldet. Es werden Feuerwerkskörper gezündet und aus der Menschenmenge heraus auf Kollegen geworfen. Als Clowns verkleidete Demonstrationsteilnehmer hüpfen und tanzen provokativ vor der Polizeikette umher, verschiedene Kleingruppen versuchen sich aus der Versammlung zu entfernen, um sich in Richtung der Demonstration der NPD zu bewegen, und im hinteren Teil des Aufzuges werden bereits Polizeikräfte von Personen aus dem sogenannten „Schwarzen Block“ angegriffen.

Plötzlich löst sich aus dem vorderen Teil der Demo, wo wir stehen, eine Gruppe von etwa 50 Personen und läuft gezielt in eine Nebenstraße – offensichtlich mit Zielrichtung der rechten Demo. Sofort erhalten wir den Auftrag, diesen zu folgen und die Aktion zu unterbinden. Mit zwei Zügen rennen wir hinter der Gruppe her, versuchen uns vor sie zu stellen, sodass sie nicht weiter in die Richtung gehen können. Als ich dabei nach links schaue, sehe ich plötzlich, wie ein Demonstrationsteilnehmer einer Kollegin den Helm vom Kopf reißt und sie sich nur mit Hilfe ihrer Kollegen vor einem weiteren Angriff schützen kann. Es bleibt aber keine Zeit, um die Situation in Ruhe zu klären, da wir sofort eine Polizeikette einnehmen müssen. Da wir deutlich in der Unterzahl sind,

um die Straße abzusperren und die Störer aufzuhalten, kommen kurze Zeit später zur Unterstützung zwei Wasserwerfer, die sich hinter uns aufstellen und bei Angriffen durch die Störer Wasser auf diese abgeben. Ich selbst hätte schon aufgrund der enormen Größe dieses Fahrzeuges Angst, aber viele Störer geben ihre Versuche, unsere Polizeikette zu durchbrechen erst auf, nachdem sie auch die Kraft dieses Einsatzmittels zu spüren bekommen.

Nachdem sich die Lage bei uns nach einiger Zeit beruhigt und der Großteil der Störer sich entfernt hat, kommt über Funk die Meldung, dass im Stadtpark Kollegen massiv mit Steinen, Flaschen und Farbbeuteln beworfen werden und dringend Unterstützung benötigen. Während der Fahrt mit dem Gruppenkraftwagen dorthin hören wir über Funk,



Sammelplatz der rechten Demonstranten

dass ein Streifenwagen sowie mehrere private Pkw angezündet wurden und völlig ausgebrannt sind.

An der Saarlandstraße angekommen, bietet sich ein erschreckendes Bild: ausgebrannte Fahrzeuge, entgaste Busse, Kollegen, die sich kaum vor den unzähligen Angriffen schützen können und einige Beamte, deren Gesichter und Kleidung vollständig mit roter Farbe verschmiert sind. Da die Störer weiterhin versuchen, uns Polizeibeamten gegenüber Gewalt auszuüben, setzten wir unseren Schlagstock ein – für mich mein erster Schlagstockeinsatz. In dem Moment jedoch denke ich gar nicht darüber nach, sondern mache es einfach so, wie wir es schon unzählige Male geübt haben.

Auf einmal steigen über Barmbek Rauchschwaden auf, es wirkt, als würde der gesamte Stadtteil brennen – ein Reifenlager wurde angezündet und steht in Flammen.

Dann plötzlich werden in der Hellbrookstraße von einer größeren Personengruppe Barrikaden gebaut und angezündet. Wir laufen mit unserer Hundertschaft dorthin, bilden eine Polizeikette und räumen mithilfe der Wasserwerfer die Barrikade: Wir gehen gemeinsam in einer Kette nebeneinander vor, der Wasserwerfer löscht die brennenden Gegenstände, die wir anschließend an den Fahrbahnrand räumen. Als wir die Störer erreicht haben, nehmen wir anschließend erneut eine Absperrung ein, um zu verhindern, dass die Personen wieder in Richtung Stadtpark gelangen.

Währenddessen erreicht uns die nächste Funkmeldung über einen brutalen Angriff: Störer haben versucht, einen Streifenwagen mitsamt

Fahrerin, die für Verkehrsmaßnahmen zuständig war, umzukippen. Schon hier wird deutlich, dass am heutigen Tage ein viel höheres und hemmungsloseres Gewaltpotential vorherrscht, bei dem sonst vorhandene Grenzen überschritten werden.

Da mittlerweile die rechte Demo mit etwa 1500 Teilnehmern begonnen hat und ein Aufeinandertreffen dieser mit dem linken Klientel im Bereich Rübenkamp verhindert werden soll, werden wir mit unseren Gruppenfahrzeugen abgeholt und dorthin gefahren. Da wir schon seit einigen Stunden den Helm tragen und keine Möglichkeiten zu einer kurzen Pause hatten, nutzen wir alle die kurze Fahrt, um den Helm abzunehmen und uns mit Getränken zu versorgen. Die Anstrengung und Erschöpfung ist meiner ganzen Gruppe anzusehen – jedoch ist auch deutlich zu spüren, dass alle vollkommen motiviert und bereit für den nächsten Auftrag sind. Für Angstgefühle oder Sorgen hat man keine Zeit.

Nach dieser kurzen Pause geht die Arbeit auch schon weiter. Am Rübenkamp hat sich schon eine große Gruppe linker Störer gesammelt, die offenbar zu dem rechten Aufzug gelangen wollen. Daher bilden wir eine Polizeikette, was bei unserem Gegenüber für Unverständnis und weitere Aggression sorgt. Trotz der Polizeipräsenz versuchen einige Störer, über das Gelände des dortigen Kleingartenvereins und auch des Krankenhauses die andere Seite unserer Absperrung zu erreichen, was wir jedoch größtenteils verhindern können.

Der von der NPD angemeldete Aufzug – „Arbeit und soziale Ge-



Brennende Fahrzeuge in der Saarlandstraße

rechtigkeit für alle Deutschen – gemeinsam gegen Globalisierung“ – zieht ohne große Zwischenfälle an uns vorbei. Doch auch hier wird eine Veränderung an den Demonstrationsteilnehmern deutlich. Erstmals befindet sich auch in diesem Aufzug ein sogenannter „Schwarzer Block“, der von der äußeren Erscheinung her kaum von dem der Linken zu unterscheiden ist.

Anschließend entfernen sich die eigentlichen Teilnehmer der linken Gegendemonstration in Richtung Norden. Da die Demo der NPD in Ohlsdorf enden soll, rennen wir zunächst einige hundert Meter zu unseren Fahrzeugen – und bei diesem Sprint spüre ich plötzlich die Erschöpfung, die schon kurz darauf wieder der Aufregung weicht.

In Ohlsdorf angekommen, stellt sich die Lage zunächst sehr ruhig dar. Da weitere Auseinandersetzungen jedoch in Kürze erwartet werden, versuchen wir mittels Absperrung die unbeteiligten Spaziergänger und Friedhofsbesucher fernzuhalten und zu schützen.

Nach der Schlusskundgebung der rechten Demo begaben sich deren Teilnehmer auf den Heimweg.

Zunächst denke ich, dass die Angriffe und gewalttätigen Aktionen ein Ende haben, doch dann befinden sich plötzlich hunderte Vermummte vor uns in der Fuhlsbüttler Straße, die laut schreien, auf uns zulaufen und uns mit Flaschen und Pflastersteinen bewerfen. Nachdem wir Verstärkung durch weitere Kollegen und Wasserwerfer erhalten haben, verbleibt die Personengruppe



in einem Abstand von etwa fünfzig Meter von uns, einige setzen sich auf die Straße und werden ruhiger. Andere hingegen bereiten sich auf ein erneutes Angreifen vor: Sie sammeln Flaschen, reißen Steine aus dem Gehweg und deponieren sie griffbereit. Doch nach geraumer Zeit scheint es, als verginge den Störern die Lust, und die Gruppe löst sich auf. Um einer erneuten Auseinandersetzung entgegen zu wirken, verbleiben wir so lange vor Ort, bis sich die Störer vollkommen entfernt haben.

Gegen 18:00 Uhr fahren wir schließlich zur Polizeiunterkunft, um endlich etwas zu essen und die Schutzkleidung für kurze Zeit abzulegen.

Da es in den nächsten Stunden keine Erkenntnisse über neue Störreaktionen gibt, werden wir über-

raschend gegen 21:00 Uhr aus dem Einsatz entlassen und machen uns auf den Heimweg.

Zuhause angekommen, schalte ich den Fernseher ein und schaue mir die Berichterstattung über den Tag an, wobei ich bei den Aufnahmen zum Teil Kollegen meiner Hundertschaft und mich selber sehe. Als ich die soeben erlebten Ereignisse im Fernsehen beobachte, kommt es mir vor, als wäre es noch viel schlimmer, als ich es selber erlebt habe. Es entsteht eine gewisse Distanz – ich habe das Gefühl, dass ich gar nicht dabei gewesen bin, so unwirklich erscheint es.

Doch als ich etwa zwanzig Minuten später einen Bericht über aktuelle Auseinandersetzungen in der Schanze sehe, kurz darauf mein Handy klingelt, ich alarmiert werde

und mich wieder auf den Weg zur Unterkunft mache, bin ich wieder mittendrin.

Auf der Dienststelle angekommen herrscht große Aufregung und Zeitdruck: Wir ziehen uns in Windeseile wieder um, beladen die Fahrzeuge und schon sind wir auf dem Weg in die Schanze, da es dort zu einem Barrikadenbau vor der „Flora“, der Entglasung einer Sparkassenfiliale sowie zu Angriffen und Bewürfen auf Polizeibeamte gekommen ist. Am Neuen Pferdemarkt sitzen wir von den Fahrzeugen ab und laufen in Richtung Flora. Unter andauerndem Bewurf mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern räumen wir mit Einsatz des Schlagstockes und Verstärkung durch die Wasserwerfer das Schulterblatt, woraufhin sich die Störer schließlich in die umliegenden Straßen entfernen. Während wir das geräumte Gebiet absperren, werden in den umliegenden Straßen neue Barrikaden gebaut. Beamte werden beworfen und angegriffen, diverse Müllcontainer und ein Pkw angezündet sowie Scheiben eines Supermarktes und einer Bank eingeworfen. Die Aktionen dauern einige Stunden an, bis sich gegen 03:00 Uhr der Großteil der Störer entfernt und die Lage sich deutlich beruhigt hat. Daraufhin werden wir letztendlich entlassen und können ein zweites Mal – dieses Mal endgültig für diesen Tag – die Heimreise antreten und uns ausruhen.■

Zur Person

Jana Frauen ist 24 Jahre alt und arbeitet nach Abschluss ihrer Ausbildung seit anderthalb Jahren in der Bereitschaftspolizei.

Erfahrungsbericht der LBP 44

Ausschreitungen am 1. Mai 2008



Jörn Diете, LBP 440,
Landesbereitschaftspolizei

Im Zuge der gewalttätigen Demonstrationen am 1. Mai 2008 im Stadtteil Barmbek und anschließend im Schanzenviertel wurde die Hamburger Polizei mit einem der schwierigsten und komplexesten Einsatzabläufe der jüngsten Vergangenheit konfrontiert.

Der Einsatz der Technik der Landesbereitschaftspolizei hatte aufgrund der Tatsache, dass nicht der geforderte Kräfteansatz zur Verfügung stand, der aus Sicht der Hamburger Polizei dem Anlass angemessen gewesen wäre, eine ganz besondere Bedeutung.

Die LBP 44 war mit vier Wasserwerfer-Staffeln, bestehend aus einem Werfer der Bundespolizei aus Ratzeburg, drei Bremer und fünf Hamburger Wasserwerfern in dem Einsatzabschnitt Aufzug „Links“ eingesetzt.

Unsere Aufgabe bestand vorerst darin, den Aufzug „Links“ parallel und in Form eines überschlagenden Einsatzes zu begleiten.

Die Störer agierten strukturiert bzw. planmäßig. Ihr Handeln war durch äußerste Brutalität und Rücksichtslosigkeit geprägt. Sie nutzten

u. a. zerkleinerte Gehwegplatten, Pflastersteine und Zwillen für ihre Angriffe gegen Polizeibeamte. Wie bereits bei anderen Einsatzen in der jüngeren Vergangenheit war auch am 1. Mai ein gruppendynamischer Effekt besonders bei den Jugendlichen zu beobachten. Scheinbar unbeteiligte und passive Zuschauer wechselten die Seite und griffen aktiv in das Geschehen ein, indem sie Flaschen und Steine in Richtung der Polizisten warfen.

Das Störerverhalten ließ sowohl hierarchische als auch taktische Grundzüge erkennen. Als Kommunikationsmedien wurden Handys und verschiedenfarbige Fahnen verwendet, mit denen Befehle in Form von Zeichen umgesetzt wurden.

So traten die Gewalttäter zunächst in Kleingruppen auf, um an unterschiedlichen Orten gleichzeitig operieren und Polizeikräfte an den

dort entstandenen Linien binden zu können. In diesem Zusammenhang wurden Fahrzeuge sowie Müllcontainer in Brand gesetzt, Barrikaden errichtet, Kleinf Feuer entzündet und diverse Sachbeschädigungen durch Einwerfen von Scheiben an Fahrzeugen und Geschäften begangen.

Im Anschluss formierten sie sich zu größeren Gruppen (bis zu 2000 Störer in dem Bereich Lauensteinstraße), die gezielt Absperungen der Polizei angriffen.

Phasenweise gingen bis zu 3000 gewaltbereite Personen konzentriert und zielgerichtet gegen die Polizeikräfte vor, indem sie massiv Pflastersteine sowie Flaschen und Knallkörper auf Polizeibeamte warfen. Die Angriffe konnten nur durch permanenten Wassereinsatz abgewendet werden.

Wasserwerfereinsatz gegen Störer



Eine rund 2000 Personen starke Menschenmenge griff die im Bereich Lauensteinstraße/Rübenkamp eingesetzten Kräfte der Bereitschaftspolizei mit einem derart schweren Steinbewurf an, dass selbst der kontinuierliche, beharrliche Einsatz von Wasser durch die dort eingesetzte Werferstaffel gerade eben ausreichte, die Linie zu halten sowie die Polizeibeamten vor schwerwiegenden Verletzungen zu schützen.

Zu diesem Zeitpunkt waren alle anderen Staffeln in vergleichbar brenzligen Situationen bzw. Lagen



Von Störern in Brand gesetzte Fahrzeuge



Störer errichteten Barrikaden



gebunden und die Wasservorräte nahezu ausgeschöpft, sodass die Wasserabgabe trotz der unablässigen Angriffe auf die eingesetzten Polizisten erheblich eingeschränkt werden musste, um den Schutz der eingesetzten Polizeikräfte überhaupt noch gewährleisten zu können. Aus der Harzlohstraße heraus beschossen bewaffnete Störer Polizeibeamte gezielt mit Zwillen, wobei die Angreifer Stahlmuttern verwendeten.

Der Anschlussauftrag, die Marschstrecke „Rechts“ in Form des überschlagenden Einsatzes an neutralen Punkten und Kreuzungen zu sichern, konnte aufgrund der bereits erläuterten knappen materiellen Ressourcen im Wasserwerferbereich nur durch viel Improvisationsvermögen und mit einem erheblichen Restrisiko in anderen Teilbereichen der Strecke gewährleistet werden.

Das Verlegen der Wasserwerfer im Einsatzraum war, bedingt durch die baulichen Gegebenheiten, äußerst schwierig. Zudem mussten zwei Werfer aufgrund eines Reifenschadens und eines defekten Strahlrohres mitten im Einsatz durch den Instandsetzungstrupp der 4. Hundertschaft repariert und die daraus resultierenden Lücken ausgeglichen werden.

Das Zusammenspiel zwischen den Einsatzkräften und der Technik war sehr professionell. Sowohl die Entschlossenheit im Vorgehen gegen das extrem gewaltbereite Störerpotenzial als auch die enorme physische Ausdauer der Kollegen sind in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben.

Dieser Gesichtspunkt wurde am

Abend des 1. Mai deutlich, als es im Schanzenviertel zu gewalttätigen Ausschreitungen kam.

Dabei wurden Steine und Flaschen auf Polizeibeamte geworfen und Straßen blockiert. Zum Teil wurden Müllcontainer und Bauschutt in Brand gesetzt, sowie die Glasfront der HASPA Schulterblatt eingeworfen. Daran beteiligt waren 400 Personen des autonomen links-extremistischen Spektrums.

Die Räumung des Schulterblattes mit Wasserwerfen, Kräften der Alarmabteilung Hamburg (Einsatzhundertschaften, die aus Polizeibeamten der Polizeikommissariate gebildet werden) und den nach der Alarmierung schnell eintreffenden Kollegen der Bereitschaftspolizei verlief routiniert und eingespielt.

Dieser Einsatz hat den immens hohen taktischen Wert des Wasserwerfers unter Beweis gestellt. Das konsequente Abgeben von Wasser hat unter den beschriebenen Rahmenbedingungen schwerwiegende gesundheitliche Folgen von den Versammlungsteilnehmern und den eingesetzten Polizeibeamten abwenden können.

Die aus einer Vielzahl von Einsatzanlässen erlangte Erfahrung, ständige Aus- und Fortbildungsmaßnahmen auch mit auswärtigen technischen Einheiten sowie das daraus resultierende Grundvertrauen zwischen den zusammenwirkenden Kräften haben den positiven Verlauf des Einsatzes maßgeblich mitbestimmt.

Der Einsatz der Technik kann sowohl die Bevölkerung als auch alle eingesetzten Polizeibeamten wirksam vor gravierenden Schäden schützen.■

Catch me if you can – Yes, we can!

Flüchtiger Millionen-Betrüger gefasst



Jörgen Blicke, LKA 23,
Landeskriminalamt

Geld, viel Geld würden ihm diese kleinen bunten Plastikkärtchen bringen. Mit leuchtenden Augen betrachtete Reiner B. die Scheck- und Kreditkarten, die ihm von einem Mittelsmann zugeschickt worden waren.

Jede dieser Karten war bares Geld für ihn. Man musste nur wissen, wie man die Banken zu überlisten hatte. Er war einer, der es genau wusste. Er war der Kopf dieser Bande. Eine halbe Million Euro hatte ihm seine Masche bereits eingebracht.

Allerdings waren ihm die Ermittler des Landeskriminalamtes Hamburg bereits auf die Schliche gekommen. Sie hatten ihn schon einmal erwischt. Aber er hatte Glück gehabt. Er war vor seiner Verurteilung wieder auf freien Fuß gekommen.

Einen Wermutstropfen gab es allerdings. Eine gute Freundin war in Nürnberg erwischt worden, als sie mit den neuen Karten Geld abheben wollte.

Aber ihn würden sie nicht erwischen. Ihn nicht! Er hatte sich selbst neulich im Fernsehen gesehen. Bei „Aktenzeichen XY...ungelöst“. Er

war doch ein wenig besorgt gewesen. Eigentlich hätte ihn jeder erkennen müssen. Drei Tage hatte er das Hotelzimmer nicht verlassen. Ein wenig stolz war er allerdings auch. Immerhin kam nicht jeder ins Fernsehen.

Er würde es der Polizei schon zeigen. Er wusste auch schon wie ...

Mit schmunzelnden Gesichtern sahen die Zielfahnder des LKA 23 auf den Computerbildschirm. Sie betrachteten die Homepage eines

Betrügers, der da mit großen Worten „Catch me if you can“ die Polizei verhöhnte. Er bezeichnete sich selbst als „König der Betrüger“. Die Aufforderung „Catch me if you can“ war einem amerikanischen Spielfilm entlehnt, in dem Leonardo DiCaprio einen Betrüger spielt – einer wahren Geschichte folgend.

„Kennt den jemand?“ war die bei den Zielfahndern in den Raum gestellte Frage. Allgemeines Kopfschütteln erfolgte.



Nähere Aufklärung erfolgte durch die Kollegen des Dezernates für Kreditkartenkriminalität. Reiner B. galt als Kopf einer Bande, die Banken um hohe Summen betrog. Ein Ende dieser Serie war nicht abzusehen.

Mit diesen Informationen war den Zielfahndern klar, dass sie diesen Betrüger doch beim Wort nehmen würden.

„Catch me if you can – Fangt mich, wenn ihr könnt“

Nun bringt es die Fahndung nach einem Betrüger immer mit sich, dass sich die Fahndungsmaßnahmen sehr schwierig gestalten. So war die Frage eines Fahnders „Können wir nicht lieber einen Mörder suchen?“ verständlich. Betrüger der Kategorie Reiner B. sind nicht wirklich auf der Flucht. Vielmehr ist es so, dass sie ständig falsche Personalien angeben, für alles eine erfundene Geschichte

bereit haben, ihre Bekannten und Verwandten anlügen und diese Geschichten teilweise auch so ausleben, dass sogar ein Lügendetektor diese Geschichten akzeptieren würde. Sie fallen also nicht auf, blicken sich nicht gehetzt um, sondern spielen ihre Rolle, als wäre es das echte Leben.

So begann die Fahndung mit akribischer Kleinarbeit. Die Taten des Reiner B. wurden penibel ausgewertet. Wie hatte er seine Taten begangen, wo hatte er seine Taten begangen und wie war er in den Besitz der Karten gelangt? In Zusammenarbeit mit den Ermittlern des zuständigen Dezernates bestand hier bald mehr Klarheit.

Anders sah es allerdings bei den Ermittlungen zu seinem persönlichen Umfeld aus. Er hatte alle Kontakte abgebrochen und schien sich sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern aufzuhalten. Wo also anfangen?

Da man keinen Anhaltspunkt für den Aufenthaltsort von Reiner B. fand, wurde der andere Weg gewählt. Man würde einfach den kleinen bunten Plastikkärtchen folgen, die irgendwann vielleicht bei Reiner B. ankämen...

Und es dauerte auch gar nicht lange, bis die Zielfahnder auf einen Briefkasten stießen, der das Ziel der Karten darstellte. Jetzt hieß es, Geduld zu haben und abzuwarten. Eine Fähigkeit, die jeder Fahnder bis zur Perfektion beherrscht. Und die häufig zum Erfolg führt. So auch hier.

Keiner der Hausbewohner eines unscheinbaren Mehrfamilienhauses in der Hamburger Innenstadt hatte sich Gedanken über einen neuen Briefkasten gemacht. Den Namen,

der auf diesem Kasten verzeichnet war, kannte niemand. Dies war auch kein Wunder. Erstens wohnte er auch nicht hier im Hause und zweitens war der Name falsch. Aber die Post wurde regelmäßig abgeholt. Dieses Mal warteten allerdings Zielfahnder auf den Kurier, der hier Post abholte.

Michael S. blickte sich mehrfach um, als er das Haus betrat. Niemand war in der Nähe. Wenige Schritte zum Briefkasten und den Schlüssel im Schloss gedreht. Bevor er die Post entnehmen konnte, legten sich stählerne Armbänder um seine Handgelenke. Freundliche Stimmen teilten ihm mit, dass er festgenommen sei.

Reiner B. würde diese Sendung nicht erhalten.

Wenig später meldete sich per Telefon ein Timo F. bei den Zielfahndern, der seine Hilfe anbot. Er habe früher mit Reiner B. zusammengearbeitet und sei selbst von ihm betrogen worden. Nun wolle er helfen, ihn dingfest zu machen.

Mit aufkeimendem Verdacht im Hinterkopf entschloss man sich, diese „Hilfe“ anzunehmen. Bald gab es einen ersten konkreten Hinweis auf ein Hotel in Frankreich. Die Zielfahnder baten ihre französischen Kollegen um Unterstützung. Tatsächlich wurden in dem genannten Hotel falsche Papiere und eine Reihe von Kreditkarten gefunden. Von Reiner B. jedoch keine Spur.

Wieder wurde ein Briefkasten entdeckt. Diesmal in Wiesbaden. Auch hier sollte der Kurier die Bekanntschaft einiger freundlicher Beamten machen, die ihm eine feste Unterkunft im Untersuchungsgefängnis in Aussicht stellten.

Von Reiner B. immer noch keine



Spur. Allerdings wurde das Misstrauen gegenüber Timo F. größer. Seine Hinweise auf angebliche Aufenthaltsorte von Reiner B. lagen fast immer sehr weit entfernt. Der letzte Hinweis bezog sich schon auf Indien. Sollte die Polizei von näher liegenden Zielen abgelenkt werden? Man beschloss, sich eingehender mit ihm zu beschäftigen. Und bald war klar, dass Timo F. durchaus kein Menschenfreund, sondern immer noch ein Mittäter des Reiner B. war. Beide schienen sogar gleichberechtigt an der Spitze der Organisation zu arbeiten.

Wie jeder Kriminelle, vor allem derjenige, der überheblich wird, wurden auch von Reiner B. und Timo F. Fehler gemacht, bei denen sich die Zielfahnder die Hände reiben. Timo F., der die Polizei auf falsche Spuren setzen wollte, stand deshalb jetzt auf der Prioritätenliste der Fahnder ganz oben.

Bald wussten die Zielfahnder, welche Geldautomaten aufgesucht wurden, um Scheck- und Kreditkarten zu Geld zu machen. So warteten die Fahnder in bekannter Geduld vor Geldautomaten, um auf Timo F. zu warten. Und er kam.

Großes Erstaunen bei den Zielfahndern, als sie sahen, dass ihnen jedoch nicht Timo F., sondern der seit viel längerer Zeit gesuchte Reiner B. ins Netz gegangen war. In seinem Hotelzimmer wurden eine Vielzahl von Kredit- und Scheckkarten und auch eine riesige Menge falscher Personalausweise gefunden. Auch Reiner B. sitzt jetzt im Hamburger Untersuchungsgefängnis. Letztlich hatte er rund zwei Millionen Euro Schaden angerichtet.

„Catch me if you can“ war die



Aufforderung und heute können wir sagen: „Yes, we can“.

Reiner B. hätte den Film zu Ende sehen sollen. Sowohl Leonardo DiCaprio als auch die reale Person, die hinter diesem Film stand, waren von der Polizei festgenommen worden.

Und wie ging die Fahndung nach Timo F. weiter?

In Italien konnten die Fahnder seine Spur wieder aufnehmen. F. gelang in letzter Minute die Flucht. Er musste wieder Papiere und Geräte zurücklassen, die er brauchte, um seine Betrügereien zu begehen.

In akribischer Kleinarbeit konnte man seine Spur nach Polen und von dort zurück nach Deutschland verfolgen. Letztlich landete man in Berlin.

Ungläubiges Staunen bei den Fahndern: Timo F. schien nicht wirklich auf der Flucht zu sein. Vielmehr bereitete er in aller Ruhe

wieder seine Taten vor. Er mietete Wohnungen an, ließ Briefkästen beschriften und bestellte Kreditkarten bei verschiedenen Banken. Aber mit jeder seiner Aktionen kamen ihm die Beamten einen kleinen Schritt näher, bis sie bei ihm in Berlin-Wedding vor dem Haus standen.

Aber Timo F. schien misstrauisch geworden zu sein. Er hatte seine wichtigsten Dinge zusammengepackt und ein Taxi bestellt. Vor den Augen der Polizei stieg er ein und fuhr davon.

Allerdings nicht weit. Ein Sonder-Einsatzkommando der Berliner Polizei stoppte die Fahrt. Seine Worte, er sei nicht der Gesuchte, fand keinen rechten Glauben bei den eingesetzten Beamten.

Sowohl Reiner B. als auch Timo F. haben nunmehr ein umfangreiches Geständnis abgelegt.

Sie können jetzt gemeinsam darüber nachdenken, ob es sich lohnt, die Polizei herauszufordern. ■

Polizeiliche Kriminalstatistik 2008

Niedrigste Fallzahlen seit 1983



Martin Claussen, LKA SP, Strategische Planung der Verbrechensbekämpfung

Für das Jahr 2008 bilanziert die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für die Freie und Hansestadt Hamburg nach dem leichten Anstieg der Fallzahlen im Vorjahr einen Rückgang um 604 (-0,3 %) auf 236.444 Fälle. Das ist der niedrigste Stand seit 1983.

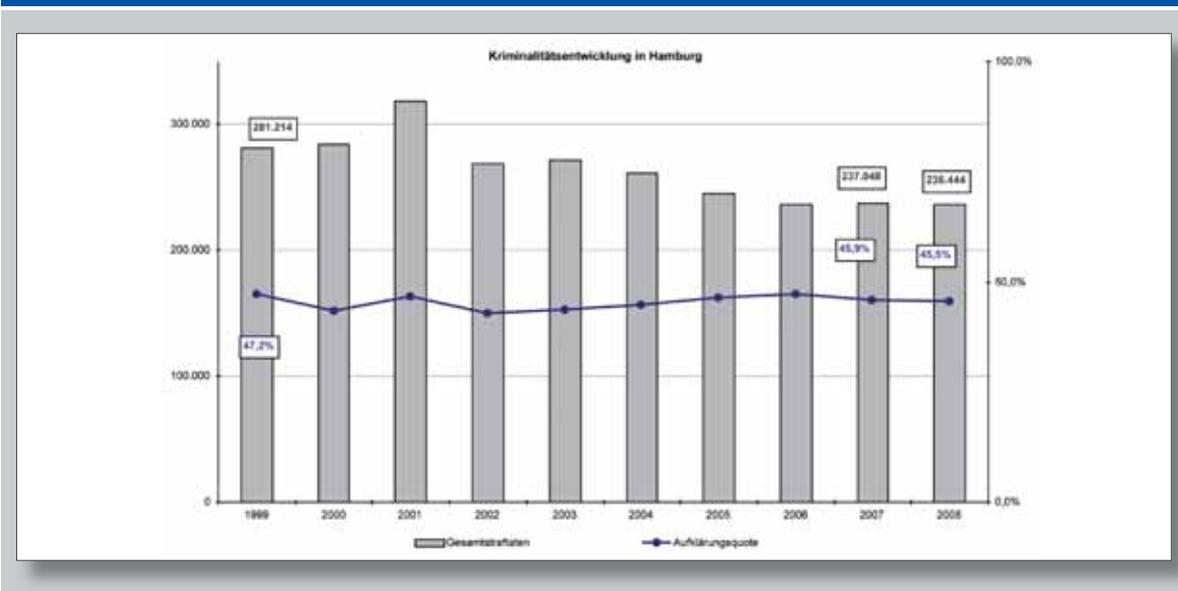
Die Aufklärungsquote (AQ) ging leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 45,5 % zurück. Sie liegt jedoch um 0,3 Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Wert der letzten zehn Jahre.

Für die im Langzeitvergleich feststellbaren Fallzahlschwankungen sind statistische Erfassungsbesonderheiten, Änderungen von Bearbeitungsverfahren der Polizei, die Kontrollintensität der Polizei und/oder privater Sicherheitsunternehmen sowie z. B. Strafrechtsänderungen ursächlich (siehe **Abbildung 1**).

Die Häufigkeitszahl, d. h. die Anzahl der registrierten Delikte pro 100.000 Einwohner, stellt sich für die vergangenen zehn Jahre wie in **Abbildung 2 auf Seite 18** gezeigt dar.

Die Deliktsstruktur für das Jahr 2008 gibt die **Abbildung 3 auf Seite 19** wieder: Die Diebstahlsdelikte insgesamt machen nach wie vor etwa die Hälfte (45,8 %) aller registrierten Straftaten aus (Vorjahr: 46,4 %). Straftaten gegen das Leben, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Rohheitsdelikte (u. a. Raub- und Körperverletzungsdelikte) haben einen Anteil von 13,9 % (Vorjahr: 13,4 %). Die Anteile der Gewalt-

[Abb. 1] Kriminalitätsentwicklung in Hamburg



Rauschgift- und Vermögensdelikte blieben nahezu unverändert.

Im Detail stellt sich die Fallzahlentwicklung wie folgt dar:

Es werden im Wesentlichen Rückgänge für

- **Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen insgesamt** um 2577 (-12,0 %) auf 18954 Fälle,
- **Ladendiebstahl insgesamt** um 828 (-5,2 %) auf 15032 Fälle,
- **Diebstahl in/aus Boden-, Kellerräumen und Waschküchen** um 833 (-15,0 %) auf 4725 Fälle,
- **Betrug mit rechtswidrig erlangten unbaren Zahlungsmitteln** um 1802 (-32,0 %) auf 3835 Fälle,
- **Erschleichen von Leistungen** um 1661 (-13,3 %) auf 10825 Fälle

verzeichnet.

Zunahmen werden dagegen im Wesentlichen für:

- **die (vorsätzliche leichte) Körperverletzung** um 1053 (7,1 %) auf 15925 Fälle,
- **Diebstahl/unbefugtes Benutzen von Fahrrädern insgesamt** um 574 Fälle (4,9 %) auf 12322 Fälle,
- **Wohnungseinbruchdiebstahl** um 1099 (19,2 %) auf 6811 Fälle,
- **Taschendiebstahl insgesamt** um 554 (5,9 %) auf 9937 Fälle,
- **Waren- und Warenkreditbetrug** um 3555 (75,0 %) auf 8293 Fälle,

- **sonstige Sachbeschädigungen auf Straßen, Wegen oder Plätzen** um 809 (16,1 %) auf 5837 Fälle bilanziert.

Tatverdächtige

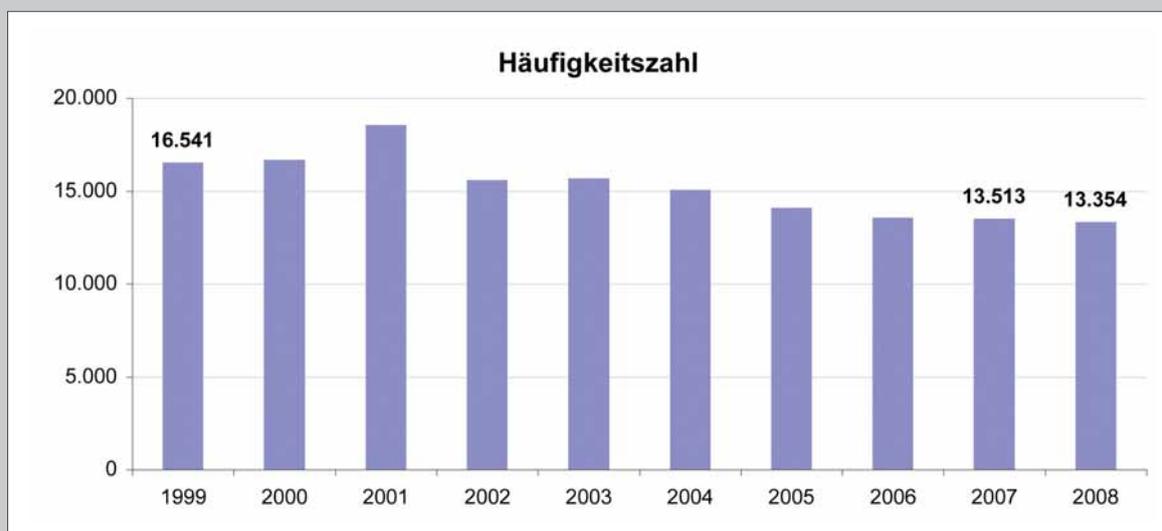
Im Jahr 2008 wurden von der Polizei insgesamt 70133 Tatverdächtige (TV) registriert, das entspricht einer Abnahme um 3026 (-4,2 %) gegenüber dem Vorjahr.

Bei den Tatverdächtigen sind, wie bereits in den letzten Jahren, heranwachsende und jugendliche Tatverdächtige im Vergleich zu ihrem konstant gebliebenen Anteil an der Wohnbevölkerung überrepräsentiert.

Prinzipiell muss bei Bezügen von Tatverdächtigenzahlen zur Wohnbevölkerung immer beachtet werden, dass bei Zuständigkeiten nach dem Tatortprinzip auch jene TV in der PKS subsumiert werden, die nicht in Hamburg wohnen oder für die der Wohnort Hamburg nicht eindeutig feststellbar ist. Dies trifft auf insgesamt 17762 TV zu. Der Anteil dieser nicht zwingend der Hamburger Wohnbevölkerung zuzurechnenden TV beträgt ca. 25 %. Dieser hohe Anteil ist bei jedem Bezug von PKS-Zahlen zu Wohnbevölkerungszahlen für die Interpretation zu berücksichtigen.

Das Land Hamburg hat im Bundesvergleich den höchsten Anteil von Nichtdeutschen an der Wohnbevölkerung. Aktuell beträgt ihr Anteil in Hamburg 14,3 %. Im Jahr 2008 wurden insgesamt 19412 nichtdeutsche Tatverdächtige registriert, was einer Abnahme um 9,7 % bzw.

[Abb. 2] Anzahl registrierter Delikte pro 100000 Einwohner



2085 Tatverdächtigen entspricht. Der Anteil der Nicht-deutschen an allen ermittelten Tatverdächtigen ist gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum leicht rückläufig und liegt bei 27,7 % (siehe **Abbildung 4 auf Seite 20**).

Jugendkriminalität

Im Jahr 2008 wurden mit insgesamt 17 038 TV unter 21 Jahren (TVu21) 1 343 bzw. 7,3 % weniger registriert als im Vorjahr, damit ist im Zehnjahresvergleich die Anzahl um 10,2 % gesunken.

Der Anteil der unter 21-Jährigen an allen Tatverdächtigen im Jahr 2008 beträgt 24,3 %, ihr Anteil an der Wohnbevölkerung liegt dagegen nur bei 18,5%. Demnach treten die unter 21-Jährigen überproportional als TV in Erscheinung. Der Anteil der TVu21 an allen TV im Bereich der Gewaltkriminalität beträgt für das Berichtsjahr 39,8 % und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozentpunkte gesunken.

Eine Erklärung für das häufigere Auftreten von jugendlichen TV ist, dass jugendtypische Delikte oft bagatellhafter Natur sind. Darüber hinaus sind die Taten aufgrund ihrer oft unprofessionellen, gelegenheitsgesteuerten und wenig planvollen Handlungsweisen leichter aufzuklären. Besonders der häufige Aufenthalt Jugendlicher im öffentlichen Raum kann dazu führen, dass viele Normverstöße zu Konflikten mit Erwachsenen und der Polizei führen.

Die Anzahl der Straftaten, die durch diese Altersgruppe insgesamt verübt wurden, ist um 680 Fälle (-2,4 %) auf

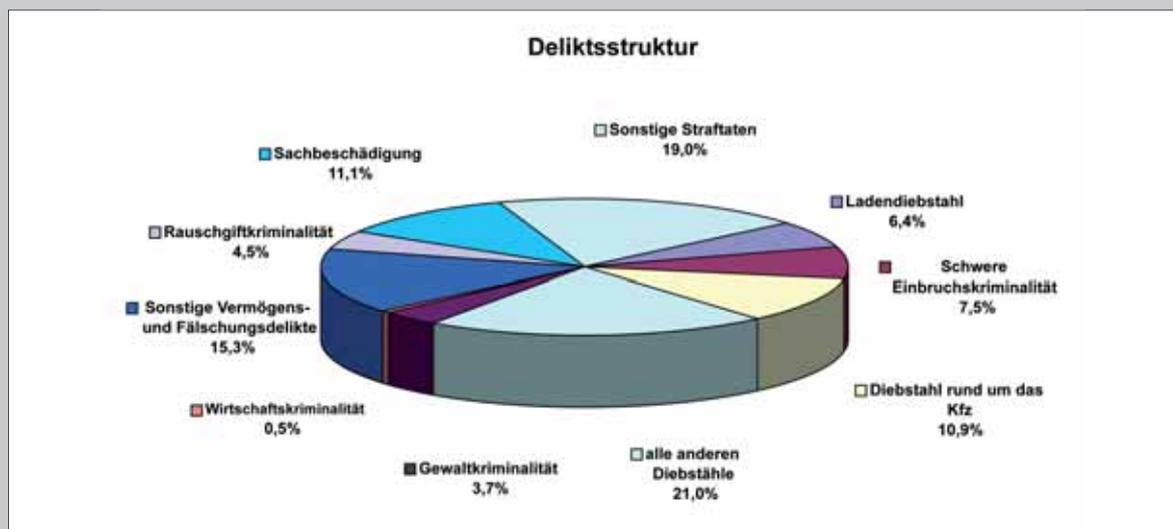
25 088 Fälle gesunken. Kontroll- und Eigentumsdelikte bilden auch im Jahr 2008 bei den jungen Tatverdächtigen den deliktischen Schwerpunkt (siehe **Abbildung 5 auf Seite 21**). Das Sicherheitsgefühl der Bürger wird durch diese Delikte (wie z. B. Leistungerschleichungen und Ladendiebstahl) nur in geringem Maße beeinträchtigt.

Erkenntnisse aus Dunkelfeldstudien lassen den Schluss zu, dass der Anstieg der polizeilich registrierten Jugendkriminalität in den vergangenen Jahren auf eine zunehmende öffentliche Gewaltmissbilligung (häufigere Anzeigenerstattung) zurückzuführen ist. Mitursächlich für diese Dunkelfeldaufhellung sind u.a. polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität, wie norm- und hilfeverdeutlichende Gespräche, Einsatz von Cop4U und aktuell die Einführung des behördenübergreifenden Handlungskonzeptes „Handeln gegen Jugendgewalt“.

Der Jugendbegriff lässt sich nicht mehr ausschließlich auf unter 21-Jährige begrenzen. Die Lebensphase Jugend hat sich verlängert. Neben Aspekten wie längere Schul- und Ausbildungszeiten und dementsprechender ökonomischer Abhängigkeit vom Elternhaus unterscheidet sich das Freizeitverhalten von unter 30-Jährigen heutzutage kaum von dem der Jugendlichen und Heranwachsenden. Somit geraten auch über 21-Jährige vermehrt in jugendtypische Konfliktsituationen.

Die **Abbildung 6 auf Seite 22** zeigt, dass die Kriminalitätsbelastung der Heranwachsenden (18 bis unter 21

[Abb. 3] Struktur der Delikte



Jahre) der Jungerwachsenen (21 bis unter 25 Jahre) sowie der jungen Erwachsenen (25 bis unter 30 Jahre) deutlich höher als die der Gesamtbevölkerung (TBVZ: 4 246) ist.

Ausgewählte Kriminalitätsbereiche

Wie bereits eingangs erwähnt machen die Diebstahlsdelikte insgesamt etwa die Hälfte (45,8 %) aller registrierten Straftaten aus.

Nach einem leichten Anstieg von 1 % im Jahr 2007 setzt sich der seit 2002 festgestellte rückläufige Trend bei den **Diebstahlsdelikten insgesamt** weiter fort. Im Jahr 2008 ist ein Rückgang um 1 663 (-1,5 %) auf 108 296 Taten (Vorjahr: 109 959) festzustellen. Die AQ lag bei 20,5 %.

Während bei den Einbruchsdiebstählen in Gaststätten, Büros und Wohnungen Steigerungen zu verzeichnen sind, konnten bei den Geschäfts- und Kellereinbrüchen sowie bei den Diebstählen rund um das Kfz Rückgänge festgestellt werden.

Von 1990 bis 2006 wurde beim **Wohnungseinbruch** ein Rückgang der Fallzahlen um mehr als zwei Drittel verzeichnet. Diese positive Entwicklung setzte sich sowohl 2007 als auch 2008 nicht weiter fort. Für das Jahr 2008 wurde erneut eine deutliche Steigerung um 1 099 (19,2 %) auf 6 811 Taten registriert. Der Versuchsanteil liegt mit 36,2 % auf dem Niveau der Vorjahre. Die Aufklärungsquote beträgt 8,0 %.

Die Polizei Hamburg hat auf das Phänomen steigender Fallzahlen im Deliktsbereich bereits re-

agiert. Neben der Intensivierung der Aus- und Fortbildung und der Spurensicherung erfolgte darüber hinaus eine Optimierung von Verfahrensabläufen und Bekämpfungsstrategien, z.B. durch den verstärkten Einsatz von Zivilfahndern. Ergänzend wurde zum 20. Januar 2009 die „Besondere Aufbauorganisation Haus- und Wohnungseinbruch“ (BAO HWE) mit dem Ziel eingerichtet, frühzeitig Täterstrukturen und Tatserien zu erkennen und zu bekämpfen.

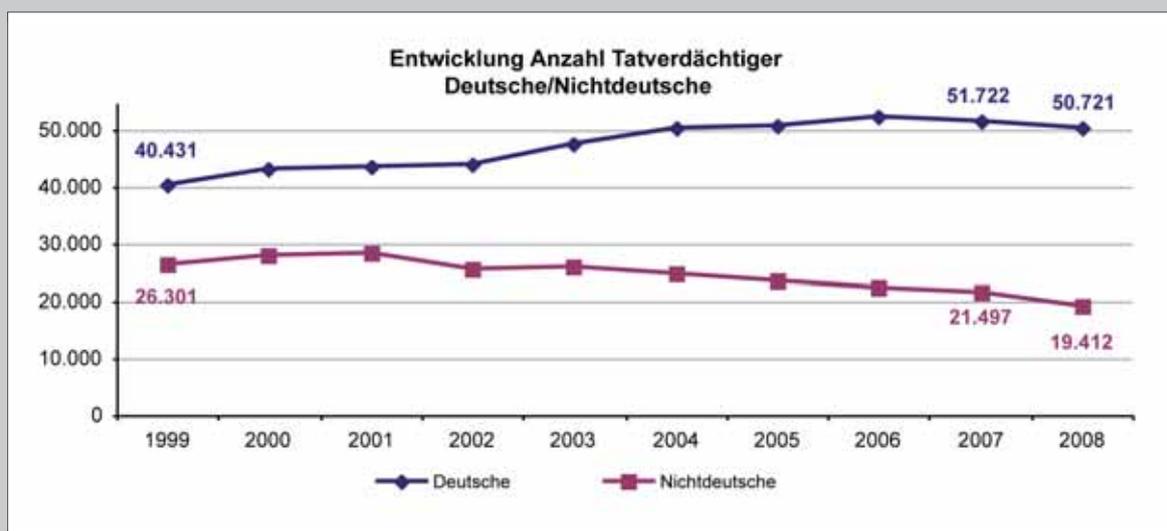
Diebstähle rund um das Kraftfahrzeug haben einen Anteil von etwa einem Viertel an allen Diebstahlsdelikten. Sie verzeichnen einen Rückgang von 2 699 (-9,4 %) auf 25 867 Taten. Im Detail bedeutet dies, dass der Diebstahl von Kfz stagniert (2 047 Taten), der Diebstahl in/aus Kfz um 12,0 % auf 18 954 Taten und der Diebstahl an Kfz um 2,6 % auf 4 866 Taten zurückgegangen ist.

Im Bereich des Diebstahls rund ums Kraftfahrzeug zeigen die gezielten Schwerpunkteinsätze der örtlichen Polizeikommissariate, der verbesserte Diebstahlsschutz der Autohersteller und die Anwendung der lageabhängigen Kontrollmöglichkeiten nach dem novellierten Polizeirecht ihre Wirkung.

In der PKS wurde im Bereich der **Wirtschaftskriminalität** im Jahresvergleich ein Anstieg um 269 (27,0 %) auf 1 264 Fälle registriert.

Die Veränderungen der Fallzahlen im Bereich der Wirtschaftskriminalität sind abhängig von Anzahl und Umfang großer Ermittlungsverfahren. Verfahren dieser Art

[Abb. 4] Entwicklung und Anzahl Tatverdächtiger (Deutscher/Nichtdeutscher)



hatten 2008 keinen gravierenden Einfluss auf die PKS.

Beim **Waren- und Warenkreditbetrug** verzeichnet die PKS einen Zuwachs um 3 555 (75,0 %) auf 8 293 Fälle.

Dabei stieg im Vergleich zum Jahre 2007 der **Warenbetrug** im Berichtsjahr um 482 (22,0 %) auf 2 675 Fälle und der **sonstige Warenkreditbetrug** um 3 087 (123,7 %) Fälle.

Ein Warenbetrug wird u. a. dadurch begangen, dass der Täter Artikel im Internet zum Verkauf anbietet, die Ware aber bei Erhalt des Geldes nicht ausliefert. Beim sonstigen Warenkreditbetrug besteht die Tatausführung häufig darin, dass der Tatverdächtige die Geschädigten täuscht, indem er unter Verschleierung seiner wahren Identität Waren bestellt, diese aber nach Erhalt nicht bezahlt.

Obwohl Anbieter von Internet-Auktions- und Handelsplattformen Sicherheitsvorkehrungen wie den Treuhandservice anbieten, verzichten viele Nutzer darauf und liefern ihre Ware ohne die angebotene Absicherung. Ein Fallrückgang wird daher für diesen Deliktsbereich nicht erwartet.

Die **Gewaltkriminalität** – mit einem Anteil von 3,7 % an den insgesamt registrierten Straftaten – war auch im Jahr 2008 weiterhin zentrales Thema polizeilicher Arbeit und der öffentlichen Diskussion. Die Fallzahlen bewegen sich mit 8 846 Taten auf Vorjahresniveau. Die AQ lag bei 64,7 %. Die Deliktsfelder Raub und gefährliche und schwere Körperverletzung haben mit zusammen 8 515 Fällen einen Anteil von 96,3 %. Die Struktur der

Gewaltkriminalität veränderte sich in den letzten Jahren deutlich. Im Zehnjahresvergleich ist zu beobachten, dass die Fallzahlen für Raubdelikte sinken (-2 394 Fälle bzw. -44,3 %), die Fallzahlen für die gefährliche und schwere Körperverletzung hingegen auf vergleichbarem Niveau steigen (2 119 Fälle bzw. 62,5 %).

Die Anzahl der registrierten **Raubstrafaten** sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 88 (-2,8 %) auf 3 005 Taten. Die AQ liegt mit 41,5 % auf Vorjahresniveau.

Raubüberfälle auf Geschäfte sind um 48 (34,5 %) auf 187 Taten gestiegen. Die Aufklärungsquote liegt mit 38,0 % (Vorjahr: 32,4 %) 5,6 Prozentpunkte über der des Vorjahres.

In den Deliktsbereichen **Handtaschenraub** und **sonstige Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen** wurden die Maßnahmen der vergangenen Jahre fortgeführt.

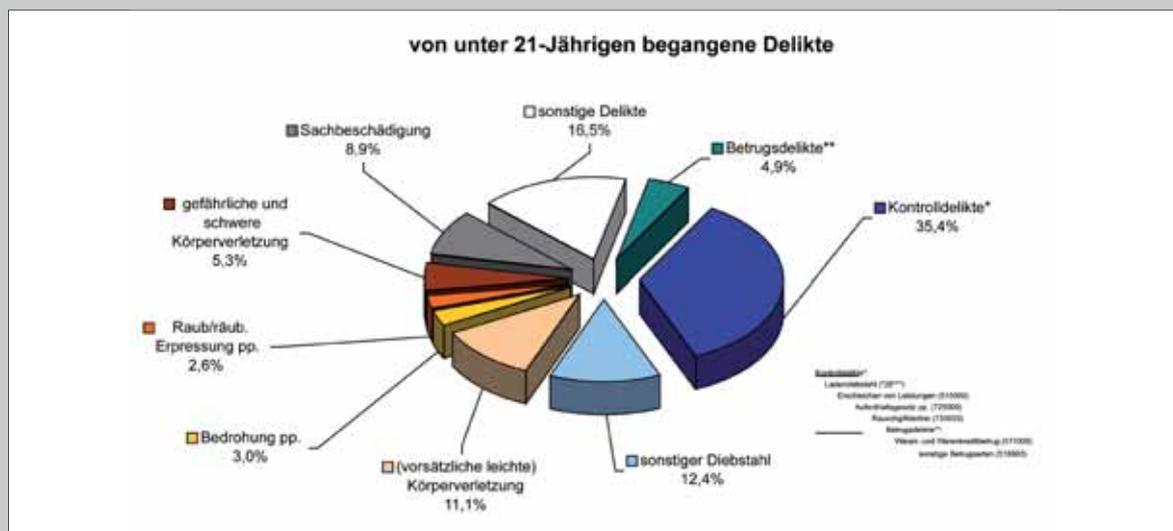
Diesen Deliktsbereichen begegnet die Polizei durch:

- tatzeitnahe kriminalpolizeiliche Reaktion unter Ausschöpfung der strafprozessualen Möglichkeiten (ED-Behandlung¹, DNA-Probenentnahme) auch zum Zwecke der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung,
- Ausschreibung von Intensivtätern sowie
- verstärkte uniformierte und zivile Präsenz in Tathäufigkeitsgebieten.

Die Fallzahlen beim **Handtaschenraub** stiegen gegen-

1 Erkennungsdienstliche Behandlung

[Abb. 5] Delikte, die von unter 21-Jährigen begangen wurden



über dem Vorjahr um 22 auf 194 Taten. Es wurden 27,8 % (Vorjahr: 23,8 %) der Taten aufgeklärt. Wie im Vorjahr sind die Opfer in rund der Hälfte aller Fälle 60 Jahre und älter.

Die Zahl der registrierten Fälle **der sonstigen Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen** ging gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 138 (-7,1 %) auf 1799 Taten zurück. Seit acht Jahren sind die Fallzahlen in diesem Deliktsbereich rückläufig. Die Aufklärungsquote liegt mit 32,7 % etwa auf Vorjahresniveau. Die sonstigen Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen machen 59,9 % der Raubstraftaten insgesamt aus.

Deutschlandweit sank die Häufigkeit der **Tötungsdelikte** seit Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich. Bei den vorsätzlichen Tötungsdelikten ist in Hamburg nach der niedrigen Fallzahl im Vorjahr (44 Taten) für das Jahr 2008 eine Zunahme um 33 auf 77 Taten festzustellen.

Trotz der Steigerung der Fallzahl im Vergleich zum Vorjahr liegen diese für das Berichtsjahr um 8 Taten unter dem Durchschnitt (85 Taten) der Jahre 1999 bis 2007.

Vollendet waren 22 Taten. Mit 55 Fällen betrug der Versuchsanteil an den vorsätzlichen Tötungsdelikten 71,4 %. Die AQ beträgt für das Berichtsjahr 97,4 %.

Die **Körperverletzung insgesamt** ist im Vergleich zum Vorjahr um 1058 (5,0%) auf 22 111 Fälle gestiegen. Damit setzte sich auch im Jahr 2008 der beobachtete Anstieg der letzten zehn Jahre fort. Die AQ stieg um 0,6 Prozentpunkte auf 82,2 %.

Der Anstieg bei den Körperverletzungsdelikten insgesamt ist vornehmlich auf den Anstieg der **(vorsätzlichen leichten) Körperverletzung** um 1053 (7,1 %) auf 15925 Fälle zurückzuführen. Die AQ stieg um 0,4 Prozentpunkte auf 84,2 %. Die Fallzahlen der **gefährlichen und schweren Körperverletzung** stagnieren hingegen bei einem minimalen Rückgang um 19 (-0,3 %) auf 5510 Fälle. Die AQ stieg um 1,3 Prozentpunkte auf 76,4 %.

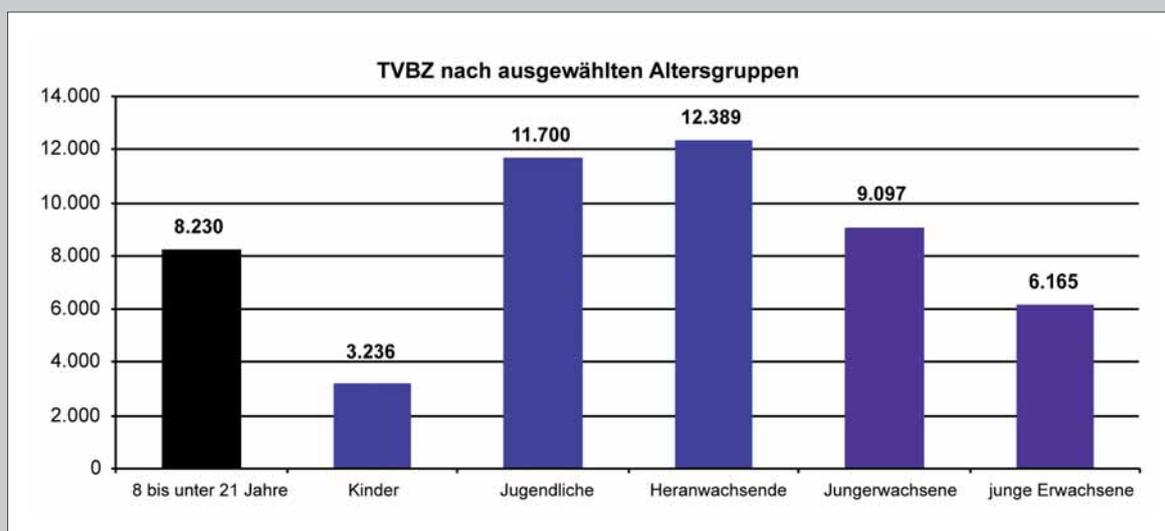
Auffällig ist, dass die **gefährliche und schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen** (im Folgenden mit KV SWP abgekürzt) um 6,6 % (225 Fälle) auf 3652 Fälle zugenommen hat, während die gefährlichen und schweren Körperverletzungen, die nicht im öffentlichen Raum verübt wurden, um 244 (-11,6 %) auf 1858 Fälle zurückgegangen sind. Demnach werden zwei Drittel der polizeilich registrierten gefährlichen und schweren Körperverletzungen im öffentlichen Raum begangen.

Im Bezirk Mitte wurden mit 8965 Straftaten (40,5 % aller in Hamburg registrierten Körperverletzungen) mit weitem Abstand die meisten Fälle festgestellt. Mit 3385 Fällen sind die Ortsteile 110, 111 und 112 (entspricht dem Gebiet um die Reeperbahn) sehr stark belastete Örtlichkeiten.

Körperverletzungsdelikte im Gebiet um die Reeperbahn sind im Vergleich zum restlichen Stadtgebiet geprägt durch:

- häufigeren Alkoholeinfluss bei der Tatbegehung (55,3 %, restliches Stadtgebiet: 29,3 %),

[Abb. 6] TVBZ nach ausgewählten Altersgruppen



- Opfer-Tatverdächtigen-Beziehung primär unbekannt, d.h. resultiert aus zufälligen Begegnungen,
- höherer Anteil der TV mit Wohnsitz außerhalb Hamburgs (19,6 %, restliches Stadtgebiet: 9,3 %).

Die Polizei reagiert auf die Fallzahlsteigerungen im Gebiet um die Reeperbahn mit einem Präventionskonzept (verstärkte uniformierte Präsenz von Donnerstagabend bis Sonntagmittag). Dazu zählen Schwerpunkteinsätze zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität zur Haupttatzeit (Wochenendnächte). Mit der Einführung der Waffenverbotsverordnung am 13. Dezember 2007 wird im Rahmen dieser Einsätze die Durchsetzung gewährleistet.

Die festgestellte Fallzahlsteigerung kann als eine Aufhellung des Dunkelfeldes für die registrierten Körperverletzungsdelikte bewertet werden. Eine interne Aktenanalyse des LKA ergab, dass der Anteil der bei KV SWP durch polizeiliche Präsenz bekannt gewordenen Taten von 20,0 % im Jahr 2002 auf 42,0 % im Jahr 2006 angestiegen ist.

Für das Jahr 2008 wurden in Hamburg insgesamt 17 552 TV mit Körperverletzungsdelikten registriert (Zunahme um 3,3 %). Bei 14,8 % der Tatverdächtigen handelte es sich um Minderjährige. Die Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen macht 36,3 % der Tatverdächtigen aus. Knapp die Hälfte der Tatverdächtigen ist 30 Jahre und älter.

Die Altersstruktur der Tatverdächtigen bei KV SWP

weist ein deutlich jüngeres Profil auf: Ein Viertel der Tatverdächtigen ist unter 18 Jahre, knapp die Hälfte der Tatverdächtigen sind 18- bis unter 30-jährig und nur ein Viertel ist 30 Jahre und älter.

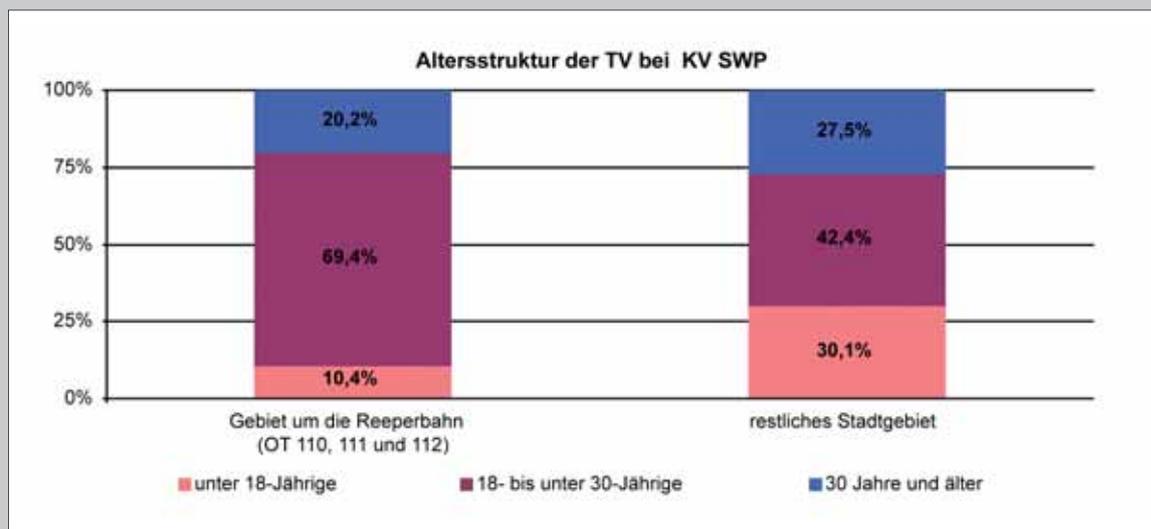
Die PKS zeigt des Weiteren Unterschiede in der Altersstruktur der Tatverdächtigen im Hinblick auf die Tatörtlichkeit (siehe **Abbildung 7**).

So wurden im Jahr 2008 im Gebiet um die Reeperbahn mehr als zwei Drittel aller Delikte von 18- bis unter 30-jährigen TV begangen, minderjährige TV traten fast gar nicht in Erscheinung. Im restlichen Stadtgebiet hingegen begingen minderjährige TV 30,1 % aller Taten. Der Anteil der 18- bis unter 30-jährigen TV liegt bei 42,4 %.

Die Anzahl der registrierten Fälle von **Vergewaltigungen und besonders schweren sexuellen Nötigungen** nahm nach den deutlichen Rückgängen im vergangenen Jahr im Berichtszeitraum um 54 (27,7 %) auf 249 Taten zu. Es wurden 190 Fälle aufgeklärt, die AQ liegt bei 76,3 % (Vorjahr: 73,8 %). Der DNA-Beweis hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und wesentlich zur Steigerung der Aufklärungsquoten geführt.

Zusätzlich greifen Standards in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung von Sexualdelikten wie z.B. sofortige Ermittlungsübernahme, tatzeitnahe Tatortarbeit unter sofortiger Einbindung der Spurensicherungsdienststelle, Recherchen nach weiteren möglichen Sexualstraf-taten vor und nach Ermittlung eines Tatverdächtigen (Serienerkennung), DNA-Erfassung von Tatverdächtigen,

[Abb. 7] Altersstruktur der Tatverdächtigen bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen



OLIZEI Hamburg ressekonferenz



Gefährderansprachen und präventive Maßnahmen im vordeliktischen Bereich sowie die Zusammenarbeit mit den Opferschutzeinrichtungen.

Die Anzahl der insgesamt registrierten **Rauschgiftdelikte** sank im Vergleich zum Vorjahr um 323 (-3,0 %) auf 10 467 Fälle. Damit setzt sich der Trend sinkender Fallzahlen der letzten Jahre weiter fort.

Die Fallzahlen für die **allgemeinen Verstöße gegen § 29 BtMG** (sogenannte Konsumentendelikte) gingen von 8 589 auf 8 231 Taten (-4,2 %) zurück, Fälle des **illegalen Handels und Schmuggels von BtM** reduzierten sich von 2 027 auf 1 879 Fälle (-7,3 %).

Das polizeiliche Handeln im Bereich der Bekämpfung der Drogenkriminalität hat sich auch im Jahr 2008 – unter Berücksichtigung der gesamtpolizeilichen Prioritäten – gegen die in der Öffentlichkeit wahrnehmbare Drogenkriminalität als auch gegen den bandenmäßigen und organisierten Handel und Schmuggel von Betäubungsmitteln (BtM) gerichtet. Grundsätzlich ist bei der Bewertung der statistischen Daten zu berücksichtigen, dass es sich bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) – sowohl beim Handel und Schmuggel wie auch bei den sogenannten Konsumentendelikten – um Kontrolldelikte handelt. Die Entwicklung der registrierten Rausch-

Innensenator Christoph Ahlhaus, Polizeipräsident Werner Jantosch und der Leiter des LKA Reinhard Chedor bei der Präsentation der Kriminalstatistik 2008 im Hamburger Polizeipräsidium

giftdelikte hängt in starkem Maße von Kontrollstrategien und -intensität der Behörden ab. Die konsequente Durchführung der präventiven und repressiven Maßnahmen auf Basis der bereits im Oktober 2004 eingeführten „Handlungsanweisung zur Bekämpfung öffentlich wahrnehmbarer Drogenkriminalität“ hat inzwischen dazu geführt, dass die mit diesem Kriminalitätsphänomen verbundenen Erscheinungsformen in der Öffentlichkeit weitestgehend nicht mehr festzustellen sind. Die im Straßenhandel tätigen Dealer – häufig selbst abhängige Konsumenten – agieren wegen des polizeilichen Drucks zunehmend konspirativ oder verlegen ihre Tätigkeiten in Objekte. Diese Veränderungen in der Wahrnehmung der öffentlichen Drogenszene wirken sich konsequenterweise auch auf die polizeiliche Ausweisung von Gefahrenorten/-gebieten aus. Im Laufe des Jahres 2008 wurde die Ausweisung der drei noch in 2007 bestehenden Gefahrenorte sowie eines Gefahrengebietes aufgehoben.■

„Seid Ihr alle da...?“

60 Jahre Polizeiverkehrskasper



Holger Pohlmann, VD 60,
Verkehrsdirektion

*„Spontan, begeisterungsfähig,
wild und laut war unser
Publikum schon immer und
wird es hoffentlich bleiben.“*

Diese Aussage stammt nicht von einer berühmten Rockband oder einem Fußballprofi, sondern ist die Erkenntnis eines erfahrenen Handpuppenspielers der Polizei Hamburg, der seit vielen Jahren dieser Aufgabe nachgeht.

Wie alles anfang

Seit nunmehr 60 Jahren sind die Handpuppenspieler der Polizei in Schulen und Kindergärten unterwegs. Es handelt sich übrigens um „richtige“ Polizeibeamte mit Erfahrungen in anderen Dienstbereichen. Es begann 1948, als der damalige Polizeipräsident Bruno Georges die Idee umsetzte, Polizeibeamte als Handpuppenspieler in der Verkehrserziehung einzusetzen. Dieses geschah in enger Abstimmung mit der damaligen Schulverwaltung und wurde von dort zunächst auch kritisch beäugt.

Zunächst waren nur zwei Kollegen und eine Kollegin als Handpuppenspieler eingesetzt und fingen an, in Grundschulen und Kindergärten Verkehrserziehung „der alten Art“ durchzuführen. Der Verkehrskasper, die Oma, der Seppel und der Verkehrsteufel waren fester Bestandteil des Handpuppenspiels. Bratpfanne und Holzhammer zur Bestrafung der Bösewichte waren selbstverständlich und erinnerten stark an den Jahrmarktkasper vergangener Tage. Auf den Rat von Schulleitern und Lehrern wurden die Stücke nach pädagogischen Gesichtspunkten umgestaltet. Damit einher gingen Fortbildungen und viele Gespräche mit Fachleuten des „normalen“ klassischen Handpuppenspiels. So wurde der Polizeibeamte Hans Wolpert im Jahr 1950 bei der „Hohensteiner Puppenbühne“ im Puppenspiel ausgebildet. Fortan gab er sein Wissen an alle neuen Kollegen weiter. Für die Qualität des Handpuppenspiels der Hamburger Polizei von Bedeutung war auch eine langjährige Beziehung zu dem „Urvater der deutschen Kasperfigur“ Max Jacob. Dieser hatte in Hohenstein nicht nur seine über die Landesgrenzen hinaus berühmte Puppenbühne, sondern auch eine eigene Werkstatt, in der die Hohen-

steiner Handpuppen geschnitzt wurden und immer noch werden. Max Jacob zog es 1945 nach Hamburg. Hier entwickelte sich ein Kontakt zu dem Polizeibeamten Heinz Krause, der bei Max Jacob das klassische Puppenspiel von der Pike auf erlernte und der wesentlich dazu beitrug, dass der „Jahrmarktkasper“ immer mehr verblasste und der „Polizeiverkehrskasper“ immer stärkere Konturen bekam – doch dazu später mehr.

Bereits am 31. Januar 1951 feierte der Verkehrskasper seine eintausendste Vorstellung in der Schule Kirchenhang in Hamburg-Harburg. Es wurde daraufhin erstmalig bundesweit von dem Hamburger Polizeiverkehrskasper berichtet. 1952 wurde ein zweiter Kaspertrupp gebildet und das Tempo-Werk stiftete den ersten „Kasperwagen“ mit mobiler Bühne, der es den Handpuppenspielern ermöglichte, auch außerhalb geschlossener Räume aufzutreten. Der Kasperwagen fuhr damals mit Lautsprecherdurchsagen durch die Straßen und sammelte die Kinder zu seinen Vorstellungen ein. So wurde u. a. auf dem Rathausmarkt, auf der Stadtparkwiese und in Hagenbecks Tierpark gespielt.





Nach dem Vorbild der Hamburger Polizeiverkehrskasperbühne gründeten die Polizeien anderer Bundesländer ebenfalls Puppenbühnen und orientierten sich hierbei an ihren Hamburger Kollegen.

Seit März 2002 hat der Verkehrskasper sein eigenes Theater! In der Glacischaussee wurde ein Vorführraum für rund 60 Kinder mit einer festen Bühne eingerichtet. Regelmäßig finden hier für Kinder ab fünf Jahren Vorführungen statt. Dieses Angebot gilt für Kinder aus Kindergärten und Kindertagesheimen, die nach vorheriger Anmeldung den Kasper in der Kasperstadt besuchen können.

Wo stehen wir heute?

Mittlerweile haben wir seit vielen Jahren drei „Kaspertrupps“ mit je drei Polizeibeamten, die nahezu täglich mit ihren „Kasperwagen“ durch die Stadt fahren, um vornehmlich in den Grundschulen bis Klasse zwei Verkehrsunterricht der „besonderen Art“ zu geben. Dabei ist der Einsatz des „Verkehrskaspers“ Teil der gesamtpolizeilichen Verkehrserziehung an den Grundschulen und

Einmal den Kasper berühren und begrüßen

nicht isoliert zu betrachten. Die Polizeiverkehrslehrer der Polizeikommissariate leisten hier die „Kernarbeit“ und bereiten die Kinder auf den „Höhepunkt“ vor, wenn es wieder heißt: „Seid ihr alle da?“

Dazu kommen Sonderveranstaltungen zu besonderen Anlässen und die Vorführungen im eigenen Theater. Mittlerweile traditionell ist auch das Weihnachtsmärchen für Polizeiangehörige und deren Kinder, welches seit 1998 jedes Jahr zur Adventszeit im Polizeipräsidium aufgeführt wird.

Der Polizeiverkehrskasper lebt und entwickelt sich ständig weiter! Dazu gehören Fortbildungen in Sachen „Stimmbildung“ und pädagogischem Handpuppenspiel genauso wie Kontakte zu anderen Polizeipuppenbühnen und die Teilnahme an Puppenspielfestivals. Das Wesen des Puppenspiels ist die Interaktion zwischen den Polizeiverkehrslehrern als Handpuppenspielern und den

Kindern: Sie antworten, fragen, sind erbost oder brüllen vor Begeisterung. Spaß sollen die Kinder haben, aber ihr Verstand soll auch gefordert und gefördert werden. Interaktives Lernen – keine Berieselung lautet das Motto. Im spielerischen Dialog sollen die Kinder erfahren, wie die Welt um sie herum funktioniert, wo sie auf sich acht geben müssen, wem sie vertrauen können. Der erhobene Zeigefinger, der den Kasper drohend verkünden lässt: „Wenn du nicht artig bist, dann hole ich die Polizei“ ist längst aus allen Drehbüchern verschwunden. Ihm gegenüber steht ein anderes Polizeibild, das den Kindern vermittelt wird, nämlich das des Freund und Helfers. Dieses prägt die Kinder und impliziert ein Grundvertrauen in die Polizei.

Nach jetzt bereits 60 Jahren hat das traditionelle Handpuppenspiel immer noch seine Berechtigung. In der heutigen Zeit – Playstation und Computerspiele haben Hochkonjunktur – ist es immer noch zeitgemäß und begeistert jung und alt gleichermaßen.

Der Polizeiverkehrskasper – eine Erfolgsgeschichte ohne Ende! ■

Achtung, wir drehen ...

Wie realistisch sind Großstadtrevier und Co.? Filmbetreuung durch die Hamburger Polizei



Holger Vehren, PÖA 1,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tatzeit: beliebig.

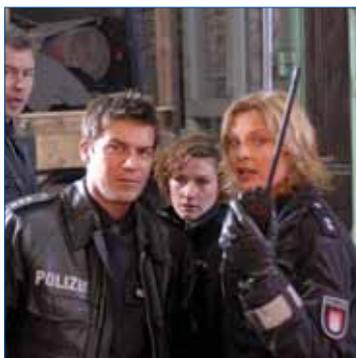
Tatort: Wohnzimmer.

In den ersten 30 Minuten eines Krimis werden zwei Menschen ermordet, in den restlichen 60 Minuten löst der Kommissar den Fall fast im Alleingang. Bei den immer mehr in Mode kommenden Fernsehsendungen wie „CSI“ nimmt der Ermittler nicht nur die Fingerabdrücke – er wertet sie auch gleich selber aus. Nebenbei führt der Agent des „CSI“ in einem halben Tag eine DNA-Analyse durch, kommt in Vernehmungen blitzschnell auf den Täter und nimmt als Mitglied eines Sondereinsatzkommandos den Täter selber fest.

Krimis sind beliebt. Kaum ein Genre erfreut sich solch hoher Einschaltquoten, bestenfalls Sportübertragungen schaffen die Quote eines Sonntagabend-Tatorts.

Warum ist das so?

Es sind zwei zentrale Elemente, die den Krimi so faszinierend machen, denn diese geraten in Widerstreit: das Gute und das Böse. Der Kampf



Szenen aus der ZDF-Serie „Notruf Hafenkante“

zwischen diesen beiden widerstrebenden Polen bedient das menschliche Grundbedürfnis nach Gerechtigkeit. Und wenn am Ende der Fall gelöst wird, hat sich wieder gezeigt, dass sich Verbrechen nicht lohnen. Das macht dieses Genre so beliebt.

Aber was haben diese Fernsehpolizisten eigentlich mit der echten Polizei in Hamburg gemeinsam?

Wie realistisch sind Fernsehfilme, in denen Polizisten die Haupt- und auch Nebenrollen spielen?

Krimis wollen dem Zuschauer suggerieren, dass die Handlung tat-

sächlich wahr ist oder zumindest genauso stattfinden könnte. Um das Szenario so authentisch wie möglich darzustellen, zeigen die Filme viele charakteristische Bilder aus der jeweiligen Stadt. Neben den bekannten Objekten der jeweiligen Drehorte setzen die Filmemacher die Hauptdarsteller und Komparsen gezielt ein, um die Handlung realistisch zu gestalten. Es gibt allerdings viele Szenen in Krimis, die wirklichkeitsfremd sind.

Zum Beispiel den Drogenfahnder, der bei einem Verdächtigen oder in einer Wohnung Betäubungsmittel findet, den Beutel mit einem Messer aufschneidet, mit einem Finger eine Geschmacksprobe nimmt und feststellt, um welche Droge es sich handelt.

Oder fast schon ein klassischer Fehler in Filmen ist der Kommissar, der eine Wohnung ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss bzw. ohne Gefahr im Verzug betritt oder im schlimmsten Fall sogar sein eigenes Dietrichset aus der Tasche zieht, um in der Wohnung nach Beweismitteln zu schauen. Das hätte zur Folge, dass die Erkenntnisse, die der Kommissar auf diese unrechtmäßige Weise bekommt, in einem Gerichtsverfahren nicht verwertet werden dürften. Ein echter Kommissar würde sich seine Arbeit durch solche

Fehler nicht kaputt machen. Von den weiteren Konsequenzen einmal ganz abgesehen.

Oder man sieht immer wieder, dass die persönlichen Kontakte des Fernsehkommissars ausschlaggebend für die Lösung des Falles sind oder der Ermittler es mit Recht und Ordnung selber nicht so genau nimmt.

Immer wieder verlieben sich Ermittler und Zeuge oder vielleicht sogar Täter ineinander. Das kommt in der Praxis etwa so häufig vor wie ein Sechser im Lotto und würde wegen der daraus entstehenden Befangenheit regelmäßig zur Abgabe der Ermittlungen an andere Kriminalbeamte führen.

Bisweilen gibt es den Kommissar, der eine Zeugin mit nach Hause nimmt, weil sie bedroht wird und in Gefahr ist (natürlich lassen sich die Geschlechter in den Rollen beliebig tauschen). Solch eine Form der Rundumbetreuung ist im wahren Polizeialtag absolut unvorstellbar. Abstrus wird das Ganze, wenn der Kommissar bei einem mutmaßlichen Täter (Täterin) so verfährt. Bei Fällen, in denen Zeugen gefährdet sind, gibt es in Hamburg das Sachgebiet Zeugenschutz. Die rund um die Uhr erreichbaren Beamten kümmern sich um Zeugenschutz und operativen Opferschutz und übernehmen die Betreuung dieser Personen. Wenn diese Polizisten mit ihren Rollen noch in den Film eingearbeitet werden müssten, würde das nur für Verwirrung beim Fernsehzuschauer sorgen. Da macht es der Kommissar lieber selber, bevor es zu komplex wird.

Überhaupt ist Polizeiarbeit nicht das Werk einzelner Helden. Ech-



Besuch am Drehort des Großstadtreviers: Der Schauspieler Jan Fedder und Polizeipräsident Werner Jantusch

te Polizeiarbeit ist gekennzeichnet durch Teamarbeit. Wenn die Ermittlungen aufwändig werden, wird der Fachverstand vieler Spezialisten benötigt, um den Fall zu lösen. Daher arbeiten die Beamten unterschiedlicher Dienststellen miteinander an der Lösung. Und wenn der Täter ermittelt ist, gibt es wieder Beamte, die darauf spezialisiert sind, die Straftäter aufzuspüren und festzunehmen. Diese Polizisten heißen Personenfahnder oder Zielfahnder und sind in Krimis eher selten zu sehen.

Häufig ist auch ein Familienmitglied des Ermittlers Teil der Handlung, um die Geschichte spannender und facettenreicher zu machen. Der Kommissar recherchiert mit besonderem Engagement, weil der mutmaßliche Täter in der Geschichte zum Beispiel Jahre zuvor seine Frau getötet hatte. Solche Konstruktionen gibt es jedoch nur im Film. Je größer im echten Leben die Betroffenheit des Beamten ist, desto größer die

Wahrscheinlichkeit, dass er mit dem Fall gar nicht erst betraut wird und der Vorgang an einen unbelasteten Beamten übergeben wird.

Und wenn – wie in einem Kölner Tatort – der Fernsehermittler die Tatwaffe vernichtet, um die Mörderin eines Mannes zu schützen, ist das Strafvereitelung und bringt den Kommissar selbst ins Gefängnis, zumindest bedeutet es das Ende seiner Karriere.

Ebenso wie bei der niedersächsischen Tatortkommissarin, die zu „Ermittlungszwecken“ einen Joint raucht. Solche Beispiele gibt es zuhauf und jeder Fachmann sieht sofort, wo die Fehler sind.

Auch der neue „Tatort“-Kommissar, der verdeckt ermittelnde Hamburger Cenk Batu (gespielt von Mehmet Kurtulus) spielt eine Rolle, bei der vieles mit der Realität nicht übereinstimmt.

Aber gerade aus persönlichen Geschichten werden die Storys ge-

macht, die einen Zuschauer faszinieren. Diese persönlichen Bezüge sind es, die dem Krimi und den Ermittlern ihren eigenen, unverwechselbaren Charakter verleihen.

Nichts desto trotz ist unverkennbar, dass immer mehr Fernsehproduktionen Wert darauf legen, die Polizei so authentisch wie möglich darzustellen. Was in einem Krimi ist also nah an der Wahrheit dran und was ist weit weg?

Die Storys beispielsweise werden von den Drehbuchautoren immer gründlicher recherchiert und auch der Einsatz von echten Polizisten und von echtem Polizei-Equipment nimmt zu.

Die Polizei Hamburg hilft Film- und Fernsehproduktionen bei der Umsetzung zahlreicher Formate. Natürlich ist das nicht selbstlos – die Hamburger Polizei möchte sich auch im Fernsehen darstellen, wie sie ist – möglichst professionell. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Polizei bei der Produktion von Serien und Fernsehspielen bietet die Gelegenheit, das Image der Polizei positiv zu beeinflussen. Die Darstellung der Polizei in diesen Filmproduktionen prägt in der Bevölkerung das Bild der Polizei in nicht zu unterschätzendem Maße mit.

So sind viele der Streifenwagen in Produktionen wie „Tatort“, „Einsatz in Hamburg“, „Notruf Hafenkante“ oder „Großstadtrevier“ echte Polizeifahrzeuge und werden von echten Polizisten gefahren. Und nicht nur das zur Verfügung stellen von Material dient dazu, die Polizei Hamburg realistisch darzustellen und dem Film ein höheres Maß an Authentizität zu verleihen.

Die uniformierten Beamten

sind in der Regel Polizisten, die als Komparsen in den Fernsehfilmen auftauchen. Auch der echte Polizeipräsident hat schon mal als Komparsen im Fernsehen mitgespielt als das was er ist – als Polizeipräsident. Dadurch, dass die Fernsehpolizisten keine Laien sind, werden sie als das wahrgenommen, was sie sind – als Polizisten bei ihrer Arbeit.

Autoren nehmen regelmäßig die Möglichkeit wahr, ihre Drehbücher von echten Polizisten lesen zu lassen und verarbeiten die Anmerkungen auch. Mal mehr, mal weniger. Das ist regelmäßig dem Umstand der Dramaturgie geschuldet.

Grenzen gibt es dabei aber für beide Seiten. Die Polizei kann beispielsweise nicht im Detail aufzeigen, wie man auf die Spur von Tätern kommt. Auch Hinweise zu geben, wie Straftaten begangen oder kriminelle Organisationen aufgebaut werden, kommt für die Hamburger Polizei nicht in Betracht. Das käme einer Täterschulung gleich.

Drehbuchautoren wie auch Schriftsteller profitieren jedoch davon, dass ihre Werke von einem Mitarbeiter der Polizeipressestelle gelesen werden, der ständiger Ansprechpartner für sie ist. Durch den „kurzen Draht“ werden grundlegende Fehler häufig schon bei der Entstehung von Drehbüchern vermieden. Hinzu kommt, dass die Polizeikompsarsen an einem Drehort als Fachberater fungieren und wertvolle Tipps geben können.

Auf filmischer Seite sind ebenfalls einige Schranken vorhanden, die eine Umsetzung des Wissens um echte Vorgänge und Abläufe in der Polizei in die Filmfassung nicht zulassen. Es ist nur bedingt spannend

zu sehen, das Polizisten nach einer Festnahme erst einmal wichtige Schreiarbeit zu erledigen haben. Im Fernsehen muss es immer schnell gehen, für die echten Polizisten steht aber in erster Linie die Genauigkeit der Ermittlungen im Vordergrund.

Im Fernsehen werden Extreme gezeigt. Durch das Überzeichnen von Personen oder Situationen entwickeln sich die Charaktere, die für Spannung sorgen. Ob das der Staatsanwalt oder der Kriminaldirektor ist, die immer sofort vor Ort erscheinen und mehr oder weniger schlaue Anweisungen erteilen. Oder die Spannungen zwischen den einzelnen Darstellern – sei es zwischen Staatsanwalt und Ermittler oder Vorgesetztem und Untergebenem oder Kripobeamten und Schutzpolizisten (Stichwort: „Abführen!“).

Auch die in der Wirklichkeit für die Aufklärung von Straftaten unabdingbare akribische Teamarbeit und „Manpower“ wird nur selten realistisch dargestellt. Meist ist es spannender, einen Einzelkämpfer zu zeigen, der alles kann und macht.

Auch die Frage, ob es in dem Krimi von Hightech-Equipment nur so wimmelt oder die Beamten über fehlende Arbeitsmittel wie nicht vorhandene Computer klagen, der Polizeibeamte mit seinem privaten Fahrzeug zum Tatort fährt oder mal eben im Ausland ermittelt, ist fast immer eine Frage der filmischen Inszenierung.

Daraus lassen sich eben am besten die Geschichten stricken, die für uns Zuschauer den Krimi zu dem machen, was er ist und immer bleiben soll: spannende und kurzweilige Unterhaltung. ■

Für die Seele sorgen

Die Arbeit der evangelischen und katholischen Polizeiseelsorge



Frank Rutkowsky,
evangelischer Seelsorger



Bernhard Kuhnert,
katholischer Seelsorger

Der Polizeiberuf stellt – zwar nicht an jeder Dienststelle in gleichem Maße, aber doch in weiten Bereichen – beträchtliche Anforderungen an die Psyche und Moral derer, die ihn ausüben.

So kann der tägliche Umgang mit Lüge, Gewalt, Gefahr, Tod, Verwahrlosung, Misstrauen usw. im Laufe der Jahre zu einer seelischen Verpanzerung führen, die das ganze Lebensgefühl beeinträchtigt. Wer umgekehrt allzu offen und sensibel

ist, wird der Menge an Negativem nicht standhalten. Hier die Balance zu halten, gehört zu den Künsten, die der Polizeiberuf verlangt.

Auch der Besitz von Macht und die Befugnis, notfalls Gewalt anzuwenden, stellen eine Herausforderung dar. Polizistinnen und Polizisten müssen beherzt eingreifen können und zugleich – außer guten Rechtskenntnissen – ein sicheres Gespür für das rechte Maß und die Würde ihres Gegenübers beweisen, auch dort, wo das vielleicht schwer fällt.

Und schließlich kann das Privatleben von Polizistinnen und Polizisten ebenso wie das anderer Menschen aus der Bahn geraten. Für ihren verantwortungsvollen und mitunter gefährlichen Beruf bedeutet dieses unter Umständen eine Belastung oder sogar Gefahr, die vom Dienstherrn aufmerksame Fürsorge und für die Betroffenen nach einer Möglichkeit verlangt, sich auch vertraulich Hilfe zu holen.

An die Polizeiseelsorger können sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenden, die in solchen oder ähnlichen Fragen ein Gespräch zur Klärung, Orientierung oder Entlastung suchen. Diese Gespräche sind durch das Seelsorgegeheimnis und das Zeugnisverweigerungsrecht geschützt.

Pater Bernhard Kuhnert ist seit September 2008 als Nachfolger von Diakon Peter Meinke mit den Aufgaben des katholischen Polizeiseelsorgers betraut. Pastor Frank Rutkowsky ist seit gut zwölf Jahren evangelischer Polizeiseelsorger. Wir werden beide von unseren Kirchen bezahlt. Für die evangelische Seelsorge gibt es zudem seit einigen Jahren einen Förderverein, der die Arbeit finanziell unterstützt. Dass die Seelsorger mit dem Arbeitsfeld Polizei vertraut und zugleich von der Institution unabhängig sind, ermutigt viele Ratsuchende, den Kontakt aufzunehmen. So manches Gespräch beginnt mit ungefähr folgendem Satz: „Ich brauche mal jemanden, der den Laden kennt, aber nicht dazugehört.“

Seelsorge

Seelsorge umfasst ein breites Spektrum. Neben dem klassischen Seelsorgegespräch unter vier Augen und der Beichte zählen dazu Gespräche „zwischen Tür und Angel“ z. B. beim Besuch einer Dienststelle, die Vermittlung in dienstlichen Konflik-



ten, Seminare mit seelsorglichem Schwerpunkt, Begleitung bei heiklen Großeinsätzen und Krisenintervention nach extremen Einsatzbelastungen. In Ausnahmefällen (denn dafür gibt es seit einigen Jahren die ökumenische Notfallseelsorge) kümmern sich die Polizeiseelsorger auch um Bürgerinnen und Bürger nach tragischen Vorkommnissen. Pastor Rutkowsky führt zudem tiefenpsychologisch fundierte Langzeitberatungen durch.

Betreuung nach extremen Einsatzbelastungen

Nach extremen Einsätzen, die in der Seele auch hartgesottener Polizisten Wunden hinterlassen können, stehen der Psychologische Dienst und die Seelsorger mit einer gemeinsam organisierten Rufbereitschaft rund um die Uhr zur Verfügung, um den Betroffenen sofort Unterstützung zu geben. Dieses Angebot muss nur wenige Male im Jahr in Anspruch genommen werden, hat aber naturgemäß besondere Bedeutung und wird von den Beteiligten fast stets als wertvolle Hilfe empfunden.

Die Betreuung ist je nach Fall verschieden umfangreich. Sie kann neben der unmittelbaren Krisenintervention und einem Zweitgespräch

einige Tage danach auch eine Reihe weiterer Gespräche umfassen, die Beratung von Vorgesetzten, Gespräche mit der Dienstgruppe, Nachbereitungsseminare, Prozessbeglei-

tung, in manchen Fällen auch die Vermittlung externer Therapien.

Eine besonders umfangreiche Betreuung mehrerer Beamtinnen und Beamten war 2008 nach einem tödlichen Schusswaffengebrauch in Notwehr gefordert. Sie wurde von einem der Psychologen und einem der Seelsorger aufeinander abgestimmt durchgeführt.

Ethik

An der Landespolizeischule sind die Seelsorger für die berufsethische Ausbildung zuständig. An der Hochschule der Polizei werden sie von den dafür Beauftragten mit hinzugezogen. Neben allgemeinen Fragen der Ethik erörtern sie beispielsweise die Bedeutung des Eides, den Umgang mit trauernden Menschen beim Überbringen einer Todesnachricht oder die inneren und äußeren Konflikte z. B. bei Übergriffen von Kollegen.

Auf jährlichen Fortbildungsseminaren werden neben ethischen und seelsorglichen Themen auch andere Fragen von beruflicher Relevanz bearbeitet. So ging es in den letzten Jahren um den „Umgang mit Aggression“, „Menschenrechte und polizeiliche Praxis“, „Islam“, „Abschied, Tod und Trauer“, „Okkultismus und Satanismus“. 2008 lauteten die Themen „Das Zusammenleben der Kulturen“ und „Das gute Gespräch“. Ein weiteres Seminar diente dem Erfahrungsaustausch von Beziehungsgewalt-Sachbearbeiterinnen und -bearbeitern, deren Tätigkeit in besonderem Maße ein nicht immer leicht zu wahrendes Gleichgewicht zwischen Einfühlung und professioneller Distanz verlangt.

Religion

Polizeiseelsorge ist auf einem säkularen Arbeitsfeld tätig. Hier verbietet sich (wie genau genommen überall) jede religiöse Vereinnahmung. Andererseits muss der Seelsorger seine geistliche Herkunft auch nicht verleugnen. Manche christlich orientierten Beamtinnen und Beamten (davon gibt es mehr, als man denkt) fühlen sich durch den Seelsorger in ihrer täglichen Arbeit bestärkt und natürlich erst recht, wenn sie sich mit einem Problem an ihn wenden. Auch glaubens- oder kirchenferne Polizistinnen und Polizisten sprechen nach überstandener Gefahr mitunter von ihrem Schutzengel, und während der Seminare gehören die Andachten zu den besonders geschätzten „Programm“-Punkten.

Der Gottesdienst für die Hamburger Polizei, der jedes Jahr am zweiten Advent in der Hauptkirche St. Jacobi unter Mitwirkung des Polizeiorchesters stattfindet, wird außerordentlich gut besucht. Und wenn der Seelsorger bei Großeinsätzen herumgeht und die Beamtinnen und Beamten mit Handschlag begrüßt, ist dieses als normale freundliche Geste und zugleich als eine diskrete Art des Segens gemeint.

Dass dies von vielen Polizistinnen und Polizisten auch so verstanden und geschätzt wird, lässt sich gelegentlichen Bemerkungen entnehmen wie „Jetzt kann uns nichts mehr passieren“. Sie sind scherzhaft und spürbar zugleich ein bisschen ernst gemeint. ■

Nähere Informationen unter
www.polizeiseelsorge.de und
www.glaubendenken.de

Über Kimme und Korn

Neue Waffen für die Hamburger Polizei



Rolf Zieseemer, VT 23,
Verwaltung und Technik



Walther PPK

Seine bekannteste Dienstwaffe

war die handlich kleine „Polizei-Pistole-Kriminalmodell“, besser bekannt als PPK. Ihr hielt er immerhin über 30 Jahre und 17 Kinofilme lang die Treue, bis er von „Q“ endlich eine neue Begleiterin zugewiesen bekam. Der prominente Waffenträger ist James Bond und die attraktive Neue an seiner Seite das Modell P99 aus dem selben Haus wie das ausgemusterte „Waltherchen“, nämlich dem Werk der Firma Carl Walther aus Ulm. Und jetzt zieht Hamburg nach, stellt ihre „Alte“ ebenfalls kurzer Hand außer Dienst und ihren Polizisten eine jugendfrische P99 zur Seite, ganz dem Bond'schen Vorbild folgend... Wenn Sie es etwas seriöser mögen, führen wir Sie gern hinter die Kulissen unseres aktuellen Programms „Waffentausch in Hamburg“.

Die Wahl des neuen Pistolenmo-

dells ist nicht die einzige Gemeinsamkeit mit dem Spion ihrer Majestät: Auch die Hamburger Polizei erhielt nämlich die Lizenz zum Tauschen ihrer mehr als 8 500 Dienstpistolen erst 30 Jahre nach Einführung des letzten Modells, der P6 von SIG Sauer. Und selbst „Waltherchen“ gab es einmal in Hamburg. Die PPK für die Kriminal- und die etwas größere

PP für Schutz- und Wasserschutzpolizei waren bis zu ihrer Ablösung in den 1970er Jahren allgemeiner Standard bei der Polizei. Dieses auch über 30 Jahre und lange nicht nur in Hamburg.

Der Spitzname Waltherchen kam allerdings nicht von ungefähr: Bereits um 1930 herum entwickelt, waren PP und PPK von vergleichsweise kleinem Kaliber (7,65 x 17 mm) und angesichts stark zunehmender Bewaffnung auf der anderen Seite des Gesetzes (z. B. die Rote Armee Fraktion) Anfang der 1970er Jahre nicht mehr zeitgemäß.

Erst die nachfolgenden Pistolenmodelle im „Groß-Kaliber“ 9 x 19 mm, darunter auch unsere P6, begründeten die erste Generation streng nach polizeilichen Vorgaben konstruierter Dienstwaffen.

Wieder 30 Jahre später ist auch diese Waffengeneration abgeschrieben: Wirtschaftlich, weil altersbedingte Abnutzung und Materialermüdung zunehmend höhere Kosten verursachen. Taktisch, weil sich die polizeilichen Anforderungen in den vergangenen 30 Jahren weiter verändert haben. Und nicht zuletzt hat der technische Fortschritt natürlich auch vor den Polizeipistolen nicht halt gemacht.

In Deutschland werden viele polizeiliche Einsatzmittel über mehr

oder weniger amtliche Normen beschrieben. Auch für die Dienstpistolen gibt es eine solche Norm, die Technische Richtlinie. Und wer als Waffenhersteller mit den Polizeibehörden von Bund und Ländern ins Geschäft kommen möchte, muss seine Pistolenmodelle einer aufwändigen technischen Zulassungsprüfung unterziehen.

Nur ein Modell, das den gesamten Katalog spezieller konstruktiver und funktionaler Mindestanforderungen erfüllt, erhält ein Zertifikat und damit die Chance, in größeren Stückzahlen erfolgreich auf dem Behördenmarkt platziert zu werden.

Deutschlands ansässigen Hersteller haben ihre Pistolen entweder dem deutschen „Dienstwaffen-TÜV“ nicht vorstellen wollen oder konnten für diese kein Zertifikat erhalten.

Also bleiben die Einkäufer zwangsläufig im Lande, blicken weiter nach Eckernförde (Sauer & Sohn), nach Oberndorf (Heckler & Koch) und nach Ulm (Walther) und wir halten fest, dass der Markt für neue Polizeipistolen eher übersichtlich ist.

Was macht eine Pistole zur modernen Standard-Dienstwaffe des Polizisten? Die moderne Dienstpistole zeichnet sich schon durch ihre

die beiden natürlich regelmäßig am Dienstsport teilnehmen, muss das zusätzliche Gewicht an anderer Stelle wieder abgespeckt werden. Die Antwort der Industrie: Leichte, aber ultraharte glasfaserverstärkte Polymergriffstücke und -magazine. Viel hat sich auch bei der Ergonomie getan: Durch beidseitig gespiegelte Bedienelemente können Links- wie Rechtshänder die Pistole endlich gleichermaßen gut bedienen. Auch Beamten mit sehr großen oder kleinen Händen wird geholfen. Wechselbare Griffschalen in mehreren Größen machen es möglich. Und selbstverständlich ist die neueste Pistolengeneration auch optimal auf die ballistischen Eigenschaften moderner Behördenmunition abgestimmt. Weit verbreitet sind außerdem Abzug-Systeme mit einem stets gleich bleibenden Abzugsgewicht vom ersten bis zum letzten Schuss (double-action-only). Das „klickende“ Vorspannen der Waffe entfällt völlig. Ergänzt wird das Ganze noch durch eine Reihe weiterer technischer Neuerungen, wie optische



Walther P99 Q

Auf der anderen Seite orientieren sich auch die behördlichen Einkäufer an dieser Richtlinie, bevor sie in Sachen Polizeiwaffe „einkaufen“ gehen. Ihre Reisepässe können sie allerdings zu Hause lassen. Bei aller Globalisierung: Ein Produkt beispielsweise aus Österreich, Italien, Tschechien oder den USA wird man vergebens im Holster unserer Uniformträger suchen. Die außerhalb



deutlich erhöhte Feuerkraft aus: Mit 15 Patronen pro Magazin werden Frau und Herr Kommissar nämlich künftig etwa den doppelten Munitionsvorrat mitführen. Und obwohl

Ladestandsanzeige, nachleuchtende Visiereinrichtung, Zubehörschiene und und und...

Wie erwartet, hatten alle drei deutschen Hersteller für die im Sommer 2008 europaweit veröffentlichte Ausschreibung der Polizei Hamburg ihre zertifizierten Pistolenmodelle nominiert. Keine der vier angebotenen Pistolen konnte bereits bei der Vorauswahl die Rolle eines Favoriten übernehmen. Der Preis spielte sicher eine wichtige Rolle, aber keinesfalls die Hauptrolle.

Der Einsatzwert und die Handhabung standen ganz oben auf der Besetzungsliste. Denn was nützt ein vermeintlich günstiges Angebot, wenn die Leistung nicht stimmt? Als erstes kamen also die Polizeitechniker, die das Konzept der Waffe und deren technische Umsetzung genau studierten, vermaßen und bewerteten. Danach blieb es, trotz unterschiedlicher Konzepte, zunächst bei einem Kopfan-Kopf-Rennen.

Aber würden Sie sich ein neues Auto ohne ausgiebige Probefahrt kaufen? Sicher nicht. Anschließend wurden also auch die Polizeibeamten intensiv beteiligt. Sie sollen schließlich ungeachtet aller technischen Feinheiten und persönlicher Schießleistung absolutes Vertrauen in „ihre“ Waffe haben. Dafür standen uns sechs Wochen Zeit und 100 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Hamburger Polizei zur Verfügung. Unter Aufsicht erfahrener Schießausbilder und vielfältigen Bedingungen konnten sie die Alltagsauglichkeit der angebotenen Pistolenmodelle auf dem Schießstand vergleichen und bewerten. Ohne weiter ins Detail zu gehen:



Auswechselbare Griffschalen der Walther P99 Q

Unsere Praktiker haben ihren Favoriten bestimmt. Ihr Votum hatte Gewicht und gab den Ausschlag für das Modell P99 Q der Firma Walther.

Natürlich wird auch unsere neue Dienstpistole nicht locker im Hosensack geführt, sondern in speziell für dieses Modell vorgesehenen Pistolen-Holstern. Ähnlich verhält es sich mit passenden Tragevorrichtungen für das Ersatzmagazin. Auch wenn die erforderlichen weiteren Ausschreibungen bereits laufen: Das Auswahlverfahren wird ähnlich aufwändig werden. Bis zum Tausch der ersten Pistolen werden also noch ein paar Monate ins Land gehen.

Und auch dann werden noch nicht alle Kolleginnen und Kollegen gleichzeitig umgerüstet. Aus Kostengründen ist das Austauschprogramm auf fünf Jahre angelegt. Wohlgedacht: Die vorhandene P6 kann weiterhin benutzt werden, es ist lediglich an der Zeit, nach 30 Jahren eine Modernisierung durchzuführen.

Polizei ist im wesentlichen Ländersache. Und genauso unterschiedlich wie die Bundesländer sind oft Organisation und Ausstattung der Polizeibehörden. Selbst Auswahl und Beschaffung polizeilicher Einsatzmittel liegen traditionell allein in den Händen der einzelnen Länder. Die Polizeieinkäufer und -techniker der norddeutschen Küstenländer allerdings arbeiten bereits seit Jahren und auf vielen Gebieten eng und arbeitsteilig zusammen. Auch für das Waffenaustauschprogramm fanden sich mit Bremen und Schleswig-Holstein schnell erfahrene Kooperationspartner. Vorteil: Gemeinsam werden so über 17 000 neue Pistolen gleichen Typs beschafft. Dies senkt den Preis und schont die öffentlichen Haushalte. ■

Landespolizeischule

Keine Ausbildung wie jede andere!



Daniel Ravlić,
Landespolizeischule



Dennis Rickert,
Landespolizeischule

Eine Ausbildung bei der Landespolizeischule Hamburg! Was bedeutet das eigentlich? Immer derselbe Tagesablauf wie bei dem Hollywood-Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“?

Eine Frage, die ich definitiv verneinen kann. Bereits der erste Tag lässt einen kurzen Blick auf die nächsten zweieinhalb Jahre zu. Die Begrüßung der neuen Lehrgruppe 8/06/1 fällt knapp aus. Aber ganz ohne offizielle Reden geht es bei der Polizei nicht. Plötzlich halte ich meine Ernennungsurkunde in der Hand. Der offizielle Teil der Begrüßung ist vorüber und ich trotte mit meinen neuen Kollegen unserer Lehrgruppenleitung hinterher. Eine kurze Führung über das Gelände und ein Ausblick auf die nächsten Tage,

Wochen und Monate stehen noch aus. Ich schreibe mir ständig neue Termine auf. Seminare, Lehrgänge, Veranstaltungen und Übungen, die auf uns warten. Der Beginn einer spannenden Zeit. Ab und zu blicke ich auf und schaue in die Runde. Überall sehe ich nur gespannte und erwartungsvolle Gesichter meiner neuen Kollegen.

So vergingen die ersten Tage sehr schnell. Noch immer muss ich mich daran gewöhnen, tatsächlich ein Polizeibeamter zu sein. Zumindest auf dem Papier. Erste Vorstellungsrunden spulte man nach einigen Tagen wie vom Band ab. Dann endlich beginnt die Theorie.

Dabei darf natürlich der Rechtskundeunterricht nicht fehlen. Ich sage nur: Diebstahl! Oder wie heißt dieses Wort mit den tausend Definitionen? Unglaublich, aber wahr. Hier findet auch die Definition einer beweglichen Sache einen Platz auf einer Karteikarte. Und wie war das noch mit der Wegnahme und dem Gewahrsamsbruch? Fragen über Fragen.

Ist das der normale Ausbildungstag? Eher nicht. Rechtskunde ist wichtig, aber nicht alles. Ein Blick auf den Lehrplan zeigt: Deutsch, Politik, Einsatzlehre, Kriminalistik und Englisch bieten Abwechslung. Vor allem Sport. Ein Ausgleich zur

Theorie. Der Körper wird auf Hochtouren gebracht. Ob Hindernissparcours oder Stadtparklauf.

Als weitere Abwechslung zur Theorie gibt es auch einen einwöchigen Einführungskurs zur Schießausbildung. Eine der vielen Höhepunkte außerhalb des alltäglichen Lehrplans. Besonders für diejenigen unter uns, die noch nie zuvor eine Schusswaffe in der Hand gehalten haben. Irgendwie sieht das in den Hollywood-Filmen aber gelassener aus. Und jeder, der dies einmal ausprobiert hat, kann das bestätigen. Ich konzentriere mich auf den Schuss und auf mein Ziel. Und dann der Knall. Der erste Blick auf das Ziel verrät mir erst einmal eins: Übung macht den Meister. Eins steht dabei aber klar im Vordergrund: Der korrekte und sichere Umgang mit der Dienstwaffe.

Kein Tag ist wie der andere. Zumindest fast kein Tag. So vergeht das erste Jahr wie im Fluge. Und plötzlich heißt es: Zwischenprüfung. Die Lehrgruppenleitung hat es nicht versäumt, uns regelmäßig darauf hinzuweisen. Aber ich habe dies – so lange wie möglich – verdrängt. Da kommt es nicht selten vor, dass die Kaffeemaschine auf Hochtouren läuft. Zumal Augenringe immer größer und Nächte zu Tagen werden. Doch keiner will als Verlierer aus

dem Ring gehen. Ein Kampf, der aus fünf Runden besteht. Fünf Prüfungen in fünf Tagen. Dagegen ist die mündliche Prüfung als Abschluss das reinste Kinderspiel. Und dann, nach einem Jahr, ist es endlich soweit – URLAUB! Umso mehr freue ich mich auf das Praktikum. Endlich im Einsatz auf der Straße. Dafür haben sich die Anstrengungen und Mühen im ersten Jahr gelohnt.

Und nun heißt es: Tagesdienst ade! Der Schichtdienst kann kommen. Bereits an der Wache erwartet mich mein Praxisanleiter. Dieser wird mir in den nächsten sechs Monaten mit Rat und Tat zur Seite stehen und mir den Polizeiberuf praktisch näher bringen.

Nach den ersten drei Wochen der Spät- und Nachtschichten ist es soweit – die Frühwoche ruft! So klingelt der Wecker in der Regel um 04:00 Uhr morgens und es dröhnt in meinem Kopf!

An der Wache angekommen, schaut man nur in müde Gesichter. Diejenigen aus der Nacht- und der Frühschicht. Man ist froh zu sehen und zu wissen, dass man nicht alleine ist. Neidvoll wandern meine Blicke denen hinterher, die jetzt nach Hause fahren. Denn in meinem Kopf spielt seit dem Erwachen immer noch dieselbe Melodie: Das Bett ruft! Ein Blick zu meinem Praxisanleiter sagt mir, dass er genauso wie ich erst einmal einen Kaffee braucht.

Wäre sonst auch nicht ein ganz normaler Ausbildungstag. Doch lange Zeit zum Nachdenken habe ich nicht. Denn schon fragt mich mein Praxisanleiter, ob ich startklar sei. Ich nicke ab, während ich noch hastig zumindest einen kleinen Schluck

des brühend heißen Kaffees schlürfe und mir dabei meinen Gaumen verbrenne.

Doch die Müdigkeit und die Schmerzen sind wie weggeblasen, als wir die Wache verlassen. Eine gewisse Anspannung macht sich breit. Man weiß nicht, was uns erwartet und wie sich ein Einsatz entwickelt. So kann aus einer Ruhestörung auch schnell ein schwieriger Einsatz mit Widerstand werden. Aus diesem Grunde gehe ich auf dem Weg zum Einsatz noch einmal alles im Kopf durch, was ich so gelernt habe. Schließlich will ich mich nicht blamieren – weder vor dem Bürger, noch vor meinem Praxisanleiter.

Und nach der Kür kommt die Pflicht – die Berichtsfertigung. Nicht immer gern gesehen, aber eben notwendig. Den einen Bericht habe ich noch nicht einmal beendet, da kommt auch schon der nächste Einsatz. Andere Bedürfnisse müssen da mitunter schon mal hinten anstehen. So lässt Einsatz um Einsatz den Arbeitstag wie im Fluge vergehen.

Und während ich denke, der Feierabend ist zum Greifen nahe, höre ich den Wachraumdienst durch die Lautsprechanlage sagen: „Alle Wagen auf Funk, Kfz-Aufbrecher am Werk“.

Ich merke, wie in mir das Adrenalin ansteigt und ich, ohne nachzudenken, nach meiner Jacke und Mütze greife. Es geschieht alles sehr schnell, aber Hektik kommt dabei trotzdem nicht auf. Ein Automatismus hat sich eingestellt. Auch dass mein Streifenpartner mir immer zuruft: „Wo bleibst du denn, wir müssen los!“ Dabei bin ich nur einige Meter hinter ihm. Zusammen mit anderen Einsatzkräften verlassen



Übung einer Geschwindigkeitsmessung



wir mit Blaulicht und Martinshorn die Wache Richtung Einsatzziel.

Unterwegs werden ständig neue Details des Einsatzes wie Beschreibungen der Täter über Funk ausgetauscht. Ich bespreche mit meinem Praxisanleiter mögliche Vorgehensweisen und ziehe mir meine Handschuhe an. Man kann nie wissen, was passiert. Denn es läuft nie so wie geplant. Kurz vor Erreichen des Einsatzziels sehen wir die vermeintlichen Täter in einen Bus steigen. Wir wenden den Wagen und stoppen den Bus. Alles geht sehr schnell. Wir stellen die Täter und bringen sie aus dem Bus. Plötzlich flieht einer der Täter. Eine zweite Streifenwagenbesetzung trifft in diesem Moment ein und übernimmt die anderen Täter.

Ich suche Blickkontakt mit meinem Praxisanleiter. Ohne auch nur ein Wort zu verlieren, wissen wir, was der andere denkt und nehmen sofort die Verfolgung auf. Irgendwie laufe ich schneller als mein Kollege. Ab und zu drehe ich mich zu ihm um, um den Kontakt nicht zu verlieren. Mit jedem Meter mehr spüre ich, wie schwer meine Schutzweste und meine Einsatzrüstung sind.

Aufgeben kommt aber nicht in Frage. Und langsam holen wir den Täter ein. Ich schreie ständig, er solle stehen bleiben. Mir schießen tausend Gedanken durch den Kopf. Schaffen wir es, ihn einzuholen? Was mache ich, wenn ich ihn zuerst eingeholt habe? Hat der Täter eine Waffe bei sich? Wieder der Blick nach hinten. Mein Kollege ist immer noch hinter mir. Der Täter läuft in einen S-Bahnhof. Wir holen mehr und mehr auf. Dabei falle ich fast die Treppen runter. Bevor er in die Bahn einsteigen kann, strecke ich meinen

Arm aus, packe ihn am Kragen und wir reißen ihn gemeinsam zu Boden.

Ich merke, wie wir beide nach Luft ringen. Während ich den Täter mit Griffen fixiere, legt mein Kollege die Handfesseln an.

Mein Kollege klofft mir auf die Schulter und nickt mir zufrieden zu. Ich komme langsam wieder zur Ruhe. Die Atmung wird langsamer und die Anspannung löst sich. Nach Belehrung und Durchsuchung fahren wir zurück zur Wache. Dort wartet die neue Schicht bereits seit einer halben Stunde. Genauso wie jede Menge Arbeit. Der Feierabend muss noch warten. Berichtsfertigung ist notwendig. Während der Einsatznachbesprechung der Anruf des Geschädigten: "Vielen Dank für die schnelle Hilfe!" Genugtuung und Zufriedenheit macht sich in mir breit. Auf dem Heimweg frage ich mich, was der morgige Tag so mit sich bringt. Eine Ruhestörung? Möglicherweise einen Verkehrsunfall? Oder sogar einen Raub? Vermutlich aber wieder kein Tag wie jeder andere!

Nach einem halben Jahr findet das Praktikum ein viel zu schnelles Ende und ich lasse den Schichtdienst hinter mir. Der Tagesdienst ruft erneut. Zumindest für die nächsten zwölf Monate. Nun heißt es einmal mehr: Theorie, Klausuren und viele Abende, an denen ich lernen muss, wie einst vor dem Praktikum.

Zunächst verbringen wir ein Wochenende mit der Lehrgruppe, um uns über die Erfahrungen im Praktikum auszutauschen.

Ich schreibe mir wieder Termine auf. Viele Seminare im vierten Semester stehen auf dem Plan. Neben

dem Konflikt- und Ethikseminar und der Politikwoche ist mir besonders das Fahrsicherheitstraining in guter Erinnerung geblieben. Das Training im Grenzbereich mit Funkstreifenwagen, eine tolle Erfahrung. Das Erlernte konnten wir bei echten Einsätzen anwenden und umsetzen. Ab dem vierten Semester werden wir auch immer wieder zu Einsätzen heran gezogen. In der Folge hatten wir auch viele Gelegenheiten dazu: zum Beispiel der Einsatz bei Demonstrationen i.Z.m. dem Klimacamp und den Feierlichkeiten zum 3. Oktober.

Als besondere Herausforderung war der Einsatz unserer Lehrgruppe als Gefangenentransport am 1. Mai 2008 hervorzuheben.

Bereits in der Vorbesprechung

wird deutlich, wie viel Planung hinter so einem Einsatz steckt. Natürlich freu ich mich, erneut mit den Kollegen der Polizeikommissariate Hand in Hand zu arbeiten. Die im Praktikum gesammelten Erfahrungen helfen mir hier nur bedingt. Eine Demonstration dieses Ausmaßes ist eben doch ein anderes Erlebnis. Verkehrschaos ist vorprogrammiert. Über Funk werden wir von einem Ort zum anderen dirigiert. Riesige Menschenmengen bewegen sich auf den Straßen. Die Anspannung ist nicht nur bei uns zu spüren.

Belastungsübungen dienen als Vorbereitungen für derartige Ein-

In der Ausbildung werden verschiedenste Situationen bei einer Verkehrskontrolle geübt



sätze, die uns nach der Ausbildung in der Landesbereitschaftspolizei erwarten können. Spezielle taktische Übungen und lange Märsche mit voller Einsatzrüstung bieten einen kleinen Einblick und Vorge-schmack auf das, was auf uns zu- kommen kann. Auch Nachteinsätze, bei denen wir aus dem Schlaf zu einer Vermisstensuche in den Einsatz gerufen werden, müssen bewältigt werden. Gleichzeitig ist dies eine Möglichkeit, das Gemeinschafts- gefühl zu stärken. Müdigkeit und physische Anstrengung zehren an meinem Körper. Doch ich weiß, ich bin nicht alleine! Diese Einsätze und Übungen sind dabei ein guter Aus- gleich zu den vielen Klausuren und Referaten.

Bereits in den Vorwochen zur Abschlussprüfung sehe ich die Vor- bereitungen meinem Spiegelbild an. Neben großen Augenringen entde- cke ich die eine oder andere Sorgen- falte in meinem Gesicht. Jetzt heißt es noch einmal: Alles geben und die Zähne zusammen beißen. Der Endspurt. Ein weiterer Ringkampf aus fünf Runden. Doch diesmal in der Schwergewichtsklasse. Aber am Ende hat es sich gelohnt.

Die mündliche Prüfung ist da nur noch eine Formalität. Gedan- ken über den Abschied machen sich langsam in mir breit. Doch Tränen sind schnell vergessen – wir werden uns bei Einsätzen wieder sehen. Der Start in die Landesbereitschaftspo- lizei mit neuen Kollegen und neuen Aufgaben wartet bereits auf mich. ■

Zu den Personen

Dennis Rickert und Daniel Ravlić haben mittlerweile ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und sind in der Bereitschaftspolizei tätig.

Fahrrad-Codierung

Der „Fingerabdruck“ für Ihr Fahrrad



Martin Kobusynski, LKA 121,
Landeskriminalamt

Die Zahl der Fahrraddiebstähle lag im Jahr 2007 mit 11 748 Fällen um 7,4 Prozent höher als 2006. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa jedes fünfte Fahrrad, das entwendet wird, überhaupt nicht gesichert ist. Ein weiterer nicht unerheblicher Anteil kann nur gestohlen werden, weil die verwendeten Schlösser keinen ausreichenden Diebstahlsschutz bieten. Dieses veranlasste die Polizei dazu, neben den bekannten Sicherheitshinweisen

- **Sichern Sie ihr Fahrrad mit einem Schloss!**
- **Schließen Sie Ihr Fahrrad an (z. B. an einen Fahrradbügel)!**
- **Benutzen Sie stabile (Bügel- oder Panzerkabel-) Schlösser!**

über geeignete ergänzende Präventionsmaßnahmen im Bereich Fahrraddiebstahl nachzudenken. Eine Möglichkeit stellt die individuelle Kennzeichnung, besonders die „Codierung“ persönlichen Eigentums

dar. Seit Beginn der Fahrradsaison im Frühjahr 2008 wird diese verstärkt beworben.

Codierung – Was ist das?

Bei der Fahrradcodierung wird eine Zahlen- und Buchstabenkombination, die sogenannte **E.I.N. (= Eigentümer-Identifizierungs-Nummer)**, gut sichtbar in den Rahmen eingefräst. Dieses geschieht möglichst auf der Kettenseite (rechts) am oberen Ende des Sitzrohres oder am Oberrohr. Die Codierung wird anschließend zur besseren Auffälligkeit mit einem Aufkleber mit Sichtfenster überklebt.

Der Code setzt sich aus folgenden Daten des Fahrradeigentümers zusammen:

- Kennbuchstaben des Wohnortes (analog zum Kfz-Kennzeichen)
- Straßenschlüssel (findet sich in dem der Polizei und den Einwohnermeldeämtern zugänglichen „Straßen- und Gebietsverzeichnis“)
- Hausnummer (dreistellig, ggf. mit Nullen ergänzt)
- Initialen

Um Verfälschungen zu vermeiden, gibt es zwischen den Buchstaben- und Zifferblöcken keine Leerstellen.

Beispiel:

Der Eigentümer des Fahrrades wohnt in Hamburg unter der Adresse Bruno-Georges-Platz, Hausnummer 1 und heißt Heinz Mustermann.

Der entsprechende Code lautet:

HHB876001HM

Dieses Codierungssystem ist grundsätzlich bundeseinheitlich. In den Flächenländern wird allerdings zwischen der Stadt- bzw. Kreiskenntung und dem Straßenschlüssel zusätzlich noch die Gemeindekennziffer (in der Regel zweistellig) hinzugefügt. Einige Gemeinden gravieren auch die zweistellige Jahreszahl der Codierung an das Ende. Insgesamt kann so die Gesamtlänge der Codierung zwischen 11 und 16 Stellen variieren.

Eine Erfassung der Codiernummern in einer Kartei oder Datei ist nicht notwendig, da der Code selbsterklärend ist. Mit Kenntnis des Straßenschlüssels kann der gravierte



Code problemlos entziffert und das Fahrrad dem Eigentümer zugeordnet werden. Nur im Falle eines Diebstahls wird die Codierung in die bundesweite polizeiliche Sachfahndungsdatei eingegeben. Auch wenn der rechtmäßige Eigentümer sich nicht an seine Codiernummer erinnert, ist diese – im Gegensatz zur Fahrradrahmennummer – anhand der Personalien und der Anschrift problemlos zu ermitteln.

Was nützt die Codierung?

Die Codierung kann andere Maßnahmen (besonders eine zuverlässige Sicherung des Fahrrades durch ein hochwertiges Schloss) nicht ersetzen, aber ergänzen. Einen potentiellen Fahrraddieb stellt die Codierung vor Probleme. Erstens kommt er in Erklärungsnot, wenn er selbst (z.B. wegen eines Verkehrsverstoßes) mit der Polizei in Kontakt kommt und zweitens wird er Schwierigkeiten bei einem möglichen Weiterverkauf des Fahrrades bekommen. Denn: Er wird immer erklären müssen, warum seine Personendaten nicht mit der Codierung übereinstimmen.

Ein weiterer positiver Effekt der Codierung ist die unkomplizierte Zuordnung. Sehr häufig werden Fahrräder von den Dieben nur kurzfristig benutzt und anschließend zurückgelassen. Diese aufgefundenen Fahrräder können – wenn sie codiert sind – durch die Polizei schnell und unkompliziert dem Eigentümer zugeordnet und wieder an ihn ausgehändigt werden.

Die Aktionstage zur Fahrradcodierung

Am 28. Mai 2008 fand an der „Fahrradstation“ in der Schlüterstraße



Werkzeug zur Fahrradcodierung

die Auftaktveranstaltung für die Aktionstage statt. Vor Ort wurden Dienstfahräder der Fahrradstaffel der Polizei codiert. Beamte der Fahrradstaffel, des örtlichen Polizeikommissariats 17 (Sedanstraße) und des Landeskriminalamtes (Fachkommissariat Prävention und Opferschutz) beantworteten Fragen der anwesenden Journalisten.

Am Folgetag gab es umfangreiche Berichterstattungen sowohl in den Printmedien als auch im Fernsehen. Diese informierten die Hamburger Bevölkerung, sodass Bürgerinnen und Bürger umfassend von der Möglichkeit der Codierung und den Aktionstagen Kenntnis erhielten.

Vom 2. bis zum 7. Juni 2008 codierten mobile oder ortsansässige Codierer (Fahrradgeschäfte) in verschiedenen Stadtteilen. Der Verein zur Verhütung von Diebstahl, ein Zusammenschluss der Hamburger Sachversicherer, der die Polizei seit vielen Jahren bei verschiedensten Präventionsprojekten unterstützt, sponserte die Aktionstage. So war es möglich, die Codierungen eine Woche lang für nur fünf Euro anzubieten. Die Einzelveranstaltungen in den verschiedenen Stadtteilen wurden teilweise auf dem Gelände der Polizeikommissariate, teilweise auch an anderen Plätzen, wie z. B. Schulen oder Wochenmärkten durchgeführt. Der Andrang der Interessierten war – aufgrund der „Werbung“ durch die Polizeibeamten in den Stadtteilen sowie der ausgeprägten Resonanz in den Medien – sehr groß. Das gute Wetter tat ein Übriges und brachte viele Menschen auf die Fahrräder. Die interessierten Bürger wurden durch die Polizeibeamten umfassend und kompetent beraten und



mit Informationsmaterial zum Thema Diebstahlsschutz versorgt. Insgesamt wurden im Rahmen der Aktion rund 1 000 Fahrräder codiert.

Wie ging es weiter?

Aufgrund des großen Erfolges der Aktionstage boten verschiedene Polizeikommissariate bis Ende des Jahres 2008 weitere Codierveranstaltungen an. Die Termine waren entsprechend im Internet sowie teilweise in der Tagespresse und den Wochenblättern veröffentlicht. Auch einige Polizeikommissariate, die bei den Aktionstagen zunächst nicht teilgenommen hatten, organisierten Veranstaltungen in ihren Stadtteilen. So hatten Bürgerinnen und Bürger aus allen Bezirken Hamburgs die Möglichkeit, in ihrer Nähe Fahrräder codieren zu lassen.

Ausblick

Die große Resonanz an den Codiertagen und die telefonischen Nachfragen nach Terminen bis in den November 2008 hinein sind für uns ein Signal: Sie zeigen uns, wie stark sich die Hamburger Bevölkerung für das Thema „Sicherheit“ interessiert und wie bereitwillig und engagiert die Menschen angebotene Möglichkeiten zur Sicherung ihres Eigentums wahrnehmen.

Die (Diebstahls-)Prävention ist ein wichtiges Thema, das nicht nur von einem alleine umgesetzt und bewegt werden kann.

Wir werden uns bemühen, Sie auch künftig als Partner in Sachen „Prävention“ zu gewinnen, um gemeinsam im Gespräch Ihre Fragen zum Thema „Sicherheit“ zu klären. Sprechen Sie uns an – wir sind für Sie da! ■

Verkehrsunfallstatistik 2008

Weniger verunglückte Kinder
Mehr Unfälle mit Sachschäden



Holger Mohr, VD 010,
Verkehrsdirektion

Innenminister Christoph Ahlhaus stellte am 6. April 2009 gemeinsam mit Polizeipräsident Werner Jantosch und dem Leiter der Verkehrsdirektion Dietmar Knepper die Verkehrsunfallstatistik 2008 vor.

Die zentralen Aussagen der Unfallstatistik 2008:

- **Weniger verunglückte Kinder.**
- **Anstieg der Unfallzahlen insgesamt.**
(Wesentlich durch Sachschadens-Unfälle bedingt!)
- **Mehr Unfalltote und Verletzte.**
- **Mehr verunglückte Radfahrer.**

Im direkten Vergleich des Jahres 2008 zum Vorjahr stellen sich die Zahlen wie in **Abbildung 1** zu sehen dar:

- Insgesamt ein Anstieg um 2.288 Unfälle (+ 3,7 %)
- Anstieg um 139 Verunglückte (+ 1,3 %)
- Anstieg der Zahl der Verkehrstoten um 10 auf 40
(Insbesondere durch eine Steigerung bei getöteten Krad- und Radfahrern)

Die Gesamtzahl von insgesamt 10.890 Verunglückten stellt in der Langzeitbetrachtung (siehe **Abbildung 2**, **Seite 43**) den drittniedrigsten Wert seit Beginn der Unfallstatistik dar.

Hauptunfallursachen im Jahr 2008

Die häufigsten Ursachen für Verkehrsunfälle mit Personenschäden sind Fehler beim Einfahren, Abbiegen, Wenden und Rückwärtsfahren (siehe **Abbildung 3**, **Seite 43**). Die Rückgänge bei den Unfallursachen „Geschwindigkeit“ und „Rotlicht“ sind auf die verstärkten Überwachungsmaßnahmen der Polizei zurückzuführen.

Sachschadensunfälle

Die Erhöhung der Unfallzahlen (+ 2.288) ist im Wesentlichen durch einen Anstieg der Sachschadensunfälle um 2.106 Unfälle verursacht worden. Davon hatten die LKW-Sachschadensunfälle einen Anteil von 1.309 Unfällen und die Seniorensachschadensunfälle erhöhten sich um 622. Mit einem Anteil von 91,7 % sind diese beiden Gruppen für die Steigerung der Sachschadensunfälle verantwortlich (siehe **Abbildung 4**, **Seite 43**)!

Unfälle mit Kindern

Die Anzahl der Kinder, die bei Verkehrsunfällen verunglückten, ist im Jahr 2008 um 8 zurückgegangen. Dies sind so wenig verunglückte Kinder wie noch nie seit Führung der Unfallstatistik in Hamburg. Die Anzahl von Unfällen, bei denen Kinder aktiv als Verkehrsteilnehmer beteiligt waren, hat jedoch um 24 auf 676 zugenommen (siehe **Abbildung 5**, **Seite 43**).

Insgesamt verunglückten auf Hamburgs Straßen 792 Kinder (- 8), davon 295 als Radfahrer (2007: 282), 238 als Fußgänger (2007: 222); weitere 259 Kinder verletzten sich bei Unfällen als Mitfahrer in Fahrzeugen (2007: 296). Erfreulicherweise verunglückte im Jahr 2008 kein Kind tödlich.

Unfälle im Vergleich zum Vorjahr

	Unfälle			Verunglückte			
	Gesamt	Sachschaden	Personenschaden	Gesamt	Leichtverletzte	Schwerverletzte	Getötete
2007	62.500	54.001	8.499	10.751	9.922	799	30
2008	64.788	56.107	8.681	10.890	10.006	844	40
Änderung	+ 2.288	+ 2.106	+ 182	+ 139	+ 34	+ 45	+ 10
%	+ 3,7	+ 3,9	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,8	+ 5,6	

Abbildung 1

Langzeitbetrachtung aller Unfälle von 1980 bis 2008

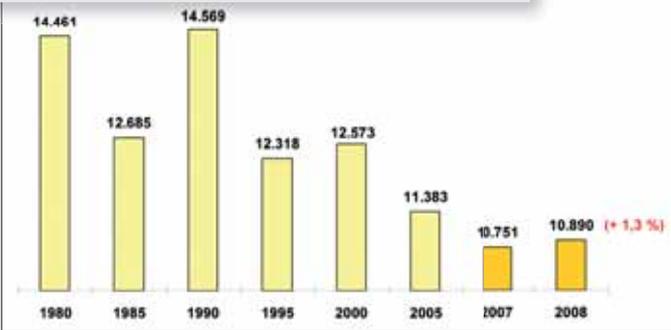


Abbildung 2

Häufigkeit in absoluten Zahlen

	2007	2008	Veränderung
Einfahren, Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren	2.567	2.681	+ 114
Abstand	2.195	2.222	+ 27
Geschwindigkeit	1.744	1.505	- 239
Vorfahrt/Vorrang	1.058	1.114	+ 56
Rotlicht	633	583	- 50

Abbildung 3

Unfälle mit Sachschäden



Abbildung 4

Unfälle mit Kindern

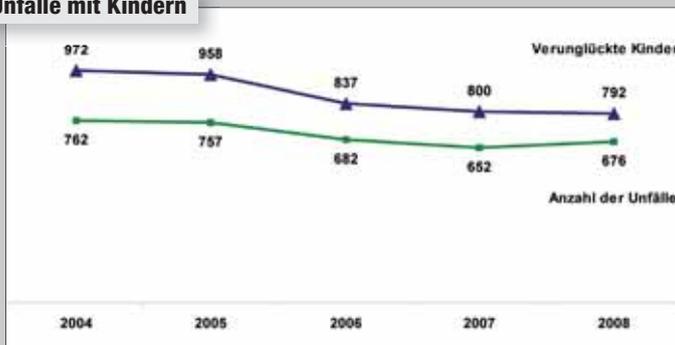


Abbildung 5

Der erneute Rückgang der verunglückten Kinder ist sehr positiv und verläuft parallel zu der im Jahre 2002 begonnenen Verkehrssicherheitsaktion „Rücksicht auf Kinder ... kommt an“. Diese Aktion (aktuell wieder vom 4. bis 29. Mai 2009) wird jährlich durchgeführt und hat es zum Ziel, die Verkehrssicherheit für Kinder nachhaltig zu erhöhen. Sie bündelt eine Vielfalt präventiver Maßnahmen der Verkehrssicherheitsberatung und Überwachungsmaßnahmen besonders im Bereich von Örtlichkeiten, an denen sich viele Kinder aufhalten. Eingebunden ist die Aktion u. a. in das ganzjährige umfassende Programm der polizeilichen Verkehrserziehung, das von 72 hauptamtlichen Polizeiverkehrslehrern in enger Kooperation mit der Behörde für Schule und Berufsbildung in den Schulen durchgeführt wird.

Unfälle mit Jungen Erwachsenen (18 bis 24 Jahre) erneut gestiegen

Im Jahr 2008 stiegen die Unfälle mit Jungen Erwachsenen wiederum an:

- Anstieg um 161 (+ 1,5 %) auf 10 851 Unfälle
- Anstieg um 99 (+ 6,5 %) auf 1 628 Verunglückte

Besonders bei den Verunglückten ist der prozentuale Anstieg des Jahres 2008 gegenüber dem Vorjahr deutlich höher.

Die Entwicklung über die Jahre 2004 bis 2008 stellt sich wie folgt dar (siehe Abbildung 6, Seite 44): „Junge Erwachsene“ bleiben auch weiterhin eine Risikogruppe, weil sie bei einem Anteil von 8,2 % an der Gesamtbevölkerung an 16,7 % aller Unfälle und sogar 23,4 % der Unfälle mit Personenschaden überproportional häufig beteiligt sind.

Zu rund 65 % sind sie selbst Hauptverursacher. Die Unfallursachen sind dabei überhöhte Geschwindigkeit, ungenügender Sicherheitsabstand sowie Wenden und Rückwärtsfahren. „Junge Erwachsene“ unterliegen weiterhin einem erhöhten Unfallrisiko.

Unfälle mit Senioren

Der langjährige Trend steigender Unfallzahlen hat sich auch im Jahr 2008 fortgesetzt, allerdings mit stagnierenden Verunglücktenzahlen. Er geht einher mit der demografischen Entwicklung und zunehmender Mobilität von Senioren (siehe Abbildung 7, Seite 44). Bei diesen Unfällen handelte es sich zu 84,4 % um Sachschadensunfälle.

Die Häufigkeit der Unfallursachen unterscheidet sich deutlich von Unfällen anderer Verkehrsteilnehmergrup-

pen, weil bei Seniorenunfällen verstärkt Ursachen i. Z. m. komplexen Verkehrsabläufen wie z. B. Abbiegen, Wenden und Rückwärtsfahren registriert werden. Geschwindigkeitsbezogene Unfälle finden vergleichsweise seltener statt.

Die Polizei hat sich mit derzeit 88 Bürgernahen Beamten, die speziell für das Aufgabenfeld „Seniorenberatung“ geschult wurden, auf die Zielgruppe Senioren eingestellt. In Vortragsveranstaltungen und persönlichen Beratungsgesprächen werden den Senioren Hinweise zur Verminderung von Verkehrsunfallrisiken gegeben.

Verkehrstote

Im Jahr 2008 hat es insgesamt 40 Verkehrstote (10 Verkehrstote mehr ggü. 2007) gegeben (siehe **Abbildung 8**).

19 Getötete haben die Ursache für den Unfall selbst gesetzt. Von den 40 Unfalltoten starben 13 als Fußgänger, 11 Personen als Fahrer eines Motorrades sowie 9 Personen als Radfahrer. Der Anstieg bei den Unfalltoten ist vor allem auf eine Steigerung von + 7 getöteten Motorradfahrern und + 3 getöteten Radfahrern zurückzuführen. Bei den Motorradfahrern führten hohe Geschwindigkeit und hohes Fahrrisiko zum Unfall; von den getöteten Motorradfahrern fuhren 10 mit nicht angepasster Geschwindigkeit! Von den 9 tödlich verunglückten Radfahrern trug keiner einen Helm!

Allein in 17 Fällen waren überhöhte Geschwindigkeit bzw. Trunkenheit im Straßenverkehr die Unfallursachen bei Getöteten. Schon diese Zahlen machen deutlich, dass vor allem Geschwindigkeit und Alkohol als besonders risikoträchtige Unfallursachen auch künftig konsequent zu bekämpfen sind. Weitere Ursachen waren fehlerhaftes Überschreiten der Fahrbahn sowie falsches Verhalten gegenüber Fußgängern.

Unfälle unter Alkoholeinfluss

Im Jahr 2008 wurden mit 1025 Unfällen unter Alkoholeinfluss 64 Unfälle mehr (+ 6,7 %) registriert als im Vorjahr. Die Zahl der bei diesen Unfällen Verunglückten stieg um 33 (+ 7,7 %) auf 462.

Von alkoholisierten Verkehrsteilnehmern geht immer noch ein hohes Unfallrisiko aus. So kam es in fast 36 % der Unfälle unter Alkoholeinfluss zu Personenschäden. Bei vier Getöteten war Trunkenheit mit unfallursächlich.

Unfälle mit jungen Erwachsenen

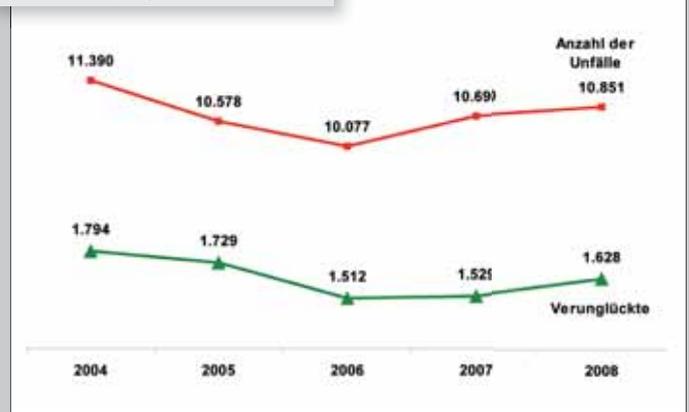


Abbildung 6

Unfälle mit Senioren

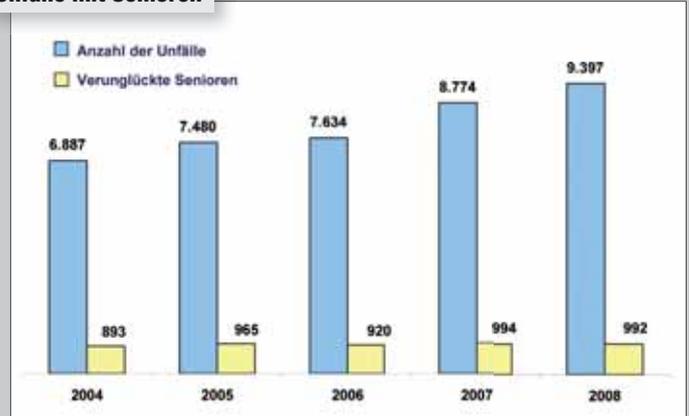


Abbildung 7

Verkehrstote

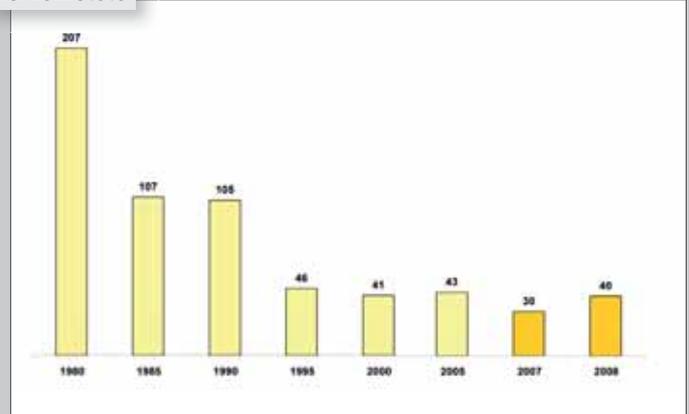


Abbildung 8



Drogen im Straßenverkehr

Im Jahr 2008 wurde bei 119 Unfällen Drogeneinfluss als Ursache festgestellt; dabei verunglückten 65 Menschen. Bei 3 Unfällen mit tödlichem Ausgang war Drogenkonsum zumindest mitursächlich. Wegen des besonderen Risikos der Verkehrsteilnahme unter Drogeneinfluss setzt die Polizei hier seit mehreren Jahren einen besonderen Kontrollschwerpunkt. Im Rahmen der Verkehrskontrollen brachte die Polizei im Jahr 2008 insgesamt 574 Straftaten und 1006 Ordnungswidrigkeiten wegen der Verkehrsteilnahme unter Drogeneinfluss zur Anzeige. Die Verkehrsüberwachung wird flankiert u. a. von der Präventionsaktion „Drug-Stop“, an der sich Polizei und weitere Träger der Verkehrssicherheitsarbeit, aber auch Fahrschulen beteiligen. Die Kampagne verfolgt das Ziel, junge Menschen über die Gefahren des Drogenkonsums auch in Verbindung mit dem Autofahren zu informieren.

Sowohl der hohe Kontrolldruck der Polizei als auch die verschiedenen Präventionsaktionen werden fortgeführt und sollen zu einem erhöhten Problem- und Gefahrenbewusstsein der Zielgruppe führen. Gleichwohl belegen die Unfallzahlen und Kontrollergebnisse die Notwendigkeit zur Fortsetzung der intensiven Kontrollen.

Ergebnisse der polizeilichen Überwachungsmaßnahmen

Neben den ganzjährigen Kontrollen der Polizei im täglichen Dienst wurden im Jahr 2008 insgesamt 67 Verkehrs-Großkontrollen (24 Kontrollen mehr als im Jahr 2007) durchgeführt. Im Mittelpunkt standen dabei u. a. die Hauptunfallursachen überhöhte Geschwindigkeit, Alkohol- und Drogenkonsum im Straßenverkehr sowie Rotlichtmissachtung, aber auch die Gurtanlegepflicht zur Minderung von Unfallfolgen.

Wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden insgesamt 487 370 Ordnungswidrigkeitenanzeigen gefertigt; der Anteil der geschwindigkeitsbezogenen Ursachen bei Unfällen mit Personenschaden ist im Jahr 2008 rückgängig. Gegen Rotlichtsünder wurde in insgesamt 21 067 Fällen eingeschritten.

Polizeipräsident Werner Jantosch stellte bei der Pressekonferenz zur Verkehrslage in Hamburg fest:

„Die Verkehrsmoral muss sich ändern!“

Verkehrsunfälle werden durch rücksichtsloses Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmer verursacht!

Verstöße gegen die Verkehrsvorschriften sind keine Kavaliersdelikte – sie gefährden und zerstören Leben!

Nur regelkonformes Verhalten kann Unfälle vermeiden!

Wenn Verkehrsteilnehmer weiterhin persönlichen – kurzfristigen – Vorteil im Blick haben, wird es auch 2009 viel Leid und volkswirtschaftlichen Schaden durch Verkehrsunfälle geben!“

Ausblick für 2009

Die im vergangenen Jahr gestiegenen Unfallzahlen und die höhere Anzahl von Verunglückten erfordern auch im Jahr 2009, dass sich die Schwerpunkte polizeilicher Verkehrssicherheitsarbeit weiterhin auf die Reduzierung der Unfallzahlen besonders mit Verunglückten sowie einer Verringerung der Unfälle mit Kindern beziehen.

Dazu wird das bewährte polizeiliche Konzept einer Fokussierung auf Unfallursachen mit hohem Risikopotential – durch konsequente Repression in Verbindung mit Prävention und intensiver Öffentlichkeitsarbeit – fortgeführt. Hierzu gehören die Überwachung von Geschwindigkeits- und Rotlichtverstößen sowie das Fahren unter Alkohol- und Drogeneinfluss.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.polizei.hamburg.de im Bereich „Daten und Fakten“.

JAN

JAHRESKALENDER 2008

1. Fast ein Jahr lang werden im Altonaer Lamp'weg immer wieder die Reifen von geparkten Fahrzeugen zerstochen. Zivilfahndern des PK 21 gelingt es schließlich, einen 38-Jährigen auf frischer Tat festzunehmen. Die Ermittler werfen dem Beschuldigten insgesamt rund 100 Taten vor. Der 38-Jährige legt ein Geständnis ab.

21. Beamte der Wasserschutzpolizei haben im Hamburger Hafen zwei Männer vorläufig festgenommen. Die Männer hatten einen 40 Fuß Container aufgebrochen und daraus 98 Kartons mit insgesamt 980 000 Zigaretten entwendet. Die Tatverdächtigen kommen vor einen Haftrichter.



24. Die Mordkommission klärt das Tötungsdelikt an Kirk M. (17) auf. Die Kriminalbeamten ermitteln drei Tatverdächtige. Sie stehen im Verdacht, Kirk in seiner Wohnung getötet und ihn anschließend im Dweerlandweg abgelegt und angezündet zu haben.

FEB

JAHRESKALENDER 2008



22. Drei Hamburger Taxifahrer werden überfallen und ausgeraubt. Die Täter schlagen ihre Opfer und setzen Reizgas ein. Nach umfangreichen Ermittlungen im Raubdezernat können die Kriminalbeamten zwei 17-jährige sowie einen 19-jährigen Tatverdächtigen ermitteln und vorläufig festnehmen.

30. Beamte des PK 34 in Langenhorn erhalten den Einsatz, einen psychisch erkrankten Mann nach der Begehung mehrerer Gewalttaten in Gewahrsam zu nehmen und einem Amtsarzt vorzuführen. Der 38-Jährige leistet heftigen Widerstand und bringt sich in den Besitz einer Dienstpistole der eingesetzten Beamten. Als die Situation daraufhin eskaliert, muss eine Polizeibeamtin von ihrer Waffe Gebrauch machen. Der 38-jährige erleidet eine tödliche Schussverletzung. Die Mordkommission nimmt die Ermittlungen auf.

MÄR

6. Mithilfe der Videoüberwachung kann das Landeskriminalamt 42 (Sexualstraftaten) eine Vergewaltigung aufklären und den 23-jährigen Tatverdächtigen dem Haftrichter vorführen. Der Täter hatte das 16-jährige leicht behinderte Opfer in einem Linienbus angesprochen und später in einer Grünanlage vergewaltigt. Einen Tag nach Veröffentlichung der Bilder aus der Videoüberwachungsanlage des Busses stellt sich der Täter an einem Hamburger Polizeikommissariat. Freunde hatten ihn mit den Fotos konfrontiert und er hielt dem Fahndungsdruck nicht länger stand.

17. Wasserschutzpolizisten treffen bei ihrer Streifenfahrt auf der Unterelbe auf einen Schlauchbootfahrer, der offensichtlich ein technisches Problem hat. Eine Überprüfung des 38-jährigen Bootsführers ergibt, dass er erheblich unter Alkoholeinfluss (2,45 Promille) steht und das Schlauchboot im Schulauer Jachthafen (Wedel) gestohlen hat. Es folgt eine Blutprobenentnahme und ein Strafverfahren wird eingeleitet.



APR

JAHRESKALENDER 2008

13. Polizisten des PK 24 nehmen drei Jugendliche fest, die verdächtigt werden, am Neujahrsmorgen einen 55-jährigen Mann am U-Bahnhof Niendorf niedergeschlagen, getreten und dabei lebensgefährlich verletzt zu haben. Umfangreiche Ermittlungen der Mordkommission führen auf die Spur der drei Deutschen. Sie werden wegen des Verdachts des versuchten Totschlags einem Haftrichter zugeführt.

23. Ermittler des Landeskriminalamtes 63 (Organisierte Kriminalität) zerschlagen in Zusammenarbeit mit der Hamburger Staatsanwaltschaft eine mutmaßlich kriminelle Vereinigung. Sie vollstrecken 10 Haftbefehle und 38 Durchsuchungsbeschlüsse. Den Tatverdächtigen werden u.a. räuberische Erpressung, Drogenhandel, Bandendiebstahl und Verstöße gegen das Waffengesetz vorgeworfen. Es werden dabei unter anderem zwei hochwertige Fahrzeuge, wertvoller Schmuck, große Mengen Zigaretten und mehrere Tausend Euro Bargeld sichergestellt.



MAI

JAHRESKALENDER 2008

5. Beamte der Staatsschutzabteilung (LKA 7) vollstrecken einen Durchsuchungsbeschluss gegen einen 49-jährigen Deutschen, der im Verdacht steht, Stellschilder mit Wahlplakaten für die bevorstehende Bürgerschaftswahl entwendet zu haben. Bei der Durchsuchungsaktion stellen die Beamten insgesamt rund 170 Stellschilder sicher. Gegen den 49-Jährigen wird ein Strafverfahren eingeleitet.



6. Ermittlern der Zentralkommission 63 gelingt die Festnahme eines 30-jährigen Serienbetrügers. Der Mann wird verdächtigt, in mindestens 14 Fällen überwiegend ältere Menschen um ihr Hab und Gut gebracht zu haben. Als angeblicher Mitarbeiter der HEW bzw. von Kabel Deutschland verschaffte er sich Zutritt zu den Wohnungen der Geschädigten und entwendete in einem unbeobachteten Moment Geld und andere Wertsachen.

JUN

30. Nach einer versuchten Vergewaltigung eines 16-jährigen Mädchens in Hamburg-Neu Allermöhe gelingt es dem LKA, aufgrund der gesicherten Tatortspuren ein DNA-Muster des Täters zu erstellen. Ein Abgleich mit der bundesweiten Datenbank führt auf die Spur eines 24-jährigen Ägypters. Der Tatverdächtige kann bereits sechs Tage nach der Tat festgenommen und einem Haftrichter zugeführt werden.

31. Das Hamburger Landeskriminalamt klärt eine Serie von Raubüberfällen auf. Der Tatverdächtige, ein 40-jähriger Deutscher, hatte seit Mitte 2006 bundesweit insgesamt 53 Filialen einer Drogeriemarktkette überfallen und dabei rund 30 000 Euro erbeutet. Der 40-Jährige trägt bei den Taten stets eine Perücke und bedroht die Geschädigten zumeist mit einer Schusswaffe. Das Mobile Einsatzkommando Hamburg observiert daraufhin den Verdächtigen und kann ihn schließlich nach einem Raubüberfall auf eine Drogerie in Bottrop vorläufig festnehmen.



JUL

JAHRESKALENDER 2008

13. Polizisten nehmen in Hamburg-Bergedorf einen 47-jährigen Mann fest, der im Verdacht steht, seinen 42-jährigen Freund durch Messerstiche getötet zu haben. Die Mordkommission führt den Beschuldigten einem Haftrichter zu.

16. Nachdem es im März 2008 auf einer Tankstelle in Hamburg-Hammerbrook zu einer Schießerei zwischen Milieuangehörigen gekommen war, bei dem ein 28-Jähriger zwei Schussverletzungen erlitten hatte, wird die Sonderkommission Rotlicht gegründet. Sie erwirkt mehrere Durchsuchungsbeschlüsse für ein Bordell, eine sog. Modellwohnung und andere Räume. Am 16. Juli 2008 vollstrecken insgesamt 130 Polizeibeamte diese Beschlüsse und stellen eine Handgranate, eine Schusswaffe und zahlreiche Munition sicher. Ein 30-jähriger Mann kann verhaftet werden.

17. Drogenfahnder des Fachkommissariates Straßendeal nehmen in Hamburg-Jenfeld einen Schwarzafrikaner vorläufig fest und stellen bei ihm insgesamt 1,2 Kilogramm Kokaïn, über 100 Gramm Crack und 685 Euro mutmaßliches Dealgeld sicher. Die Identität des Mannes bleibt zunächst ungeklärt, da er sich mit einem gefälschten nigerianischen Pass ausweist. Der Mann kommt in Haft.

AUG

JAHRESKALENDER 2008

15. bis 24. In Hamburg findet das sogenannte Antirassismus- und Klimacamp statt. Die Hamburger Polizei hat eine Vielzahl zum Teil gewalttätiger demonstrativer Aktionen, Versammlungen und Aufzüge zu bewältigen. Insgesamt werden 109 Teilnehmer in Gewahrsam und 55 Personen vorläufig festgenommen. 14 Polizeibeamte werden verletzt.

19. Beamte des Mobilensatzkommandos nehmen fünf Tatverdächtige im Alter zwischen 14 und 23 Jahren fest. Sie werden beschuldigt, sich zu einem bewaffneten Raubüberfall auf ein Wettbüro in Hamburg-Billstedt verabredet zu haben. Bei den Festnahmen stellen die Beamten eine Gaswaffe und Maskierungsmittel sicher. Vier der fünf jungen Männer kommen in Haft.

27. Die Polizei wendet sich im Rahmen einer Öffentlichkeitsfahndung mit dem Foto eines jungen Mannes aus einer Überwachungskamera an die Hamburger Bürger. Der Tatverdächtige hatte einer 17-Jährigen in der U-Bahn völlig grundlos mit einer Reizstoffwaffe in das Gesicht geschossen. Nachdem das Foto am nächsten Tag in allen Medien gezeigt wird, stellt sich der 24-jährige Tatverdächtige noch am selben Abend bei der Polizei. Zum Motiv macht der Beschuldigte keine Angaben.

SEP

23. Siebzig Polizeibeamte und zwei Staatsanwälte vollstrecken im Hamburger Stadtgebiet sieben Durchsuchungsbeschlüsse und stellen dabei Computer, hochwertige Elektronikartikel und Kleidungsstücke sicher. Es handelt sich um die Beute mutmaßlicher Computerbetrüger. Den insgesamt acht Beschuldigten wird vorgeworfen, mit „gephishen“ Kreditkartendaten zahlreiche Bestellungen im Internet vorgenommen und die Artikel anschließend versteigert zu haben. Der Gesamtschaden wird auf rund 60000 Euro geschätzt.



26. Ermittler des Raubdezernates klären eine Raubserie zum Nachteil mehrerer Taxifahrer auf und nehmen einen 20-jährigen Libanesen sowie seine 19-jährige Freundin fest. Das Pärchen und ein dritter noch flüchtiger Mann sind dringend verdächtig, im Hamburger Osten diverse Taxifahrer überfallen und ausgeraubt zu haben. Die Tatwaffe, ein Messer, kann sichergestellt werden.

OKT

JAHRESKALENDER 2008

NOV

JAHRESKALENDER 2008

DEZ

13. Polizisten des PK 23 nehmen nach einem Überfall auf ein Tabakgeschäft in Hamburg-Winterhude einen 34-jährigen Mann fest. Der Tatverdächtige hatte die Angestellte mit einer Spritze bedroht und Bargeld gefordert. Das Raubdezernat setzt die Ermittlungen fort und stellt dabei fest, dass der 34-Jährige bereits an beiden Tagen zuvor jeweils ein Tabakwarengeschäft und einen Drogeriemarkt überfallen hat. Er wird dem Haftrichter zugeführt.

30. Ein 33-jähriger Polizeibeamter wird bei einem Verkehrsunfall auf der B5 in Hamburg-Bergedorf schwer verletzt, als ein Falschfahrer frontal in seinen Pkw fährt. Der Beamte wird lebensgefährlich verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Der 27-jährige Verursacher wird vorläufig festgenommen. Ein Alcotest ergibt 1,9 Promille. Sein Führerschein und Pkw werden sichergestellt. Dem Beamten geht es inzwischen wieder besser.

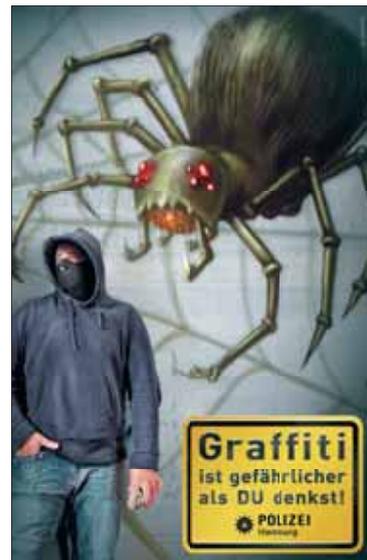


4. Zielfahnder des Landeskriminalamtes nehmen in Essen einen 38-jährigen Deutschen fest. Gegen den Mann besteht ein internationaler Haftbefehl wegen gewerbsmäßigen Kontoeröffnungs- und Kreditbetruges sowie Urkundenfälschung. In dem Hotelzimmer des Beschuldigten finden die Fahnder 86 Kredit-/Debitkarten und 86 gefälschte Ausweispapiere.



26. Beamte der Landesbereitschaftspolizei nehmen nach einer kurzen Verfolgungsfahrt in Hamburg-Lokstedt zwei Moldawier wegen eines versuchten Einbruchdiebstahls fest. Die Polizisten stellen fest, dass das Fluchtfahrzeug gestohlen gemeldet ist. In dem Pkw finden sie u. a. Schmuck, Laptops, Fotoapparate und Bargeld. Kripobeamte des PK 23 ermitteln, dass die beiden 31-Jährigen und ein dritter, flüchtiger Komplize für eine Serie von Einbrüchen in Hamburg, Brandenburg und Schleswig Holstein verantwortlich sind. Sie kommen in Haft.

4. Innensenator Christoph Ahlhaus stellt die neue Kampagne „Graffiti ist gefährlicher als Du denkst“ vor. Kinder und Jugendliche sollen damit über die zumeist unterschätzten Gefahren des illegalen Sprayens aufgeklärt werden. Vor allem in Hinblick auf zivilrechtliche Folgen bzw. hohe Schadensersatzansprüche.



5. Die Mordkommission klärt nach 15 Jahren ein Tötungsdelikt zum Nachteil eines 78-jährigen Rentners auf. Trotz umfangreicher Ermittlungen kann der Täter zunächst nicht gefasst werden. Bei einem erneut durchgeführten Abgleich der gesicherten Spuren mit der Fingerabdruckdatei gibt es eine Treffermeldung. Gegen einen 42-jährigen Aserbaidtschaner wird ein Haftbefehl erwirkt.

Brandserie geklärt

Videoaufnahmen und erfahrene Brandermittler legten dem Täter das Handwerk



Jürgen Erd, PK 11,
Polizeikommissariat St. Georg

Am Mittwoch, dem 28. Mai 2008, begann im Hamburger Stadtteil Billstedt eine Brandserie mit 12 Taten, die die Polizei tagelang in Atem hielt. Hotels, Bürogebäude und sogar ein großer Supermarkt waren die Ziele des Feuerteufels und er war verdammt schnell. Einen Teil der Brände legte er im Abstand von nur wenigen Minuten und potenzierte damit die Gefährdung von Menschenleben. Denn während die örtlichen Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr an den bestehenden Bränden gebunden waren, mussten immer weiter entfernt gelegene Einsatzzüge zu den neuen Feuerbrünsten hinzugezogen werden.

Feuer bedeutet in dem dicht besiedelten Gebiet der Hansestadt immer, dass auch Menschenleben in Gefahr sein können. Umso höher ist die Anspannung bei jedem Polizeibeamten, der mit Blaulicht und Martinshorn zum Einsatz fährt. Nach der Größe der Gebäude und der gefährdeten Menschen richtet sich auch die Zahl der Funkstreifenwagen, die zum Einsatzort fahren.

Mittwoch, 28. Mai 2008

In einem katholischen Gemeindezentrum im Öjendorfer Weg (Billstedt) wird um **14:38 Uhr** an drei Stellen Feuer gelegt. Schon kurze Zeit später brennt es um **17:20 Uhr** an zwei Stellen in einer Kindertagesstätte in der Kapellenstraße (Billstedt). Zuvor hatte sich ein Mann Zugang zum Gebäude verschafft. Die Person wurde durch eine Reinigungskraft in das Gebäude gelassen. Sie beschrieb den Täter als „Guildo-Horn-Typ“. Diese Beschreibung sollte eine lange Zeit der einzige Hinweis auf den Täter bleiben.

Um **18:13 Uhr** wird im Treppenhaus des Hotels „Alte Wache“ in der

Adenauerallee (St. Georg) an zwei Stellen Feuer gelegt. Bereits **neun Minuten später** brennt es in einem Bürogebäude in unmittelbarer Nähe. Der Täter zündet vorgefundenes Papier und Gegenstände an. Tatzeugen gibt es nicht.

Um **18:30 Uhr** brennt es im Hotel „Europäischer Hof“ in der Kirchenallee (St. Georg). Der Täter zündet im Frühstücksraum des Obergeschosses an drei Stellen Servietten, Teppiche und Tische an. Es kommt in dem Raum zu einem ausgedehnten Brand mit starker Rauchentwicklung, der sich schnell über den Flur dieser Etage ausbreitet.

Die eintreffende Feuerwehr betritt



den Brandbereich unter Atemschutz und entscheidet sofort, das Hotel zu evakuieren. Zu diesem Zeitpunkt sind dort 329 Personen eingebucht.

Durch die Rauchentwicklung im ersten Stock ist den Hotelgästen in den höher gelegenen Stockwerken bereits der Fluchtweg nach unten abgeschnitten. Es besteht für die eingeschlossenen Hotelgäste akute Lebensgefahr.

Als die Polizei eintrifft, winken an den Fenstern hilflose Hotelgäste und versuchen so die Einsatzkräfte auf sich aufmerksam zu machen. Die Feuerwehr, die mittlerweile mit drei Zügen vor Ort ist, muss die Eingeschlossenen mit Drehleitern aus den Zimmern retten. Andere werden unter dem Schutz von Sauerstoffhauben durch das verqualmte Treppenhaus gerettet.

Eine Katastrophe kann in letzter Minute durch Polizei und Feuerwehr verhindert werden. Das niemand verletzt wird, ist auch ein wenig dem Glück zu verdanken.

Einer Hotelangestellten war kurz vor der Brandentdeckung ein Mann aufgefallen, der aus dem Frühstücksraum lief. Trotz aller Bemühungen kann die Zeugin die Person auf Bildern nicht wieder erkennen.

Da bereits jetzt der Schluss nahe liegt, dass zumindest die drei Feuer in St. Georg im Zusammenhang stehen, setzt der Einsatzführer der Polizei Zivilfahnder ein, die den Auftrag erhalten, nach Tatverdächtigen zu suchen. Weiterhin wird der vom Täter vermutlich zurückgelegte Weg von zahlreichen Polizeibeamten abgesucht, um Spuren und Videoüberwachungen, die den Täter zeigen könnten, zu finden.

Um **19:56 Uhr**, noch während der

Einsatz in der Kirchenallee mit einer großen Anzahl von Streifenwagen und Rettungskräften der Feuerwehr läuft, kommt es zu einem weiteren Feuer in einem Bürogebäude am Besenbinderhof. Hier entzündet der Täter im siebten Stock in einer Teeküche an vier Stellen Papiertücher. Glücklicherweise entdeckt der Hausmeister den Brand rechtzeitig und löscht ihn, bevor er richtig ausbricht.

Der Eingangsbereich des Gebäudes ist Video überwacht und die Einsatzkräfte veranlassen die Sicherung der Aufnahmen, welche aber erst am nächsten Tag eingesehen werden können. Auf diesen ist ein Mann zu erkennen, der zur Tatzeit das Bürogebäude durch den Haupteingang betritt und durch den Notausgang verlässt.

Mittlerweile hat die alarmierte Fachdienststelle für Brandermittlungen im Landeskriminalamt (LKA 45) ihre Arbeit aufgenommen und noch am Abend die ersten Tatortuntersuchungen und Zeugenvernehmungen durchgeführt.

Donnerstag, 29. Mai 2008

Am Polizeikommissariat 11 beginnt die Nachbereitung der Feuer-Einsätze vom vorherigen Tag. In der Einsatzabteilung werden die Fragen nach dem Täter, seinem Motiv und erforderlichen Maßnahmen bei den Betroffenen erörtert. Immer wieder wird der enge zeitliche und örtliche Zusammenhang dieser offensichtlichen Brandserie beleuchtet. Wo gibt es Parallelen? Wer macht so etwas?

Dieselben Fragen werden natürlich auch schon seit den frühen Morgenstunden bei den Brandermittlern im LKA bewegt und bekommen

durch das nachfolgende Geschehen noch mehr Brisanz.

Um **09:05 Uhr** wird ein Feuer in einem Bürogebäude in der Spaldingstraße (City Süd) gemeldet. Ein Zusammenhang mit der Brandserie erscheint wahrscheinlich, ist aber noch nicht ganz sicher.

Als um **09:33 Uhr**, noch bevor die weiteren Umstände der Tat bekannt sind, ein weiteres Feuer in einem Bürogebäude in unmittelbarer Nähe zum ersten Brandort des Tages gemeldet wird, ist klar: Die Serie geht weiter!

Sofort werden in ganz Hamburg Funkstreifenwagen und Zivilfahnder alarmiert und in Richtung St. Georg entsandt. Sie erhalten kurze Informationen zur Brandserie und darauf, dass der Täter von einer Zeugin als „Guildo-Horn-Typ“ beschrieben wurde.

Noch während die meisten Einsatzkräfte auf der Anfahrt sind, legt der Täter bereits das nächste Feuer.

Um **09:35 Uhr** brennt es im Keller einer Diskothek in der Spaldingstraße. An mehreren Stellen eines dort befindlichen Tresens zündet der Täter Papierzettel und Plastikgegenstände an.

Auch hier wird das Gebäude durch Videokameras überwacht. Die Aufnahmen werden sichergestellt. Bei der Auswertung ist ein Mann zu sehen, der zur Tatzeit das Gebäude betritt.

Noch vor der Auswertung der Bilder wird von ihm bereits das nächste Feuer gelegt.

Kurz nach zehn Uhr legt der Täter in einem Bürogebäude des RealMarktes in der Straße Beim Strohhause an fünf Stellen Feuer. Dazu zündet er in einem Aufenthalts-

raum Spinde und eine Registrierkasse aus Kunststoff an. Auch hier kommt es zu starker Rauchentwicklung. Um die Rettungsmaßnahmen bewältigen zu können, muss zur Unterstützung der Feuerwehr die Bereitschaftspolizei eingesetzt werden, da alle verfügbaren Funkstreifenwagen bereits im Einsatz sind.

Die Einsatzkräfte halten zwei Personen an, auf die die Beschreibung der Zeugin aus Billstedt zutrifft. Beide werden zum Polizeikommissariat 11 gebracht, um dort den Tatverdacht überprüfen zu können.

Nach zahlreichen Feuern mit erheblichen Sachschäden und erheblichen Gefahren für viele Bürger scheint es endlich vorbei zu sein, wurden doch zwei Personen in unmittelbarer Nähe zum Tatort in typischer Weise angetroffen. Alle Beteiligten atmen durch. Das war es wohl endgültig, hoffen viele der eingesetzten Polizisten!

Aber noch während der sofortigen Vernehmung der Tatverdächtigen durch die Kriminalbeamten des LKA 45 wird erneut ein Feuer gemeldet.

Um **13:14 Uhr** brennt es in der Straße Beim Strohhaus 24. Die Ausführung und die Umstände lassen den Schluss zu, dass auch dieses Feuer der bisherigen Brandserie zuzuordnen ist. Damit steht fest, dass die vorläufig Festgenommenen nicht für die Tat in Frage kommen können. Die beiden Personen werden unverzüglich aus dem polizeilichen Gewahrsam entlassen. Die Serie scheint noch immer nicht zu Ende zu sein...

Bei dieser jüngsten Tat wird das Feuer im Keller des Gebäudes ge-

legt. Das führt in kurzer Zeit dazu, dass das Treppenhaus komplett verqualmt und somit auch nicht als Fluchtweg genutzt werden kann. Die Feuerwehr muss wieder Drehleitern einsetzen, um Menschen aus den oberen Stockwerken zu retten.

War dieses der letzte Brandort? Das gespannte Warten auf die nächste Feuermeldung dauert an. Anhand der Zeitabstände, Entfernungen und sonstigen Erkenntnisse aus den bisherigen Brandlegungen, versucht die Polizei gemeinsam mit der Feuerwehr fieberhaft den nächsten möglichen Tatort vorherzusagen. Die verschiedensten Theorien werden durchgesprochen, um dem Täter beim nächsten Feuer möglichst dicht auf den Fersen zu sein.

Mittlerweile sind rund 120 Polizisten in Zivil und Uniform im Bereich St. Georg sowie im näheren Umfeld des Stadtteils im Einsatz um den Täter festzunehmen.

Nach zwei Stunden ohne erneute Brandlegung lässt die enorme Anspannung bei allen am Einsatz Beteiligten etwas nach. Sollte die Serie endlich beendet ein? Alle hoffen es. Mit jedem Feuer stieg auch die Furcht, dass irgendwann ein Brandort zu spät entdeckt wird und Menschen zu Schaden kommen. Der bisherige wirtschaftliche Schaden ist hoch, aber Personen sind bisher nur in einem Fall durch Rauchgas leicht verletzt worden.

Parallel wird die Einsatzplanung für die bevorstehende Nacht vorbereitet. Zivilfahnder und uniformierte Streifen werden in der Innenstadt postiert, um nach dem Täter zu fahnden. Der Zufall will es, dass es einige kleine Feuer in örtlicher Nähe

gab. Bei jedem einzelnen neuen Feuer wird die Frage gestellt: Geht es doch wieder weiter? Aber es stellt sich jeweils schnell heraus, dass diese Kleinfuer nicht mit der Brandserie der vergangenen beiden Tage im Zusammenhang stehen.

Freitag, 30. Mai 2008

Die Fahndungsmaßnahmen in St. Georg und dem näherem Umfeld werden fortgesetzt. In der Nacht hat es immerhin kein Feuer gegeben, welches der Serie zuzurechnen wäre. Dennoch: Auch heute verstreicht keine Minute in der nicht alle eingesetzte Polizeikräfte mit der nächsten



Feuermeldung rechnen. Doch anstatt eines Feuers kommt aus dem LKA 45 der ganz konkrete Hinweis auf einen dringend Tatverdächtigen, der Bezug zum Stadtteil St. Georg hat.

Die Ermittler hatten in den vergangenen 24 Stunden Unmengen von Videomaterial aus den Überwachungskameras der verschiedenen betroffenen Örtlichkeiten gesichtet, Zeugenvernehmungen durchgeführt und weiteres Beweismaterial gesichert. Darüber hinaus hatten sich die erfahrenen langjährigen Brandermittler an eine Serie von Brandstiftungen aus dem Jahr 1999

erinnert, die deutliche Parallelen zu der jetzigen Serie hatte. Bei der Sichtung des Videomaterials konnte der Täter der damaligen Serie in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang zu den Brandstiftungen an vier verschiedenen Orten auf den Filmen erkannt werden, obwohl er sich äußerlich in den letzten neun Jahren stark verändert hatte.

Im Laufe dieses Freitagvormittages werden schließlich die Hinweise soweit konkretisiert, dass sich die Fahndung nur noch auf diese eine, namentlich bekannte Person, richtet.

An alle Einsatzkräfte werden schnellstmöglich Lichtbilder des Mannes verteilt. Spezialkräfte beobachten mittlerweile den Wohnort des Tatverdächtigen. Zu den bereits im Einsatz befindlichen Polizeibeamten werden darüber hinaus alle weiteren in Hamburg noch verfügbaren Beamten für die Fahndung eingesetzt. In der Innenstadt werden alle Straßenzüge und Kreuzungen zwischen dem Steindamm und der Nordkanalstraße mit Polizeibeamten in Zivil besetzt. Am Polizeikommissariat 11 befinden sich Polizisten der Bereitschaftspolizei, um sofort Rettungs- und/oder Fahndungsmaßnahmen einleiten zu können. Stunde um Stunde verstreicht ohne nennenswerten Erfolg.

Um **14:30 Uhr** schließlich wird der Tatverdächtige von einem aufmerksamen Polizeibeamten der Sicherheitswache am Hauptbahnhof anhand der verteilten Bilder erkannt, als er über den Hachmannplatz geht. Der Polizist stürmt aus der Wache hinaus und kann den völlig überraschten Mann widerstandslos festnehmen. Die Gefahr ist gebannt!

Beim LKA 45 dauert die Vernehmung des Festgenommenen bis weit nach Mitternacht an. Nach anfänglichem Leugnen gibt er zunächst nur einige der Taten zu. Schließlich bricht er aber unter der Last der gegen ihn sprechenden Beweise zusammen und legt ein umfassendes Geständnis ab. Hierbei kommt auch heraus, dass der Täter bereits einige Tage vor der Serie ein Feuer im Gebäude des Rundfunksenders RADIO HAMBURG gelegt hatte.

Als Motiv für die Brandstiftungen gibt der Täter an, dass er zur Befriedigung seiner Spielsucht viel Geld benötigte. Dieses besorgte er sich durch Diebstähle aus Büros, in die er sich einschlich oder teilweise unerkannt einschließen ließ. Wenn er dabei nicht genügend Geld fand, legte er aus Frust die Feuer. Über die Gefahr für Menschen hatte er nicht weiter nachgedacht!

Dem 30-jährigen Täter, der bisher schon elf Jahre seines Lebens wegen verschiedener Delikte in Strafhaft verbracht hatte, war klar, dass ihm nunmehr eine empfindliche Freiheitsstrafe mit eventuell anschließender Sicherungsverwahrung droht.

Im November 2008 begann die Gerichtsverhandlung gegen ihn, bei der er sein Geständnis bezüglich der vorgenannten Brandstiftungstaten wiederholte und darüber hinaus noch weitere 21 Bürodiebstähle ohne Brandlegung zugab. Am 16. Februar 2009 wurde er rechtskräftig zu 6 Jahren und 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, mit anschließender Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik. ■

Von Hamburg an den Hindukusch

Arbeit in der Polizeimission EUPOL Afghanistan
(European Union Police Mission to Afghanistan)



Jan Hieber, LKA 701,
Landeskriminalamt

Die Vorbereitung auf Afghanistan

Meine Vorbereitung auf das fremde Land und meine dortigen Aufgaben begann im September 2007 mit den Basisseminar Auslandsmissionen im Ausbildungszentrum der Bundespolizei in Lübeck. Im Januar 2008 schloss sich das Vorbereitungsseminar Afghanistan in Lübeck an, bei dem mir unter anderem bei der Ausbildung mit dem Sturmgewehr G36 deutlich wurde, wie untypisch das Einsatzgebiet Afghanistan für einen Hamburger Polizisten ist. Eine solche Waffe ist uns in Hamburg völlig fremd. Die zweite Seminarwoche wurde von einem traurigen Ereignis überschattet: Mehrere Selbstmordattentäter hatten im EUPOL-Hotel „Serena“ in Kabul ein Blutbad angerichtet.

Ankunft in Kabul

Am 7. Februar 2008 flog ich nach Kabul. Die ersten Eindrücke waren vor allem von der massiven militärischen Präsenz schwer bewaffneter Soldaten mit Panzerfahrzeugen und festungsartig ausgebauten Stellun-

Informationen zu internationalen Polizeimissionen/-projekten

Deutschland engagiert sich beim Polizeiaufbau in Afghanistan im Rahmen der Europäischen Polizeimission EUPOL AFG und dem deutschen bilateralen Polizei-Projektteam. Darüber hinaus sind Polizeibeamte des Bundes und der Länder auch als Personenschützer des deutschen Botschafters in Kabul/Afghanistan eingesetzt.

Die Polizei Hamburg hatte 2008 je einen Beamten in der EUPOL AFG und als Personenschützer des deutschen Botschafters eingesetzt.

Die Beteiligung von Hamburger Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten an internationalen Polizeimissionen/-projekten begründet sich aus dem Bekenntnis Hamburgs zur solidarischen Aufgabenbewältigung im Rahmen der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik sowie einer humanitären Verpflichtung heraus. Die Wirkung von instabilen Verhältnissen in Krisengebieten ist in der heutigen globalen Welt besonders durch terroristische/extremistische Aktivität, internationale organisierte Kriminalität und Flüchtlingsströme – auch in Hamburg – zu spüren. Vor diesem Hintergrund werden durch die internationalen Polizeimissionen/-projekte nicht zuletzt auch vitale Interessen Hamburgs vertreten.



Ein Hirtenjunge begegnet einem Hilfskonvoi des Roten Kreuzes

gen geprägt. Als stärkster Gegensatz dieser ersten Zeit bleiben mir die Armut des größten Teils der Bevölkerung und der fast schon surreale Gegensatz der Ausstattung unseres Hotels Serena im Gedächtnis.

Erstausnehmend schnell wird der afghanische Alltag eines EUPOL-Polizisten Routine. In der Nacht vor meinem Abflug nach Nordafghanistan wurde ich erstmals in einem Ernstfall gefordert. Auf Weisung des Head of Mission evakuierten wir das gesamte Personal von EUPOL aus dem Serena Hotel aufgrund einer Anschlagswarnung. Am nächsten Tag ging die Reise von Kabul in Richtung Norden.

Aufbau von polizeilichen Strukturen bei schwieriger Ausgangslage

Als sogenannter „Senior Police Adviser North“ war ich verantwortlich für das Personal und die Aktivität von EUPOL in Nordafghanistan. Dieses riesige Gebiet weist nicht nur viele unzugängliche Regionen auf, sondern misst auch die Hälfte der Fläche der Bundesrepublik. Hier sind etwa 14000 Polizisten tätig, in Hamburg rund 10000 Polizisten. Der östlichste Teil grenzt an China und den Himalaja heran. Die Grenze nach Pakistan ist schon wegen der Höhe und Unzugänglichkeit der Bergpässe unkontrollierbar. Im Süden liegt der Hindukusch, im Nordwesten die Ausläufer der zentralasiatischen Wüsten und im Nordosten der Amur Darya (früher Oxus genannte) Fluss als Grenze nach Usbekistan und Tadschikistan.

Das regionale Hauptquartier von EUPOL befindet sich im Feldlager Camp Marmal unweit der Stadt Mazar-e-Sharif. Diese Stadt mit etwa

einer halben Million Einwohnern ist in der islamischen Welt wegen ihrer wunderschönen blauen Moschee berühmt.

Die Ausgangssituation war schwierig: EUPOL hatte die Mission zwar acht Monate zuvor offiziell gestartet, das Hauptquartier in Kabul befand sich aber noch in einer Anfangsphase. Die Sicherheitslage verschlechterte sich, was an einem verheerenden Anschlag auf die Deutschen Kollegen im August 2007 deutlich wurde. Ein weiteres, nach wie vor aktuelles Problem für den Wiederaufbau von Afghanistan ist die Vielzahl der beteiligten Nationen und Organisationen sowie die schwierige Koordination aller Aktivitäten.

Zum Glück fand ich in meinem Team, der Bundeswehr und allen anderen internationalen Partnern, vor allem aber der afghanischen



Auf Posten gegen den Vormarsch der Taliban; Grenzpolizei innerhalb der Region Nord in der Provinz Faryab

Polizeiführung im Norden, ausgezeichnete Unterstützung.

Die Präsenz von EUPOL konnte von drei Provinzen in wenigen Monaten auf acht der neun Provinzen im Norden ausgedehnt werden. Für jeden neuen Standort mussten Verträge geschlossen werden, damit die Sicherheits- und Lebensbedingungen einem gewissen Mindeststandard entsprachen und gepanzerte Geländefahrzeuge zur Verfügung standen.

Die operative Einsatzfähigkeit von EUPOL im Norden war hergestellt. Jetzt konnten die inhaltlichen Ziele angegangen werden. Der tägliche Kontakt zu den Polizeiführern in den Provinzen und die Stärkung der „Joint Coordination Centers“, einer Art gemeinsamer Lagezentren auf regionaler und Provinzebene, standen dabei im Vordergrund.

Deutsche Polizisten haben bei der afghanischen Polizei besonders im Norden einen ausgezeichneten Ruf. Aufgrund unseres polizeilichen Hintergrundes haben alle Mentoren von EUPOL schnell ein sehr gutes Vertrauensverhältnis aufbauen können.

Der polizeiliche Hintergrund kam uns besonders in der Beratung bei gemeinsamen Sicherheitsoperationen der Polizei mit dem Afghanischen Militär und der ISAF zu Gute.

Unsere Projekte

Neben direkter und punktueller Unterstützung wie Ausrüstungshilfe, dem Aus- oder Neubau völlig unzureichender Checkpoints oder Polizeistationen wurden besonders auch strategische Projekte für ganz Nordafghanistan gefördert.

Wir führten ein einheitliches Berichtswesen für die Region Nord ein. Auf verschiedenen Ebenen führte EUPOL Ausbildungen zur Handhabung von drei neuen Vordrucken durch: Flächendeckende Alphabetisierungskurse für den einfachen Dienst mit dem Ziel einfache Berichte verfassen zu können, Training der "Wachhabenden" in den Lagezentren und Ausbildung des Kriminaldienstes mit dem Ziel der Erfassung von Fahndungsdaten und Lagebildern.

Eine weitere Aufgabe war der Aufbau einer "Organized Crime Task Force – OCTF". Die OCTF besteht aus afghanischen Staatsanwälten und Polizisten. Ein Gremium aller für die Sicherheit in einer bestimmten Provinz zuständigen Organisatoren der Staatsanwaltschaften, von Polizei und Militär wählt als Ziel eine bestimmte kriminelle Or-

ganisation oder einen Tatverdächtigen. EUPOL-Mentoren beraten und begleiten das Gremium bei allen operativen Arbeitsschritten.

Ziel dieser Einheiten ist es eine transparente und erfolgreiche Strafverfolgung gemäß den afghanischen Gesetzen zu gewährleisten und damit das militärische Vorgehen von ISAF zu ergänzen und auf lange Sicht überflüssig zu machen. Die landesweite Umsetzung ist jetzt als eine Kooperation von EUPOL und dem amerikanischen Militär geplant.

Aber diese hier nur kurz umrissenen Beispiele Erfolg versprechender Projekte dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lage für den Polizeiaufbau in Afghanistan insgesamt schwierig ist. Während die afghanische Armee mit gigantischen Ressourcen recht erfolgreich aufgebaut wird, reicht für die Polizei das Ausbildungspersonal bei weitem

nicht aus. Nur die Hälfte der über 70 Planstellen für EUPOL-Beamte im Norden sind derzeit besetzt. Deutschland bemüht sich intensiv um eine Verbesserung der Bewerbersituation.

Grundsätzlich ist die Situation in den einzelnen Regionen Afghanistans so unterschiedlich, dass man gar nicht von "einem" Afghanistan sprechen kann. Während im Süden und Osten bestenfalls ein militärisches Unentschieden herrscht, kann in vielen Teilen des Nordens sehr wohl zivile Aufbauarbeit geleistet werden. Es steht aber zu befürchten, dass viele auch für die Polizei bedeutsame Entwicklungen aus Kabul heraus von der Kriegssituation geprägt sind. Schon jetzt ist eine immer weitere Dominanz des Militärs im Bereich der inneren Sicherheit auch im Norden zu beobachten. Es bleibt abzuwarten, in wie weit sich neue Ansätze gerade in der amerikanischen Afghanistanpolitik auf den Polizeiaufbau auswirken werden.

So fuhr ich am Ende meiner Mission nach vierzehn Monaten mit dem Gefühl nach Hause, dass Vieles erreicht werden konnte, aber die Zukunft von Afghanistan und damit auch das Erreichen der Ziele der internationalen Staatengemeinschaft immer noch ungewiss ist. Sicher ist nur, dass es noch eine lange Zeit dauern wird, bis Afghanistan seine Probleme alleine lösen kann.

Das wichtigste Ziel für mich persönlich habe ich allerdings erreicht: Dass mein Team und ich gesund wieder nach Hause gekommen sind. Nach zwei Anschlägen ist das nicht selbstverständlich gewesen. ■

Eine freundliche Geste beim zufälligen Zusammentreffen in der Steppe; über sauberes Wasser freuen sich alle Kinder in Afghanistan



Hamburger Polizeibeamte in Afghanistan

Erfahrungen eines Personenschützers



Thomas Ohlmeyer, PK 11,
Polizeikommissariat St. Georg

Der 15. August 2007 wird Rolf Gumpert und allen Kollegen, die ihn kennen und mit ihm arbeiten in besonderer Erinnerung bleiben: Auf dem Weg zum Schießstand im Osten Kabuls zerriss eine ferngezündete Panzermine eines der Fahrzeuge in einem Personenschutzkonvoi – drei Polizeibeamte starben und alles sah nach einem gezielten Anschlag auf die Deutschen aus. Schnell zeichnete sich durch die Berichterstattung in den Medien und interne Informationen ab, dass ein Hamburger Polizeibeamter, Rolf Gumpert, einer der beteiligten Personenschützer war. Eine Zeit der Ungewissheit begann. War er einer der getöteten Kollegen? Nach einigen Stunden zwischen Hoffen und Bangen gab es zum Glück Entwarnung: Rolf Gumpert hatte den Anschlag unverletzt überlebt.

Doch was treibt einen Hamburger Polizeibeamten dazu, sich derartigen Gefahren auszusetzen? Welche Erfahrungen macht man in diesem, uns sehr fremden Land?

Ich möchte aufgrund unserer



persönlichen Gespräche und der E-Mails, die ich von Rolf aus Afghanistan in regelmäßigen Abständen bekommen habe, versuchen, hierzu ein paar Antworten zu geben.

Rolf hatte im Hamburger Landeskriminalamt bereits als Personenschützer gearbeitet. Er wurde zum Schutz unseres Ersten Bürgermeisters eingesetzt. Er konnte also auf



Empfang zum Tag der Deutschen Einheit in der Deutschen Botschaft



Mit dem deutschen Botschafter in der Stadt Faysabad



Winter in Kabul: Ausblick aus der Unterkunft

reichlich Erfahrung zurückgreifen. Ein paar Jahre arbeitete er an unserem Polizeikommissariat (PK 11) als engagierter Fahnder zur Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität auf den Straßen St. Georgs. Dennoch verspürte er den Drang, sich im Jahr 2006 auf eine Ausschreibung des Bundeskriminalamtes (BKA) für einen befristeten Einsatz als Personenschützer des deutschen Botschafters in Afghanistan zu bewerben. Das hierfür zu absolvierende Auswahlverfahren bestand Rolf ohne Probleme, klar!

Fragt man Rolf, was ihn motivierte, so wird sehr schnell deutlich: Er ist kein risikobereiter Rambo-Typ, denn solche Charaktere kann man bei diesem Auftrag nicht gebrauchen. Mit Sicherheit ist es eine nicht zu bestreitende Abenteuerlust. In erster Linie ist es aber die Bereitschaft, sich besonderen Herausforderungen stellen zu wollen und hierbei sein eigenes, persönliches Wohlergehen dem Gesamtziel unterzuordnen. Darüber hinaus verfügt Rolf über ein sehr hohes Verantwortungsbewusstsein und ein großes Interesse an fremden Kulturen. Diese persönlichen Eigenschaften und die Tatsache, dass er in seinem Privatleben relativ ungebunden ist, führten ab April 2007 zu seinem ersten einjährigen Einsatz im Personenschutz für den deutschen Botschafter in Kabul. Dieses Kommando setzt sich aus BKA-Beamten sowie an das BKA abgeordnete Landesbeamte zusammen. Es ist deutlich zu unterscheiden von den internationalen Polizeimissionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, an denen sich die deutsche Polizei in Afghanistan und anderen Regionen dieser Erde beteiligt.

Bereits die erste 24-stündige Anreise via Berlin-München-Dubai nach Kabul gestaltete sich für Rolf sehr abenteuerlich:

Schon als er in Dubai das Terminal zum Weiterflug nach Kabul wechseln musste, tat sich für ihn eine ganz andere Welt auf. Auf den Anzeigetafeln (Abflug) erschienen nur Reiseziele wie Bagdad, Basar, Kabul, Peschawar usw. Unter den Fluggästen waren bereits keine Touristen und Geschäftsleute mehr. Die meisten der Mitreisenden gehörten internationalen Hilfsorganisationen oder auch privaten Sicherheitsunternehmen an. Auch die Flugzeuge schienen sich, was ihren äußerlichen Zustand betraf, den Reisezielen angepasst zu haben. Da Kabul von sehr hohen Bergen (Ausläufer des Hinduksch) umgeben ist und der Anflug als schwierig gilt, ähnelten die Flugmanöver während der Landung schon eher einem Notfall. Offensichtlich war dieses aber für die dortigen Verhältnisse völlig normal.

Die weiteren Eindrücke ließen vieles, was man als Hamburger Polizeibeamter gesehen und erlebt hatte, als relativ erscheinen. Der europäische (Sicherheits-) Standard ist mit den dortigen Gegebenheiten nicht zu vergleichen. Besonders auffallend ist die hohe Präsenz von schwer bewaffneten afghanischen Polizisten und Militär in der ganzen Stadt. Und auch die eigene Ausrüstung und Bewaffnung (Gewicht bis zu 35 kg) entspricht natürlich nicht der, die dem normalen Hamburger „Schutzmann“ zur Verfügung gestellt wird. Dieses Gewicht bei Temperaturen von bis zu 45 Grad Celsius zu transportieren, führt neben der psychischen Anstrengung im Ein-

satz naturgemäß auch zu einer sehr hohen physischen Belastung.

Die besondere Gefährdungslage für Vertreter ausländischer Regierungen macht im Vergleich zur Arbeit in Deutschland einen besonders hohen Aufwand im Personenschutz erforderlich. Dienstreisen außerhalb Kabuls finden ausschließlich mit militärischen Lufttransportmitteln statt, da die Gefahr von Anschlügen und Überfällen zu groß ist. Die Zusammenarbeit mit afghanischen Dienststellen bzw. Behörden ist aufgrund von Sprach- und Verständnisschwierigkeiten häufig sehr schwierig, sodass man im Regelfall auf sich allein gestellt ist.

Besonders „interessant“ stellt sich nach Angaben von Rolf auch der Straßenverkehr in Kabul dar. Hier ist offensichtlich ein Höchstmaß an „Eigeninitiative“ gefragt, um das Ziel mit dem Auto sicher und zeitgerecht zu erreichen. Die Verkehrspolizei, welche zwar überall präsent ist, scheint dabei nicht immer Herr der Lage zu sein. Der Straßenverkehr hat für europäische Verhältnisse ohnehin eine teilweise gefährliche Eigendynamik, die das Fahren, besonders im Personenschutzkonvoi, zu einer echten Herausforderung macht. Im Gegensatz zum Hamburger Straßenverkehr spielen „Zeichen und Weisungen“ eines Polizeibeamten nur eine eher untergeordnete Rolle.

Da Afghanistan ein sehr religiös geprägtes Land ist, ergeben sich auch im normalen Tagesablauf „besondere Anforderungen“ an einen Hamburger Polizeibeamten. Das Wecken übernimmt hier der Muezzin einer benachbarten Moschee, welcher die Menschen zum Gebet aufruft. Die-

ses ist für europäische Ohren zum Teil mit erheblichen Lärm verbunden und indirekt ist die Botschaft klar: Die Nacht ist vorbei – und das gegen fünf Uhr morgens!

Faktisch gibt es keine Freizeitmöglichkeiten und keinen richtigen Feierabend. Besuche von Restaurants oder Lokalitäten – in Hamburg völlig selbstverständlich – sind aufgrund der Sicherheitslage unmöglich. Außerhalb des Personenschutzauftrages beschränkt sich deshalb der Aufenthalt von Rolf Gumpert auf das Botschaftsgelände. Somit reduziert sich auch der Kontakt zur afghanischen Bevölkerung grundsätzlich auf den Dienst.

Nach einjährigem Aufenthalt in Afghanistan kehrte Rolf im April 2008 wohlbehalten nach Deutschland zurück. Er hat den Einsatz erfolgreich beendet und für die Polizei Hamburg seinen Beitrag in diesem soweit entfernten Land geleistet.

Damit könnte diese Geschichte zu Ende sein.

Inzwischen ist Rolf jedoch, nachdem er von Mai bis September 2008 wieder in St. Georg gearbeitet hatte, erneut in Kabul tätig. Auf besondere Anforderung des BKA kam es zu einer weiteren Verwendung im Personenschutz. Aufgrund der angespannten Sicherheitslage greift das BKA auf auslandserfahrene Personenschützer zurück.

Vorerst rechne ich mit einem Ende seiner Mission im Januar 2009. Und so werde ich mich auch noch weiterhin darauf freuen können, am Morgen zu Dienstbeginn E-Mails von Rolf aus Afghanistan in meinem Postfach vorfinden zu können.■

Falsche Liebe

Der Weg junger Frauen in ausländische Haftanstalten



Ralf Dornekott, LKA 622, Spezielle Rauschgiftkriminalität

„NOS FUGIT NEMO“

(Uns entkommt keiner) lautet der Leitspruch des Landeskriminalamtes 62, des Fachkommissariats für speziellen Rauschgifthandel und synthetische Drogen.

26 Kriminalbeamten und -beamtinnen ermitteln am LKA 62 gegen Rauschgift Händler oberhalb des Straßenhandels. Über eine Rufbereitschaft sind sie rund um die Uhr erreichbar, denn in einer Metropole wie Hamburg besteht immer wieder der Bedarf, sich auch außerhalb der allgemeinen Dienstzeit sofort um Hinweise, Festnahmen oder Sicherstellungen zu kümmern. Die ersten, oftmals als „Sofortsache“ übernommenen Ermittlungen sind häufig entscheidend dafür, ob es in der Folge auch gelingt, die Hintermänner oder Organisatoren eines Rauschgift Handels beweissicher zu überführen. Dabei war der folgende Fall auch für das LKA 62 nicht alltäglich.

Der Anfang

So kam es, dass sich am 22. Mai 2007 in der Empfangshalle des Polizeipräsidiums Hamburg eine junge Frau meldete, die Angaben über die Hintergründe der Verhaftung ihrer besten Freundin im Ausland machen wollte. In einem ersten Gespräch war ich erstaunt, da in Hamburg zu dem Zeitpunkt nichts über die Verhaftung einer Hamburgerin im Ausland bekannt war.

Recherchen über das Bundeskriminalamt führten zur Deutschen Botschaft in Madrid, von wo aus die Verhaftung einer jungen Deutschen, von einer Fähre auf Teneriffa kommend, bestätigt werden konnte.

Ich bekam schnell Kontakt zu dem dortigen Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes, welcher selbst jahrelang Rauschgiftmittler war. Die Wellenlänge untereinander stimmte und sollte sich in der folgenden Arbeit noch als erfolgreich erweisen.

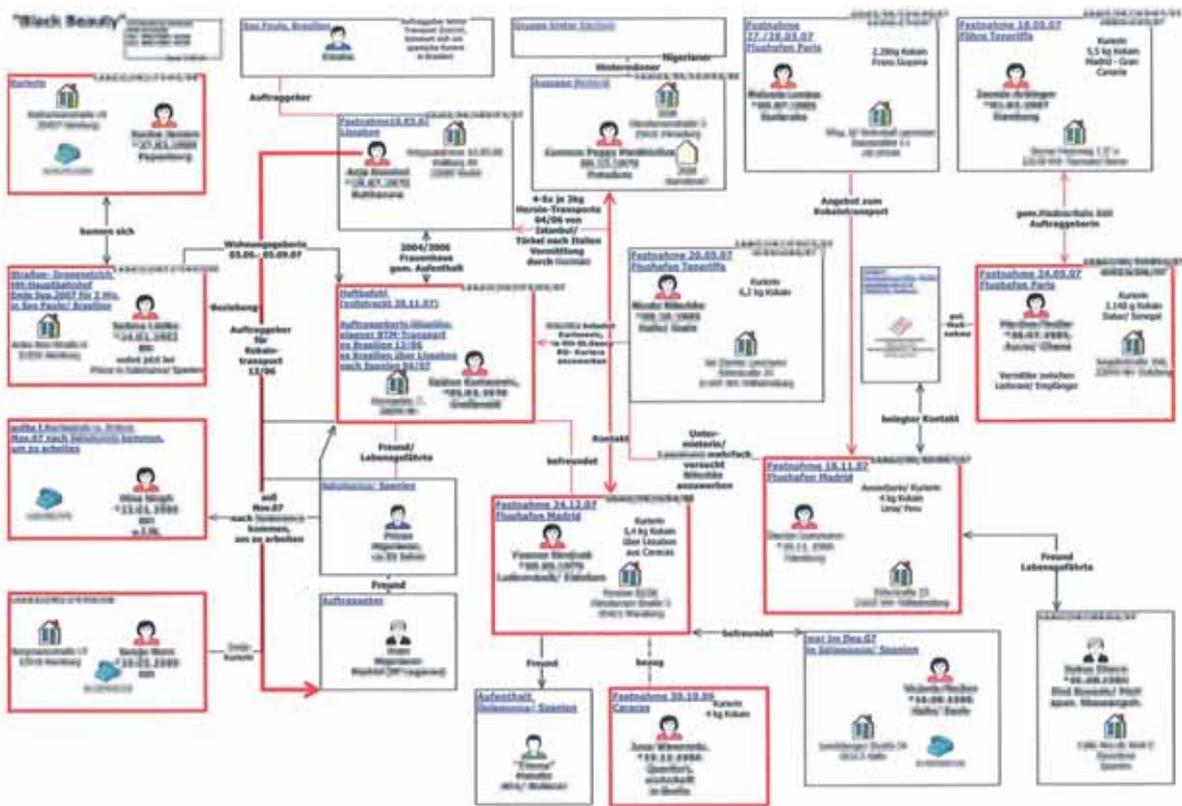
Ich erhielt die Bestätigung, dass die 20-jährige Lara¹ auf einer Fähre von Gran Canaria kommend am Anleger auf Teneriffa mit einer Menge von 5,5 Kilogramm Kokain in einer Reisetasche festgenommen wurde. Weitere Angaben wurden nicht übermittelt.

¹ Alle nachfolgenden Namen sind frei erfunden.

Zum Glück kam am 22. Mai 2007 die Freundin ins Polizeipräsidium und gab mir bereitwillig zu Protokoll, dass sie mit ihrer Freundin nach dem Abitur im Jahr 2007 eine Modefachschule besuchte und Lara sich dieses auf Dauer finanziell nicht leisten konnte.

Lara verschuldete sich im Freundeskreis und aß in ihrer kleinen Wohnung zuletzt nur noch Obst und Jogurt. Das bemerkte natürlich auch ihre Studienkollegin Mandy und kam eines Tages mit der Frage, ob Lara „für Geld wirklich alles machen würde.“ Nachdem sie das bejahte, zog diese Studienkollegin sie zur Seite und besprach alles Weitere nur noch unter vier Augen. Das war für Laras Freundin neu, waren sie doch seit Jahren fest befreundet und teilten alle Sorgen und Nöte. Geheimnisse gab es unter den beiden Freundinnen nicht. Das sollte sich ändern. Erst von Spanien aus meldete sich Lara telefonisch bei ihrer überraschten Freundin und versprach, kurzfristig nach Hamburg zurück zu kommen.

Diese Zusage konnte Lara nicht mehr einhalten. Der nächste Anruf erreichte nach der Verhaftung die Mutter, die nicht an den tatsächlichen Aufenthaltsort ihrer Tochter glauben wollte.



Laras Freundin hatte mich auf die Spur eines international t\$\$tigen Drogenringes gebracht und wie in vielen derartigen F\$\$llen vermehrt sich die Spuren im Schneeballsystem.

Der n\$\$chste Fall

Bereits am 24. Mai 2007 wurde Mandy selbst bei der Einreise aus Dakar/Senegal kommend am Pariser Flughafen Roissy Charles de Gaulle mit einer Menge von 2,140 Kilogramm Kokain im Reisegep\$\$ck verhaftet. Sie, die wenige Tage zuvor Lara zu einem Kurierttransport iberredete, machte gleich nach der Festnahme Angaben zu den Hintergr\$\$nden, welche allerdings aus dem Ausland stark gefiltert ibermittelt wurden. So entstanden neue Spuren, die von der tats\$\$chlichen Spur ablenkten.

Bei der Durchsuchung der in Hamburg-Barmbek liegenden Woh-

Verfahrensübersicht: Darstellung der europäischen Festnahmen inklusive der Zusammenhänge



Internationale Zusammenarbeit

nung der Mandy wurden viele Hinweise auf den regen Reiseverkehr gefunden und eine Visitenkarte mit der Telefonnummer einer Michelle. Sollte diese Visitenkarte die Verbindung zu den anderen F\$\$llen sein?

Nur Einzelf\$\$lle?

Bei einer Koordinierungsstelle des Bundeskriminalamtes fragte ich nach in den letzten Monaten im Ausland verhafteten Personen, die mit Kokain im Gep\$\$ck angetroffen wurden. Die Kollegen meiner Dienststelle suchten in den ihnen vorliegenden Hinweisen nach Informationen auf m\$\$gliche F\$\$lle von Auslandsstraftaten von in Hamburg gemeldeten oder tats\$\$chlich aufh\$\$ltlichen Personen.

So bekam ich den Fall der 21-j\$\$hrigen Levke vorgelegt, welche bereits am 27. M\$\$rz 2007 aus Cayenne/Franz\$\$sisch-Guayana kommend



Kokain mit einem „Hauch“ von Schokolade

auf dem Pariser Flughafen Orly mit einer Menge von 2,280 Kilogramm Kokain im Gepäck verhaftet wurde. Nach erfolgter Mitteilung der Pariser Behörden über das Bundeskriminalamt wurde die Hamburger Wohnung aufgesucht, welche am Tag der bevorstehenden Durchsuchung allerdings bereits neu vermietet war.

Eine Serie zeichnet sich ab

Die weitere Festnahme der 32-jährigen Anke wurde an unsere Dienststelle zur Information weitergeleitet, da sie eigentlich ihren Wohnsitz in Wedel/Schleswig-Holstein hatte und einmal in Hamburg gewohnt hatte.

Anke wurde in Lissabon/Portugal aus Brasilien kommend mit einer

Menge von 8,155 Kilogramm Kokain in zwei Koffern angehalten. In ihrer ersten Vernehmung machte sie Angaben zu einer Auftraggeberin namens Jessica U., die aufgrund eines Schreibfehlers in der Übertragung nicht sofort identifiziert werden konnte.

Mittlerweile rief die Sachbearbeiterin des Bundeskriminalamtes direkt bei mir an und fragte nach, ob die eine oder andere festgenommene Person ins Bild passe.

So kam auch der Hinweis, dass die 22-jährige Vera von den spanischen Behörden am 20. Mai 2007 auf dem Flughafen Santa Cruz de Tenerife/ Spanien mit einer Menge von 6,2 Kilogramm Kokain im doppelten Boden eines Koffers verhaftet worden war.

Die von der in Lissabon einsitzenden Anke benannte Jessica U. sollte der Dreh- und Angelpunkt der Ermittlungen werden. Bei Recherchen kristallisierte sich deutlich heraus, das bis auf die Lara und Mandy die im Ausland einsitzenden Mädchen eines gemeinsam hatten: Sie stamm-

ten aus dem Milieu des Hamburger Hauptbahnhofs und gaben sich in der Vergangenheit zuvor gegenseitig Wohnraum oder hielten sich zeitgleich in der gleichen sozialen Einrichtung auf.

Beliebte Treffpunkte waren neben einem Internet-Cafe ein Imbiss am Hansaplatz und eine Disco in Hamburg-Barmbek. Dort trafen die vom Leben bis dahin enttäuschten jungen Frauen ihre neuen Freunde und knüpften weitere Kontakte.

Die Verbindung

Jessika U. konnte durch die Aneinanderreihung von Details aus den Angaben der im Ausland verhafteten Kurierinnen identifiziert werden. Jessika U. lebte zeitweilig in Hamburg und war bei einer Freundin angemeldet, die zufällig auch Jessika hieß.

Die Ermittlungen konzentrierten sich auf diese Jessika U., welche regelmäßig mit Reisebus und Flugzeug zwischen Hamburg und Spanien hin und her pendelte.

Die in Hamburg bis dahin be-

kannten Informationen wurden zusammen geschrieben und den in den jeweiligen Botschaften der Deutschen Auslandsvertretungen sitzenden Verbindungsbeamten des BKA zur Verfügung gestellt.

Durch diese Ermittlungsbeamten des Bundes- sowie des Zollkriminalamtes vor Ort fanden Anhörungen der inhaftierten jungen Frauen auf Teneriffa, in Lissabon und in Paris statt. Jetzt musste der aufwendige und mühevoll Weg der internationalen Rechtshilfe beschritten werden.

Als Ergebnis durfte ich zusammen mit einem Kollegen auf Teneriffa die richterlichen und in Frankreich die polizeilichen Vernehmungen begleiten. Die gewonnenen Erkenntnisse rundeten unser Bild ab.

Offensichtlich saßen in Spanien schwarzafrikanische Täter, die sich mit guten Worten und netten Kleinigkeiten das Vertrauen junger Frauen erschlichen und diese zuerst über das Internet ansprachen und später zu einem gut bezahlten und vermeintlichen Liebesdienst auf die Reise schickten.

Weitere Hinweise

Wertvolle Tipps auf weitere junge Frauen erhielt ich von dem Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes, der sich auf einer Veranstaltung der Deutschen Botschaft in Madrid mit einer Mitarbeiterin der dortigen Visa-Stelle über diesen Ermittlungsfall unterhielt. Sie konnte sich noch deutlich an junge Frauen aus Hamburg und deren Namen erinnern, die wegen einer bevorstehenden Brasilienreise einen neuen Reisepass beantragten.

Durch eine Telefonüberwachung

erfuhren wir von dem Umfeld der Jessica U., welche im großen Stil mit Bargeld unter den Frauen rund um den Hauptbahnhof prahlte und Ausschau nach neuen Freundinnen für den Freundeskreis ihres in Spanien weilenden Lebengefährten Prince suchte.

Die mittlerweile laufenden und vielfältigen kriminalpolizeilichen Maßnahmen führten zur Verhaftung der Jessica U., welche aufgrund des belastenden Materials sich im Frühjahr 2008 entschloss, umfangreich auszusagen und die bis dahin getätigten Ermittlungsergebnisse bestätigte.

Nachdem in diesem Ermittlungskomplex deutschland- und europa- weit Vernehmungen durchgeführt wurden, konnten weitere Ermittlungsverfahren eingeleitet werden, die letztendlich zur Bekanntmachung von weiteren Kurierinnen führten, die nach erfolgten Rauschgifttransporten von den Hinterleuten ihren Lohn erhielten und sich wieder unbehelligt in Hamburg aufhielten.

Das Ermittlungsergebnis

Im Herbst 2007 waren wir mit den Ermittlungen so weit voran geschritten, dass wir die Einreise der bereits bekannten Michelle von Lima/Peru nach Madrid vorausagen konnten. Die spanischen Ermittlungsbehörden konnten diese Kurierin am 16. November 2007 am Madrider Flughafen mit einer Menge von 4 Kilogramm Kokain verhaften.

Am 24. Dezember 2007 wurde die Freundin und Begleiterin der Jessica U., die 22-jährige Neele, am Madrider Flughafen verhaftet. Auch sie hatte 5,4 Kilogramm Kokain in einem Koffer aus Caracas/Venezu-

ela über Lissabon nach Madrid einschmuggeln wollen.

In Spanien konnten durch die Unterstützung der ertappten und reuigen Kurierinnen inzwischen die Aufenthaltsorte der schwarzafrikanischen Hintermänner bekannt gemacht und den dortigen Polizeibehörden mitgeteilt werden.

Die Urteile

Jessica U. wurde nach dem Abschluss der gegen sie gerichteten Ermittlungen im April 2008 vom Amtsgericht Hamburg zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt. Ihre Freundinnen sind zumindest in Spanien mit ihren bezahlten Freundschaftsdiensten schlechter weggekommen. Sie sitzen nach dem Abschluss der Beweisaufnahmen und Verurteilung im Jahr 2008 jede für sich eine Freiheitsstrafe von neun Jahren und einem Tag ab, die Mindeststrafe für derart große Mengen Betäubungsmittel.

Deutsche in ausländischen Gefängnissen

Nach den vorläufigen Zahlen des Auswärtigen Amtes in Berlin befanden sich zum Stichtag 1. November 2008 insgesamt 1160 deutsche Staatsbürger im Ausland in Haft.

Die Länder mit der höchsten Anzahl deutscher Häftlinge sind Spanien (146) und die Vereinigten Staaten von Amerika (114), dicht gefolgt von Großbritannien (91) sowie Italien (89). An der Spitze der vorgeworfenen Straftaten stehen Betäubungsmitteldelikte oder Vermögensdelikte. Wie in dem hier vorgestellten Ermittlungsfall ist davon auszugehen, dass kein Häftling die Liebe oder den Reichtum gefunden hat.■

Jahresbilanz der Wasserschutzpolizei 2008

Mehr Kontrollen – weniger Beanstandungen



Mario Strunk, WSP 021.4,
Wasserschutzpolizeikommissariat

Im vergangenen Jahr sorgten die etwa 22 300 im Hamburger Hafen ankommenden See- und Binnenschiffe¹ für eine unvermindert hohe Verkehrsdichte und stabile Umschlagszahlen. Schwerpunkt der hafenwirtschaftlichen Aktivität bildete weiterhin der Containerumschlag. Die Wasserschutzpolizei führte etwa 1 400 Schiffskontrollen mehr durch als 2007 und verstärkte die Verkehrsüberwachung auf dem Wasser. Nahezu 545 000 Personen wurden grenzpolizeilich bei Ein- und Ausreise überprüft. Vor diesem Hintergrund kann festgestellt werden: Langfristig sinkende Beanstandungsquoten bei Kontrollen in der Schifffahrt sowie die reibungslose grenzpolizeiliche Abfertigung der Passagiere und Schiffsbesatzungen im Hamburger Hafen belegen die erfolgreiche Arbeit der Wasserschutzpolizei. Ein hohes Sicherheitsniveau im Hafen und auf der Elbe ist gewährleistet.

¹ Quelle: Statistisches Amt für HH und SH, Statistische Berichte, Seeverkehr und Binnenschifffahrt des Hamburger Hafens Januar bis Dezember 2008.



Schiffsverkehr und Schiffssicherheit

Zunächst sah alles nach Routine aus. Zwei Funkstreifenboote der WSP Hamburg sicherten am Nachmittag des 7. März 2008 das Ausdocken des unter der Flagge Singapurs fahrenden MS "TAMPERE" aus dem Dock "Elbe 17" ab. Umfangreiche Reparaturen an der Hauptmaschine machten einen Werftaufenthalt in Hamburg erforderlich. Nachdem die Beamten das Fahrwasser gesperrt hatten, lief das 228 Meter lange Schiff aus dem Dock auf die Norderelbe. Alle Manöver gelangen reibungslos, sodass die "TAMPERE" den Hamburger Hafen am frühen Abend Richtung See verlassen konnte. Gegen 19:00 Uhr erhielten die Beamten des WSPK 1 in Waltershof den Einsatz: „Feuer an Bord MS "TAM-

Kontrolle der Schiffspapiere

PERE“, Schiff befindet sich auf der Elbe in Höhe Pagensand, eine Person verletzt“. Sofort eilte das Funkstreifenboot "Bürgermeister Weichmann" mit vier Mann Besatzung zum Einsatzort. MS "TAMPERE" hatte inzwischen eine Notankerung durchgeführt und war wenig später mit dem Vorschiff am Grund festgekommen. Eine schwierige Situation für die Besatzung und die herbeigeeilten Hilfskräfte. Dennoch gelang es der Besatzung ein Feuer im Maschinenraum zu löschen. Ein alarmierter Rettungshubschrauber nahm den schwer verletzten Seemann von Bord und brachte ihn mit Verdacht auf eine Lendenwirbelfraktur in das

AK Barmbek. Später ermittelten die Beamten, dass der Brand durch eine Explosion im Maschinenraum ausgelöst wurde.

Auch am frühen Morgen des 16. Juli 2008 schien es, als hätten die acht Kollegen der Nachtschicht des WSPK 3 am Harburger Hauptdeich einen eher unspektakulären Dienst. Gegen 03:40 Uhr hieß es jedoch „Leinen los!“ und voll voraus. Auf der Elbe bei Altengamme sollten kurz zuvor zwei Binnenmotorschiffe zusammengestoßen sein. Eines der Schiffe sei schwer beschädigt, Dieselkraftstoff würde auslaufen. Zeitgleich eilten mehrere Hamburger Streifenwagen zum Einsatzort, um erste Sicherungsmaßnahmen an Land einzuleiten. In den darauf folgenden Stunden war die Hamburger Wasserschutzpolizei Teil der Einsatzorganisation zur Bekämpfung einer der größten Ölverschmutzungen der jüngeren Vergangenheit auf der Elbe.

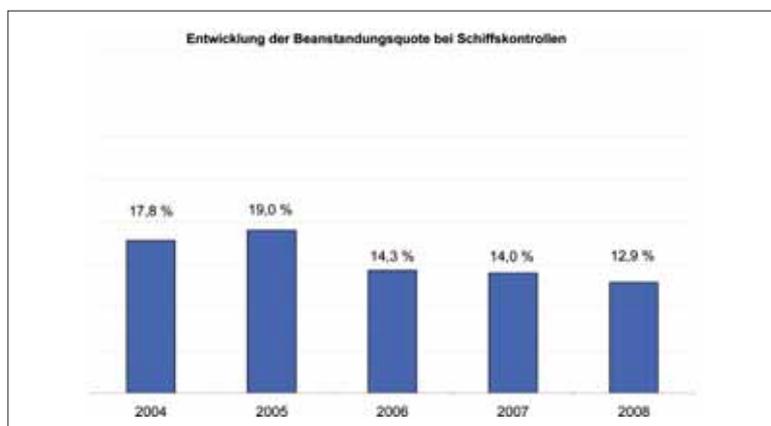
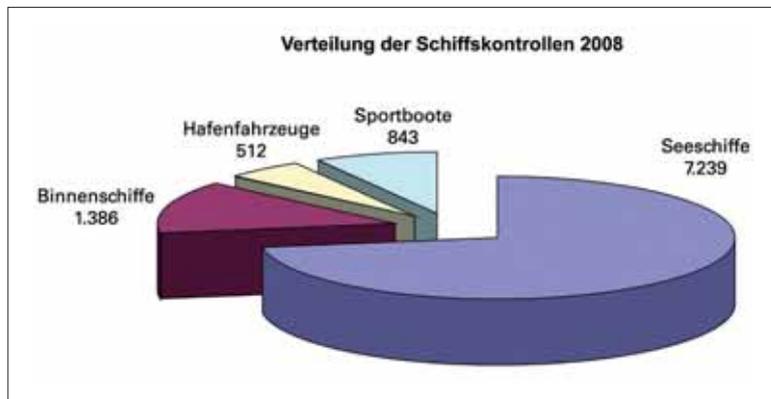
Zwei Schiffsunfälle, die neben den sofortigen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr umfangreiche und langwierige Ermittlungen zur Unfallursache erforderlich machten – aber auch zwei Schiffsunfälle, die im Hinblick auf ihre Auswirkungen Einzelfälle darstellten. Die meisten der 320 durch die Wasserschutzpolizei ermittelten Unfälle im Schiffsverkehr auf der Elbe zwischen Cuxhaven und Schnackenburg sowie im Hafen- und Schifffahrtsbetrieb blieben ohne ernsthafte Folgen. So wurden bei 33 überwiegend leichten Kollisionen im fließenden Schiffsverkehr insgesamt sechs Personen verletzt. In 34 Fällen kamen Schiffe, Hafenfahrzeuge und Sportboote am Grund fest. Als Hauptunfallursa-

chen ermittelte die Wasserschutzpolizei menschliches Versagen in Form von Leichtsinn, Unkenntnis und Erfahrungsmangel, Nichtbeachtung von Verkehrsvorschriften sowie der Fehleinschätzung meteorologischer bzw. hydrometeorologischer Einflüsse. Technische Mängel spielten bei Schiffsunfällen eine untergeordnete Rolle. Bei einem Arbeitsunfall kamen zwei Werftarbeiter im Dock “ELBE 17“ auf dem Gelände der Werft Blohm & Voss ums Leben. Ein Dritter wurde dabei schwer verletzt. Weitere 27 Personen erlitten nach Schiffsunfällen ebenfalls schwere Verletzungen.

Im Rahmen der verstärkten Verkehrsüberwachung auf dem Wasser, stellten die Beamten der Wasserschutzpolizei in 712 Fällen fehlerhaftes, glücklicherweise meist folgenloses Verhalten von Teilnehmern

im Schiffsverkehr fest. Das sind rund 100 Verstöße mehr als 2007. Schwerpunkte waren die Nichteinhaltung der Ausweich- und Fahrregeln, die nicht vorschriftsmäßige Führung von Lichtern und Signalkörpern sowie die Missachtung von Gebots- und Verbotszeichen.

Die Kontrolle der Einhaltung der internationalen und nationalen schiffahrtsrechtlichen Bestimmungen war auch 2008 ein Schwerpunkt wasserschutzpolizeilicher Tätigkeit. Die Beamten überprüften auf Wasserfahrzeugen bei insgesamt 9980 Kontrollen die erforderlichen Sicherheitszeugnisse, Tagebücher, Ladungspapiere und Befähigungsnachweise der Besatzungen. In 1290 Fällen stellten die Beamten Mängel fest. Damit ist die Beanstandungsquote weiterhin rückläufig (siehe Grafiken).



Verstärkte Anstrengungen bei Umwelt- und Klimaschutz

Mit 1 520 Kontrollen entfiel ein hoher Anteil auf die Überprüfung der Einhaltung umweltrechtlicher Bestimmungen in der Seeschifffahrt (MARPOL-Übereinkommen²). Die Wasserschutzpolizei führte etwa ein Fünftel dieser Kontrollen mit dem Ziel durch, die Anwendung der Regeln zum Schutz der Umwelt vor Schiffsemissionen (Luftverunreinigung) in der internationalen Seeschifffahrt sicherzustellen. Bei gleichzeitiger Erhöhung der Kontrollrate um etwa 75 Prozent verringerte sich dabei die Beanstandungsquote auf 14,9 Prozent. Somit trägt die Wasserschutzpolizei im Zusammenwirken mit den Schiffssicherheitsbehörden dazu bei, dass langfristig alle den Hamburger Hafen anlaufenden See- und Binnenschiffe den nationalen bzw. internationalen Sicherheits- und Umweltstandards entsprechen. Wie wichtig die Wahrnehmung dieser Kontrolltätigkeit ist, zeigt der Fall des Tankers "CHEM POLLUX".

Am 19. November 2008 führten Beamte des WSPK 1 an Bord des im Petroleumhafen liegenden Tankers eine MARPOL-Kontrolle durch. Dabei stellten sie fest, dass Teile der gefährlichen Ladung in dafür nicht zugelassenen Tanks transportiert und gegen Anmeldepflichten verstoßen wurde. Auch die Behandlung und Entsorgung ölhaltiger Rückstände aus dem Maschinenbetrieb entsprach nicht den Vorschriften. Die gefahrgut- und umwelt-

² Internationales Übereinkommen 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen.

rechtlichen Beanstandungen waren in ihrer Gesamtheit so gravierend, dass die Seeberufsgenossenschaft über das Schiff ein Auslaufverbot verhängte. Die Wasserschutzpolizei leitete gegen die verantwortlichen Besatzungsmitglieder ein Strafverfahren wegen des unerlaubten Umgangs mit gefährlichen Abfällen ein. Erst nach Leistung einer Sicherheit in Höhe von rund 36 000 Euro, der ordnungsgemäßen Entsorgung der ölhaltigen Rückstände und der Beseitigung aller Mängel wurde das Auslaufverbot gegen das Schiff aufgehoben.

Aufklärungsquote bei Bekämpfung der Umweltkriminalität verbessert

Von den insgesamt im Jahr 2008 in Hamburg registrierten 949 Umweltstraftaten wurden 211 Fälle von unerlaubtem Umgang mit gefährlichen Abfällen ermittelt. Der überwiegende Teil dieser Fälle wurde durch die Mitarbeiter der Dienststelle Umweltdelikte WSP 21 im Umfeld von Gewerbebetrieben und Privathaushalten im gesamten Stadtgebiet ermittelt. So konnten die Beamten im Jahr 2008 u. a. ein Strafverfahren wegen des unerlaubten Umgangs mit gefährlichen Abfällen in einem besonders schweren Fall gegen sieben Verantwortliche eines Entsorgungsunternehmens abschließen und zur Vorbereitung der Anklage an die Staatsanwaltschaft übergeben. Das Geschäftsmodell der Firma bestand darin, in Hamburg und im Umland ausgediente Elektronat-speichergeräte unter Umgehung aller einschlägigen Rechtsvorschriften illegal zu demontieren und zu entsorgen. Dabei wurde die Freisetzung

der häufig in den Geräten enthaltenen schwach gebundenen Asbestfasern und damit einhergehend die Gefährdung der eigenen Mitarbeiter und Unbeteiligter billigend in Kauf genommen. Ein Großteil der zur Entsorgung angenommenen Abfälle wurde regelmäßig in den jeweiligen Mietobjekten zurückgelassen.

Bei erneutem Rückgang auf 531 Taten bildeten wie auch in den vergangenen Jahren diese klassischen Umweltstraftaten den Schwerpunkt der wasserschutzpolizeilichen Ermittlungstätigkeit auf dem Umweltsektor. Neben den Ermittlungen zum unerlaubten Umgang mit gefährlichen Abfällen wurden bei 295 Gewässerverunreinigungen³ in Hamburg und auf der Elbe von Cuxhaven bis Schnackenburg Maßnahmen zu deren Aufklärung getroffen.

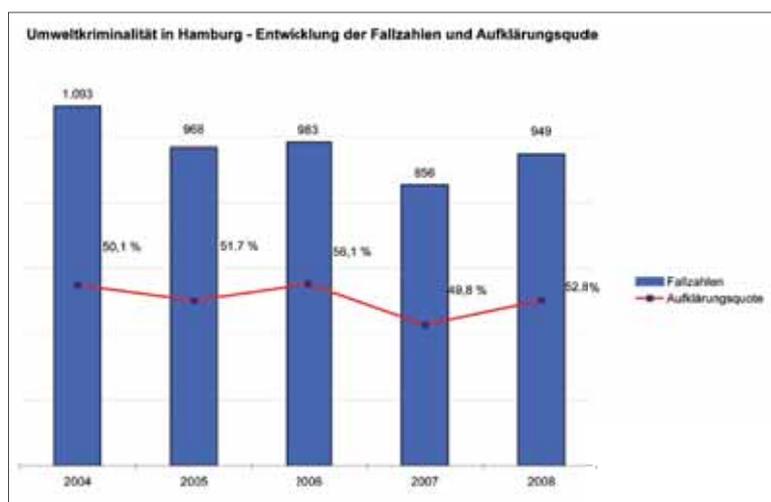
Leider registrierten die Beamten auch 124 Straftaten gegen das Natur-/Tier-/Pflanzen- und Bundesjagdschutzgesetz. Das sind 14 Fälle mehr als 2007. Dabei ermittelten sie 81 Tatverdächtige, gegen die überwiegend wegen des Verdachtes der Begehung von Tierschutzdelikten Strafverfahren eingeleitet wurden. So berichtete im März 2009 eine große Hamburger Boulevardzeitung über die Verhandlung gegen einen 56-jährigen, der nach Ermittlungen der Wasserschutzpolizei in einer Nacht im Februar 2008 drei Kaninchen und ein Meerschweinchen aus dem Tierhaus eines Bildungszentrums in Steilshoop entwendet und anschließend erschlagen hatte.

Die Mitarbeiter der Wasserschutzpolizei bearbeiteten 2008 rund 85 Prozent aller in Hamburg regist-

³ davon gemäß PKS 2008 für Hamburg 263 Fälle registriert.

rierten Umweltstraftaten. Damit erbrachten sie einen wesentlichen Anteil an der Verbesserung der Aufklärungsquote in diesem Deliktsbereich um drei auf 52,8 Prozent (siehe Grafik).

der Einhaltung der Stau- und Trennvorschriften für Gefahrgut an Bord, der Anmeldung und Kennzeichnung von Gefahrgut sowie dem Mitführen der erforderlichen Beförderungspapiere fest. Da Beförderung die



Weniger Beanstandungen bei Gefahrguttransporten

Das beste Gesetz ist ohne Kontrolle wirkungslos. Daher unterliegt besonders der Umgang mit Gefahrgütern in Hamburg der Aufsicht der zuständigen Behörden. Für Kontrollen im Bereich der Beförderung von Gefahrgut auf dem Wasser, der Straße und dem landeseigenen Schienennetz ist dies eine Aufgabe der Wasserschutzpolizei. Die Hafensicherheitsbeamten der WSPK kontrollierten 2008 rund 3800 See- und Binnenschiffe sowie Hafenfahrzeuge auf die Einhaltung der gefahrgutrechtlichen Beförderungsvorschriften. Dabei sank die Beanstandungsquote mit 13,3 Prozent auf den niedrigsten Wert der vergangenen 6 Jahre. Überprüft wurden überwiegend Container- und Tankschiffe. Die Beamten stellten besonders Mängel und Verstöße bei

Teilprozesse Umschlag und Bereitstellung einschließt, überprüften die Beamten auch das auf den Terminals zur Verschiffung bereit gestellte Gefahrgut. Neben der Kontrolle des als Massengut zu verschiffenden Gefahrgutes wurde dem als Stückgut in Containern transportierten Gefahrgut die besondere Aufmerksamkeit der Hafensicherheitsbeamten zuteil. Auf der Basis der im Rahmen der Gefahrgutanmeldung übermittelten Daten wie Herkunft, Absender und Inhalt wählten sie überwiegend die Container für eine Kontrolle aus, die erfahrungsgemäß mit Mängeln behaftet sind. Im vergangenen Jahr wurden 2 542 Container mit Gefahrgut auf den Bereitstellungsflächen der Terminalbetreiber in Augenschein genommen und überprüft. Die gezielte Auswahl begründet die traditionell hohe Beanstandungsquote zwischen 80 und 90 Prozent.

Mangelnde Sicherung der Ladung in den Containern und deren unzureichende Kennzeichnung, aber auch Beschädigungen an den Versandstücken und fehlende Beschriftungen gaben regelmäßig Anlass zu Beanstandungen. Die Weiterbeförderung dieser Container wurde bis zur vollständigen Beseitigung der Mängel untersagt.

Im Rahmen von Verkehrskontrollen hielten die Mitarbeiter der WSPK und der Dienststelle für Gefährliche Güter WSP 213 im vergangenen Jahr rund 2 800 Lkw auf Hamburgs Straßen an, um die Ausrüstung, Ladungssicherung, Kennzeichnung und das Mitführen der erforderlichen Dokumente bei Gefahrguttransporten zu überprüfen. Dabei stellten die Beamten im Verhältnis deutlich weniger Mängel fest, als in den vergangenen Jahren.

Mehr Besatzungsmitglieder grenzpolizeilich überprüft

Ein großer Anteil der durch die Wasserschutzpolizei wahrgenommenen Einsätze entfiel wie auch schon in den vergangenen Jahren auf die grenzpolizeiliche Kontrolle des Personenverkehrs im Hamburger Hafen. Auch wenn die Anzahl der ankommenden Seeschiffe mit rund 12 000⁴ im Vergleich zum Vorjahr mit rund 12 300⁴ leicht rückläufig war, wurden insgesamt 432 530 Überprüfungen durchgeführt, d. h. 1,8 Prozent mehr Besatzungsmitglieder grenzpolizeilich ein- und ausgehend kontrolliert als im Vorjahr. Auch 2008 bestätigte sich der

4 Quelle: Statistisches Amt für HH und SH, Statistische Berichte, Seeverkehr des Hamburger Hafens Januar bis Dezember 2007.

Trend der Reedereien, Teile der Besatzungen ihrer Schiffe bis hin zu kompletten Besatzungen in Hamburg auszutauschen. In diesem Zusammenhang stellten die Beamten der Wasserschutzpolizei nach erfolgter Prüfung der Einreisevoraussetzungen 5 527 Ausnahmevisa für abmusternde Besatzungsmitglieder aus. Trotz gesteigerter Anzahl der Anläufe, wurden auf den in Hamburg ankommenden 70 Kreuzfahrtschiffen deutlich weniger Fahrgäste grenzpolizeilich überprüft. Der Rückgang der Personenkontrollen von 11 Prozent auf 112 167 ist darauf zurückzuführen, dass die Passagierkapazitäten der Hamburg anlaufenden Kreuzfahrtschiffe im vergangenen Jahr deutlich geringer waren als 2007.

Veranstaltungen und Einsätze im und am Hafen

Die Wasserschutzpolizei war 2008 bei 284 Veranstaltungen auf dem Wasser sowie am Hafенrand präsent und traf Maßnahmen zu deren sicherer Durchführung.

Eine besondere Herausforderung stellte im vergangenen Jahr die Planung und Einsatzbewältigung anlässlich des 819. Hafengeburtstages unter Führung der Wasserschutzpolizei dar. Der Einsatz von nahezu 1 000 Polizeibeamten wurde für einen Zeitraum von vier Tagen vorbereitet und koordiniert, um die Sicherheit der insgesamt rund 1,6 Millionen Besucher der Hafenmeile zu gewährleisten. Ebenso zählten die "Hamburg Cruise Days" im Sommer des vergangenen Jahres, mit dem teilweise gleichzeitigen Aufenthalt von sechs Kreuzfahrtschiffen und rund 500 000 Besuchern, zu den he-



Einlaufen in den Hamburger Hafen

rausragenden Ereignissen im Hafen. Diesen Einsatz bewältigte die Polizei Hamburg unter wechselseitiger Führung der Wasserschutz- und Schutzpolizei ebenfalls ohne nennenswerte Vorkommnisse.

Aber auch ohne öffentlichkeitswirksame Ereignisse kann sich die von der leicht rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung des Hafens wenig beeinflusste Einsatzbilanz der Wasserschutzpolizei sehen lassen. Die Beamten der WSPK nahmen mit ihren Funkstreifenbooten und -wagen etwa 30 000 Einsätze im Hafengebiet, auf der Elbe und

ihren Hamburger Nebenflüssen wahr. Nur etwa 8 Prozent dieser Einsätze wurden über die Polizeieinsatzzentrale, ausgelöst durch den Notruf 110, an die Wasserschutzpolizei weitergeleitet. Da sich die im Hafen arbeitenden und lebenden Menschen mit ihren Anliegen überwiegend direkt an das örtlich zuständige WSPK wenden, waren neben den selbst veranlassenen Einsätzen der Funkstreifen rund 79 Prozent das Ergebnis eines unmittelbaren Bürgerkontaktes. Die Mitarbeiter der WSP Hamburg erwiesen sich dabei als jederzeit erreichbare Ansprechpartner und Dienstleister in Sachen Sicherheit im Hafen und auf der Elbe. ■

Das Internet – auch ein Marktplatz für Kriminalität

99,90 Euro für die Vermittlung eines
(fast kostenlosen) Neuwagens?



Detlev Rohwedder, PK 41,
Polizeikommissariat

Rund um die Uhr verfügbar und relativ erschwinglich, erobert das Internet unaufällig immer größere Teile unseres Lebens. Die bedeutendste technische Umwälzung seit der Erfindung des Fernsehens. Information, Kommunikation und Unterhaltung in bisher nicht da gewesener Vielfalt. Aber das anfangs so friedliche und beschauliche Internet wandelt sich zunehmend zu einem rechtlich nur schwer zu kontrollierenden Medium. Die Internetkriminalität nimmt drastisch zu.

Kreditkarten- und Kontomissbrauch, Ausspähen von Benutzernamen und Passwörtern (Phishing), Datendiebstahl, eBay-Betrug, Wirtschaftsspionage und Attacken auf Computerprogramme oder Firmennetzwerke eines Konkurrenten sind längst auch in organisierter Form zu finden. Viele Internetnutzer kennen diese Gefahren.

Aber nicht nur massive Straftaten, sondern auch dubiose Lock- und Werbeangebote, versteckte Kosten und Mitgliedschaften, falsche Rechnungen, Mahnungen und Gewinn-



benachrichtigungen fügen dem leichtgläubigen Nutzer des Internets finanziellen Schaden zu.

Leichtsinn, Gier, Gutgläubigkeit, aber auch Verzweiflung treiben unbedarfte Internetnutzer und Schnäppchenjäger immer wieder in die Fallen von angeblichen Gratisangeboten, Abonnements und kostenpflichtigen Serviceangeboten.

Oft sind es die Grenzbereiche und Grauzonen zwischen gesetzeswidrigem Verhalten, verpflichtenden Verträgen, unlauterem Wettbewerb und Abzocke, die Verbraucherzentralen, Rechtsanwälte, Polizei und Justiz beschäftigen.

Dabei versuchen die anbietenden Firmen ihren Internetauftritt auf der Homepage so geschickt und seriös zu gestalten, dass der interessierte Kunde bindende Verträge und Kosten nicht gleich erkennt und die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) leichtfertig akzeptiert.

Tatort Internet

Ein spektakulärer Fall, der als anschauliches Beispiel für eine Vielzahl solcher Verfahren steht, wurde im Frühjahr 2008 aufgeklärt.

Die Firma CMD International Ltd. aus Hamburg-Hammerbrook bot interessierten Privatpersonen über zwei verschiedene Internetadressen die Möglichkeit, einen Neuwagen nach Wunsch über einen Zeitraum von zwei Jahren für nur 199,90 Euro kostenfrei und ohne Kilometerbegrenzung zu nutzen. Demnach sollten Leasingraten, Steuern, Versicherung und Inspektion des Wunschfahrzeugs komplett durch ein Unternehmen finanziert werden, wenn das Fahrzeug als Werbefläche diene.

Erforderlich sei lediglich die Anmeldung in den Internetportalen und die Zahlung von 99,90 Euro für die Vermittlung des Interessenten an einen Werbepartner. Weitere

100 Euro seien erst bei Lieferung des Wunschfahrzeuges zu zahlen.

Für den Fall, dass kein Fahrzeug vermittelt werden könne, versprach CMD die komplette finanzielle Rückerstattung.

Zur Unterstreichung der Glaubwürdigkeit des schier unglaublichen Angebots waren auf der Internetseite unterschiedliche Fahrzeuge mit entsprechender Werbebeschriftung abgebildet. Die letzten Zweifel zerstreuten abgedruckte Kommentare begeisterter Vertragspartner, die sich bei CMD angeblich für die Vermittlung eines kostenlosen Neuwagens bedankten.

Bei einem Blick in die AGB wurde deutlich, dass die Firma CMD sich nur die Dienstleistung bezahlen ließ, um den Interessenten in eine eigene Kundendatei aufzunehmen. Eine Gewähr für die Vermittlung eines kostenlosen Neuwagens wurde natürlich nicht gegeben. Allerdings wollte sich die Firma CMD bemühen, die Kundendaten an interessierte Drittfirmen weiterzuleiten.

Leider sind die Praktiken solcher Eintragsdienste rechtlich nur selten zu beanstanden. Es wird an keiner Stelle ein Gratis-Fahrzeug versprochen, sondern es wird immer nur die Weitergabe der Kundendaten an mögliche Sponsoren versichert.

Durch die kriminalpolizeilichen Ermittlungen konnte jedoch bezüglich der Geschäftspraktiken der Firma CMD der Tatverdacht des gewerbsmäßigen Betruges beweiserheblich konkretisiert werden.

Der Beschuldigte Thomas K. fiel bereits seit 2004 immer wieder mit Betrugshandlungen ähnlicher Art

CMD-Auto.de - Home Seite 2 von 2

Die Drei Schritte zu Ihrem Neuwagen

- 1 **Anmelden** In wenigen Sekunden haben Sie die erforderlichen Daten eingegeben!
- 2 **Wunschfahrzeug wählen** Suchen Sie sich aus einer Vielzahl von Fahrzeugen Ihr Wunschfahrzeug aus.
- 3 **Werbefahrzeug** Sobald Sie sich bei uns im System angemeldet haben, schauen wir ob wir einen Werbepartner für Ihre Region haben, der das Werbefahrzeug sponsort. Wenn wir keinen Werbepartner haben, entstehen Ihnen keine Kosten und Sie erhalten eine Absage per Post.

 **Jetzt zuschlagen** so ein Angebot bekommen Sie vielleicht nie wieder

Die Anmeldung kostet **einmalig € 99,90**

Warum fordern wir eine Vorrauszahlung?

Die 99,90 € beinhalten die Absicherung der angegebenen persönlichen Daten. Bei falscher Angabe entstehen für unser Unternehmen Kosten, die wir damit abdecken! 100,00 € sind erst bei Erhalt des Fahrzeuges zu begleichen!



Wenn Sie kein Fahrzeug von uns erhalten sollten, bekommen Sie zu 100% den kompletten Betrag zurück!!!

KEIN LEASING, KEINE MONATLICHEN KOSTEN UND NACH 2 JAHREN HOLEN WIR DAS FAHRZEUG WIEDER KOSTENLOS BEI IHNEN AB.

Internetauftritt der Firma CMD

auf. Auch in diesen Verfahren hatte er Kunden über das Internet geworben und ihnen mit falschen Versprechen gegen Zahlung einer Gebühr die kostenfreie Nutzung eines Fahrzeuges zugesagt. Im Hinblick auf eine Verurteilung wegen einer anderen schweren Straftat wurden dieses Verfahren jedoch eingestellt.

Wie war Thomas K. diesmal vorgegangen?

Zunächst meldete er im Dezember 2007 den Betrieb einer Werbeagentur mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten im Gewerberegister an. Anschließend mietete er zwei kleine komplett ausgestattete Büroräume und gestaltete im Inter-

Lesen Sie Beiträge von Kunden um sich ein Bild über unseren Service zu verschaffen.



Tina B. aus München

Ich hätte es nicht gedacht das es klappt, danke an Cmd International!! Dank euch verdienen ich meine Unterhalt fürs Auto und hab sogar noch was für mich über. Lieben Gruß Tina.



Martin N. aus Bacholt

Ein super Service! Ich bin über glücklich und bedanke mich recht herzlich bei Ihnen. Danke euer Martin



Nico C aus Leipzig

Ich möchte mich bei euch bedanken und mal mein Auto mit Werbung zeigen. Schaut doch ganz gut aus oder? Danke für den tollen Service. Ihr seit super!



Uwe F. aus Hannover

Hallo cmd international Team, ich möchte mich bei euch bedanken. Ich verdiene gut was dazu und das verdanke ich euch. Für fragen von euren Kunden könnt Ihr auch meine Handynummer angeben 01748582618 Vielen dank und liebe Grüße Uwe

Auch Sie können gerne ein Feedback mit Foto an service@cmd-international.com senden. Wir werden es hier gerne veröffentlichen

- Home
- Verdienstmöglichkeiten
- Anmeldung
- Impressum / AGB / Datenschutz
- zufriedene Kunden
- Werbung schalten

Frei erfundene Kundenmeinungen

net das beschriebene Fahrzeugangebot. Als Geschäftsführer der Firma ließ er sich bei einer Autovermietung einen Mercedes.

Für die büromäßige Abwicklung, Rechnungslegung und telefonische Rückfragen interessierter Kunden stellte er gegen eine geringe Aufwandsentschädigung drei Praktikantinnen ein. Diese wies er an, was sie bei kritischen Rückfragen der Kunden zu sagen hätten und mit welchen Ausreden sie wartende Kunden, denen wahrheitswidrig ein Fahrzeug zugesagt worden war, vertrösten sollten. Bei hartnäckigen Nachfragen verwies Thomas K. auf eine mehrmonatige Lieferfrist oder behauptete, dass einer seiner vielen

Außendienstmitarbeiter gerade unterwegs zu entsprechenden Vertragsabschlüssen mit Werbepartnern sei. Im Kundenkontakt verschwieg er seine Identität und nannte einen falschen Namen.

Unterstützt wurde Thomas K. von seinem Bruder Marcus gegen den wegen nahezu identischer Taten beim Amtsgericht Eckernförde ein Verfahren zum Nachteil von rund 8 000 Geschädigten mit einem Schadensvolumen von rund 400 000 Euro anhängig ist.

Während der Geschäftstätigkeit von Anfang Januar bis Mitte Februar 2008 meldeten sich mehrere tausend Kunden über das Internetportal an. Alle Interessenten erhielten

anschließend eine Rechnung über 99,90 Euro. Diese war mit dem Hinweis versehen, dass für die Region des Interessenten ein Werbepartner gefunden worden sei und die Kundendaten zur Vermittlung freigeschaltet werden, wenn der Rechnungsbetrag beglichen ist. Der Inhalt dieser Mitteilung spiegelte den Interessenten fälschlicherweise vor, dass für sie tatsächlich ein kostenloses Werbefahrzeug zur Verfügung stehen würde.

Mehr als tausend Kunden überwiesen den Rechnungsbetrag sofort oder nach nochmaliger telefonischer Rückfrage und Bestätigung durch die Firma CMD.

Auf dem Privat- und Geschäftskonto gingen in sechs Wochen rund 100 000 Euro an Kundengeldern ein.

Erst als ein Mitarbeiter der kontoführenden Bank eine „Geldwäscheverdachtsanzeige“ gegen Thomas K. erstattete, weil dieser die auf seinen persönlichen und dem Firmenkonto eingegangenen Kundengelder umgehend mit EC-Karte abhob, wurden die polizeilichen Ermittlungen aufgenommen.

Keiner der auf ein Fahrzeug wartenden Kunden hatte bis zu diesem Zeitpunkt eine Strafanzeige erstattet.

Die Verdachtsmomente gegen Thomas K. und seinen Bruder waren so gravierend, dass für beide vom Amtsgericht Hamburg Haftbefehle und für ihre Wohn- und Geschäftsräume Durchsuchungsbeschlüsse ausgestellt wurden. Die Durchsuchungen und Kontobeschlagnahmen führten zur Auffindung und Sicherstellung diverser schriftlicher Unterlagen und PC-Festplatten so-

wie von insgesamt rund 7 500 Euro Bargeld.

Bei ihrer Festnahme trugen die Brüder unter ihrer Oberbekleidung jeweils eine kugelsichere Schutzweste, die sie eine Woche zuvor für rund 2 000 Euro gekauft hatten. Thomas K. führte im Hosenbund eine geladene und entsicherte halbautomatische Pistole der Marke Beretta mit sich. Die Gründe, warum die Brüder Schutzkleidung trugen und bewaffnet waren, blieben auch bis zum Abschluss der Ermittlungen unklar.

Die umfangreichen kriminalpolizeilichen Ermittlungen gestalteten sich auch als eine Fleißarbeit. Da sich zwar viele Interessenten über das Internetportal anmeldeten, jedoch nach Erhalt der Rechnung Zweifel bekamen und nicht bezahlten, mussten zur sicheren Identifizierung der Geschädigten über 500 Banken angeschrieben werden, um die Adressdaten der überweisenden Kunden zu erhalten. Anschließend erhielten rund tausend festgestellte Betrugsoffer einen speziell entwickelten Fragebogen mit detaillierten Fragen zur weiteren Sachverhaltsaufklärung.

Die Auswertung der Beweismittel ergab zweifelsfrei, dass es in der Firma CMD, außer der Gewinnung neuer Kunden, keinerlei Geschäftstätigkeit gab. Vor allem waren keine kaufmännischen Tätigkeiten zur Gewinnung von Werbepartnern oder der Beschaffung von Fahrzeugen unternommen worden. Die gegenüber den Kunden erwähnten Außendienstmitarbeiter existierten nicht.

Die im Internetauftritt abgebildeten Fahrzeuge mit Werbeaufklebern von verschiedenen Unternehmen er-

weckten den Eindruck einer erfolgreichen Vermittlung. Es stellte sich allerdings heraus, dass keines der Unternehmen mit der Firma CMD zusammenarbeitete oder diese für die Veröffentlichung der eigenen Firmenfahrzeuge autorisiert hatte. Die angeblich vermittelten und zufriedenen Kunden waren frei erfunden.

Eine seriöse gewerbliche Fahrzeugaußenwerbung erlöst eine marktübliche Erstattung von etwa hundert Euro monatlich. Die Finanzierung eines Neuwagens inklusive aller Nebenkosten für die Dauer von zwei Jahren ist für diesen Betrag nicht zu realisieren.

Beide Beschuldigten ließen sich anwaltlich vertreten und verweigerten die Aussage zum Sachverhalt. Der Verbleib und die Verwendung von über 90 000 Euro des ertroffenen Bargeldes konnten nicht geklärt werden.

Die Täter verbrachten nach ihrer Festnahme mehrere Monate in Untersuchungshaft und erwarten nach Anklageerhebung die Hauptverhandlung vor dem Landgericht Hamburg. ■

Fazit:

Seien Sie bei Vertragsabschlüssen im Internet skeptisch und akzeptieren Sie die AGB erst, wenn sie die Klauseln und Vereinbarungen aufmerksam gelesen haben. Prüfen Sie die Offerten auf Seriosität durch eigene Recherchen im Internet und nehmen Sie Kontakt zu Verbraucherzentralen auf.

Bedenken Sie: Auch im Internet hat niemand etwas zu verschenken und Gratisversprechen sind nicht immer kostenlos!

Einsatz auf 2 Rädern

Die neuen ProVida-Motorräder



Ramon Müller, VD 2010,
Verkehrsdirektion

„Mit Hightech-Bikes auf Raserjagd“ oder: „Die Tarnkappen-Cops“. So lauteten die Schlagzeilen, als Polizeipräsident Werner Jantosch den Medien im Mai 2008 das neue ProVida-Krad¹ vorstellte.

Auf modernsten Motorrädern mit Videoausstattung verfolgt die Polizei auffällige Verkehrsteilnehmer und dokumentiert deren Verhalten als Beweis. Während der Fahrer des ProVida-Krads das Fehlverhalten filmt, sichert sein Kollege, ebenfalls mit dem Motorrad unterwegs, diesen Vorgang ab und hält das verfolgte Fahrzeug nach kurzer, interner Funk-Absprache an. Auch hierbei bedient sich der Polizist modernster Technik: Mithilfe der zunächst verdeckten akustischen und optischen Vorrichtungen am Motorrad werden dem betroffenen Fahrzeugführer deutlich das Folgen und Halten signalisiert.

Unmittelbar am Anhalteort bietet die Polizei dem „Verkehrssünder“

¹ Bezeichnung Videoaufzeichnungssystem/„Proof Video Data System“.



Das neue ProVida-Krad mit kompletter Videoanlage im Seitenkoffer

an, sich die Aufzeichnung anzusehen. Darauf reagieren die Betroffenen sehr unterschiedlich. So sind einige über ihr Fahrverhalten erschrocken und zeigen sich einsichtig. Andere wiederum sehen diesen Vorgang eher „sportlich“ und äußern, dass diesmal eben die Polizei gewonnen hätte. Und wenngleich dem Fahrzeugführer eindeutige Beweise vor Augen geführt werden, gibt es schließlich diejenigen, die ihr Fehlverhalten bestreiten.

Rücksichtslose Raser, Drängler

und Rotlichtsünder sind heute immer öfter dafür verantwortlich, dass die Unfallzahlen steigen und Menschen verletzt oder getötet werden.

Hierbei handelt es sich um sogenannte Aggressionsdelikte, die bereits seit langem im Fokus polizeilicher Verkehrssicherheitsarbeit stehen. Geschwindigkeits- und Abstandsverstöße, Straftaten wie Nötigung und Straßenverkehrgefährdung werden gezielt verfolgt. Für diese Aufgaben stehen der Polizei seit vielen Jahren zivile Funkstreifenwagen mit einer speziellen Technik der Videoaufzeichnung zur Verfügung.

Diese Fahrzeuge werden jedoch überwiegend auf Bundesautobahnen und Schnellstraßen eingesetzt, da sie im Innenstadtverkehr oft nicht beweglich genug sind. Die zur Verfügung stehenden Motorräder mit gleicher Technik schließen diese Lücke, da sie aufgrund ihrer Wendigkeit und Schnelligkeit überall einsetzbar sind.

Diese sehr spezielle Form des Ahndens von Verkehrssünden mittels ProVida-Krad ist von Erfolg gekrönt, nicht zuletzt, weil der Videobeweis die Gerichte überzeugt.

Denn Geschwindigkeit und Abstand zum vorausfahrenden Fahrzeug werden exakt berechnet, Toleranzen mit eingerechnet. Zur Genauigkeit derartiger Beweise ist die Polizei verpflichtet. Denn die strafrechtlichen Folgen können gravierend sein. So werden nicht selten Haftstrafen verhängt, die günstigstenfalls zur Bewährung ausgesetzt werden, es droht Führerscheinentzug, mindestens aber ein Eintrag in die Flensburger Verkehrssünderkartei.

Bevor diese Motorradeinheit eingesetzt werden konnte, vergingen annähernd zwei Jahre. Motorräder mussten beschafft und konzipiert, eine Einsatztaktik geplant, die Polizisten ausgebildet und ausgestattet werden. Es wurden mit hohem Aufwand und Engagement Sonderanfertigungen für die Funk-, Signal- und Aufzeichnungstechnik entwickelt, die dem täglichen Einsatz gerecht werden müssen und die nicht auf dem ersten Blick erkennbar sind.

Adäquate Polizisten für diese Einheit zu finden, war das geringste Problem, da in der Verkehrsdirek-

tion eine Vielzahl von erfahrenen Kradfahrern ihren Dienst versehen. Die Eskortierung von Staatsgästen, Verkehrslenkungsmaßnahmen bei Demonstrationen oder die Streifenfahrt mit dem Krad gehören zum Aufgabenspektrum jeder der drei Verkehrsstaffeln der Polizei Hamburg. Viele Kollegen verfügen auch privat über jahrelange, fundierte Fahrpraxis mit dem Motorrad.

Vor dem ersten Einsatz standen dennoch weitere Speziallehrgänge, wie beispielsweise Motorradesicherheitstrainings im Extrem- und Hochleistungsbereich, ein Zweiradtechniklehrgang und Verkehrsrechtsfortbildung mit anschließendem Auswertungsmodul für die technische Beweissicherung.

Bei der Auswahl der Motorräder wurde auf die Technik der Firma BMW zurückgegriffen. Neben Geschwindigkeiten von mehr als 200 Stundenkilometern sind ABS und ein hohes Drehmoment, welches dem schnellen Herannahen an



Rückansicht für Verkehrssünder

vorausfahrende Fahrzeuge dient, relevant. Beim ProVida-Krad handelt es sich nicht um ein Sport- und Freizeitfahrzeug, sondern um einen „Arbeitsplatz“, der viele Komponenten vereinen muss. So muss sich der Fahrer einerseits schnell und wendig bewegen können und andererseits muss ein gewisser Komfort vorhanden sein, da er sich oftmals über mehrere Stunden auf dem Motorrad aufhalten muss.

An schwierigen Situationen mangelt es den Polizisten auf den Video-Krädern nicht, wenn sich beispielsweise zwei Kurierfahrer ein Rennen mit bis zu 100 Stundenkilometern in der Hamburger Innenstadt liefern. Oder beim Filmen und Messen eines Motorradfahrers, der bei erlaubten 50 Stundenkilometern mit 136 km/h verfolgt und gestoppt wurde.

Die Polizei verfolgt einen Verkehrssünder jedoch nicht um jeden Preis. Sowohl die Sicherheit unbeteiligter Verkehrsteilnehmer und der eingesetzten Polizisten als auch des Flüchtigen muss bei dieser besonderen Form der polizeilichen Verfolgung stets gewahrt sein.

Wird eine Verfolgung aus Sicherheitsgründen abgebrochen, werden intensive Ermittlungen geführt, um den Fahrer namhaft zu machen und das Delikt zu ahnden. Festzuhalten ist, dass mit diesem neuen Einsatzmittel in den vergangenen Monaten eine Vielzahl von Verkehrsverstößen geahndet werden konnte.

Die ProVida-Kräder dienen der Reduzierung von Verkehrsunfällen, besonders von schweren Unfällen mit Motorrädern. Sie stellen einen weiteren Mosaikstein für mehr Verkehrssicherheit auf Hamburgs Straßen dar. ■

Gelungene Einheitsfeier

Flexibles Polizeikonzept hielt Störer fern



Dirk Claussen, FLD 21,
Führungs- und Lagedienst

„Einheitsfeier, Hamburg wird zur Festung. Weil die Chaoten randalieren wollen, rüstet die Polizei auf.“, lautete die Schlagzeile einer Hamburger Zeitung. „Bürgerfest oder Polizeifest?“, die Frage sollte bald beantwortet werden.

Die Stadt Hamburg als Gastgeber

Die zentralen Feierlichkeiten zur Deutschen Einheit bestehen aus einem protokollarischen Teil (Gottesdienst, Festakt mit Empfang des Bundespräsidenten) und einem großen Fest für die Bürger. Am 3. Oktober 2008 fanden die zentralen Feierlichkeiten zum 18. Tag der Deutschen Einheit in Hamburg statt, da der Erste Bürgermeister auch der amtierende Präsident des Bundesrates war. An der Veranstaltung nahmen der Bundespräsident, die Bundeskanzlerin sowie viele internationale Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft teil. Weiterer Bestandteil war die Teilnahme von Bürgerdelegationen sowie ein hohes Besucheraufkommen auf dem Bürgerfest.

Die Polizei Hamburg als Garant für Sicherheit

Die protokollarischen Teile mit dem ökumenischen Gottesdienst am Vormittag im Hamburger Michel und dem Festakt im Theater im Hafen, mit insgesamt bis zu 1 600 geladenen Teilnehmern, forderten die Polizei besonders durch die Wahrnehmung des Personen- und Objektschutzes durch Bundeskriminalamt und Landeskriminalamt Hamburg sowie durch Lotsung der großen Anzahl von Fahrzeugkolonnen durch die Beamten der Verkehrsdirektion.

Das große Bürgerfest fand aufgrund des Wochenendes nicht nur am Freitag, den 3. Oktober, sondern auch am Samstag und Sonntag statt.

Als Besonderheit unter den vielen Darbietungen auf dem Bürgerfest präsentierten sich die Bundesländer in sogenannten „Länderzelten“. Der Erfolg des Festes wurde durch die Teilnahme von rund 200 000 Besuchern allein am Freitag dokumentiert. Die Polizei zeigte an allen drei Tagen starke Präsenz und gewährleistete so einen störungsfreien Verlauf des Bürgerfestes.

Die Gegendemonstration

Die Polizei Hamburg sah sich am Tag der Deutschen Einheit einem relativ hohen Potential von Gegendemonstranten gegenüber. In der Linken Szene hatte sich ein Bündnis, mit dem Motto „Hart Backbord





– Tag der Deutschen Einheit – kein Tag zum Feiern“, gebildet. Der Tenor machte die Haltung der linken Szene klar. Ein Aufzug mit 1500 Teilnehmern von der St. Pauli Hafenstraße zum Rödingsmarkt wurde angemeldet. Die Mobilisierungsaufrufe im Internet und per Flugblatt sprachen eine noch deutlichere Sprache. Dort hieß es „Deutschland in den Rücken fallen! Kämpft mit uns gegen Staat, Nation und Kapital!“ oder „In den Abendstunden des Tages der deutschen Einheit soll in Hamburg – dem Herzen der Bestie sozusagen – Unerhörtes laut durch die Straßen schallen.“

Das Landeskriminalamt prognostizierte eine Teilnehmerzahl von 1500 bis 2000, davon der größte Teil aus dem autonomen und linksextrem-aktionistisch orientierten Bereich sowie aus Kreisen gewaltbereiter Jugendlicher.

Die Polizei Hamburg stellte sich, besonders auch unter Berücksichtigung der Eindrücke aus dem schwie-

200000 Besucher konnten friedlich und unbesorgt den Tag der Deutschen Einheit in der Hafencity feiern

rigen Einsatz am 1. Mai 2008, auf eine kräfteintensive Aufgabe mit geschlossenen Einheiten zum Schutz der Veranstaltungen ein. So waren auch viele auswärtige Kräfte anderer Bundesländer und der Bundespolizei erforderlich.

Ein schöner Festtag

Der Tag der Deutschen Einheit war aus polizeilicher Sicht ein voller Erfolg. Die offiziellen Veranstaltungen konnten ohne größere Störungen durchgeführt werden. Der Aufzug der Gegendemonstranten umfasste 1650 Teilnehmer, darunter befanden sich rund 1000 gewaltbereite Personen. Störungen aus dem Aufzug heraus wurden umgehend durch die starke polizeiliche Begleitung unterbunden. Der Versuch von größeren Gruppen nach Aufzugsende zum Bürgerfest zu gelangen wurde verhindert. Daraufhin sendete

ein einschlägiger Radiosender den Aufruf, dass möglichst Einzelpersonen in bürgerlicher Kleidung zum Bürgerfest kommen sollten. Gruppen hätten keine Chance. Mehrfach versuchten daraufhin Kleingruppen unter Mitführung von gefährlichen Gegenständen (u. a. Schlagwerkzeuge, Knallkörper) in das Bürgerfest einzusickern. Sie wurden aber immer wieder durch polizeiliche Sperr- oder Raumschutzkräfte erkannt, angehalten und überprüft. Die Bilanz am Ende des Tages: 2 verletzte Polizeibeamte, 2 Festnahmen und 34 In-gewahrsamnahmen und viele Platzverweise gegen potentielle Störer.

Die Frage „Bürgerfest oder Polizeifest?“ lässt sich eindeutig beantworten: Ein tolles Bürgerfest ohne Störungen. So sah es auch Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus in einer Pressemitteilung: „Unser Konzept der Deeskalation durch Stärke ist voll aufgegangen. Die Polizei war gut aufgestellt, auf alles vorbereitet und agierte taktisch klug.“■

Fußball-EM 2008

Das Konzept ging auf



Michael Allers, ZD 012.2,
Zentraldirektion

Jubelfeiern, Autocorsos und Hupkonzerte. Deutschlandfahnen an zahlreichen Autos und Balkonen. Familienausflüge zum Fußball. Nationenübergreifende Partystimmung. Überwältigende Fußballatmosphäre, ob in Gaststätten und Vereinshäusern, in privater Runde oder beim Public-Viewing auf dem Heiligengeistfeld. Die Fan-Feste anlässlich der Fußball-EM 2008 gewannen nicht zuletzt durch den sportlichen Erfolg der Deutschen Mannschaft zunehmend an Attraktivität. Die Besucherzahlen übertrafen selbst die kühnsten Erwartungen. Nicht zuletzt ist dieses auch ein Verdienst des Veranstalters und der Polizei, die bereits neun Monate vor Beginn der EM mit der Entwicklung eines Präventionskonzeptes begannen.

Arbeitskreis Fan-Fest Euro 2008

Im September 2007 wurde unter Federführung der Behörde für Bildung und Sport ein behördenübergreifender Arbeitskreis „Fan-Fest Euro 2008“ eingerichtet. Ziel des Arbeitskreises war es, ein geeignetes



Die hohen Besucherzahlen auf dem Fan-Fest machten die Anwesenheit der Polizei erforderlich

Veranstaltungsareal zu finden, auf dem Fußballfans die Spiele live verfolgen konnten. Dabei sollte die Veranstaltungsfläche für die Besucher möglichst attraktiv gestaltet und die Fachbehörden frühzeitig eingebunden werden, um Genehmigungs- oder Sicherheitsfragen zu erörtern. An den monatlich anberaumten Sitzungen nahmen u. a. Vertreter des Sportamtes, der Polizei, der Feuerwehr, der Hamburg Marketing, des Hamburger Verkehrsverbundes und des Fanprojektes teil.

Die auszuwählende Eventfläche sollte citynah gelegen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen sein. Das Heiligengeistfeld bot aufgrund der überwiegend positiven Erfahrungen anlässlich des

FIFA-Fan-Festes WM 2006 ideale Voraussetzungen und sollte für bis zu 40 000 Besucher ausgelegt sein. Neben einer überdimensionalen Leinwand wurde in Anlehnung an die Gastgeberländer Schweiz und Österreich auf dem Veranstaltungsareal u. a. ein Alpenland errichtet, das Einblicke in Tradition und Lebensweisen beider Länder bot. Zudem wurde dem Veranstaltungsareal durch das angrenzende Vergnügungsviertel St. Pauli zusätzliche Attraktivität verliehen.

Zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsstandards war es frühzeitig erforderlich, in Absprache mit dem Veranstalter ein Bündel an Sicherheitsmaßnahmen abzustimmen und später in die Praxis umzusetzen.

Die Fußball-WM 2006 in Deutschland hatte nicht nur in Hamburg

deutlich gemacht, dass Fußballfans weniger im Umfeld eines Fußballstadions Gefahrensituationen verursachen, sondern vielmehr auf den großen Public-Viewing-Veranstaltungen. Die meisten Fußballstadien bieten schon lange hohe Sicherheitsstandards. Das Fan-Fest Euro 2008 stellte die Hamburger Polizei vor besondere Herausforderungen, da Standards und Konzeption an die geplante Veranstaltung anzupassen bzw. zu entwickeln waren.

Drei wesentliche Fragen galt es bei den Planungen zu berücksichtigen: Würde die Resonanz der Fußballfans ähnlich groß sein wie bei der WM 2006 im eigenen Land? Wie würden sich die Anhänger anderer Fußballnationen verhalten, besonders die russischen, polnischen oder die zahlreichen türkischen Mitbürger? Welche Aufgaben kommen auf die Polizei Hamburg zu, sollte es zu einer möglichen Halbfinalbegegnung Deutschland – Türkei kommen?

„Pflichtenheft Sicherheit“

Basierend auf einem Beschluss der Innenministerkonferenz zur WM 2006 wurde seitens der Polizei deutschlandweit allen Veranstaltern von großen Public-Viewing-Veranstaltungen auch zur Euro 2008 ein „Pflichtenheft Sicherheit“ an die Hand gegeben.

Dieses Pflichtenheft umfasste einen weit reichenden Katalog an Sicherheitsmaßnahmen in Zusammenhang mit Public-Viewing-Veranstaltungen und hatte sich während der WM 2006 ausdrücklich bewährt.

Hierzu zählten u.a. die Umzäunung des Veranstaltungsbereichs,

die Installation von Video- und Lautsprecheranlagen, die Einteilung des Areals in Sektoren mit erkennbarer Beschilderung für die Besucher, das Vorhalten ausreichender Rettungswege, die Errichtung sogenannter Wellenbrecher sowie das Verbot des Ausschanks von Getränken in Flaschen oder Glasgefäßen. Zudem hatte der Veranstalter einen professionellen Ordnungsdienst einzusetzen, dessen Anzahl eingesetzter Mitarbeiter je nach polizeilicher Lageeinschätzung variierte.

Vordringlichste Aufgabe des Ordnungsdienstes war es, bereits durch Zugangskontrollen an den Eingängen zum Fanfest sicherzustellen, dass Besucher keine Feuerwerkskörper, Schlagwerkzeuge, Waffen oder andere gefährliche Gegenstände auf dem Veranstaltungsgelände mit sich führten. Außerdem durften Besucher mit sperrigen Gegenständen oder mit Gegenständen, die als Wurfgeschosse hätten Verwendung finden können, mit Getränkeflaschen, Dosen oder ähnlichen Behältern nicht eingelassen werden. Selbiges galt auch für erheblich alkoholisierte Personen.

Einsatzvorbereitung Polizei

Parallel zum behördenübergreifenden Arbeitskreis der Behörde für Bildung und Sport als Veranstalter bereitete sich die Polizei Hamburg auch intern auf diesen Großeinsatz vor. Während sich die Aufgaben des Veranstalters ausschließlich auf die Sicherheit im Veranstaltungsareal erstreckten, hatte die Polizei weitergehende Sicherheitsüberlegungen anzustellen. Hier galt es vor allem die mögliche Anzahl und die Anreisewege der unterschiedlichen Fan-

gruppen in Erfahrung zu bringen. Die Verkehrsbeeinträchtigungen sollten aufgrund der Vielzahl der Besucher durch ein Verkehrskonzept so weit wie möglich reduziert werden. Nicht zuletzt musste sich die Polizei Hamburg auf mögliche Siegesfeiern besonders in St. Pauli oder in Form von hamburgweiten Autocorsos taktisch und personell einstellen.

Dafür war es erforderlich, in enger Abstimmung mit Vertretern der Hamburger Verkehrsbetriebe ein Konzept für die An- und Abreise zum/vom Fan-Fest zu entwickeln. Besonders nach Ende solcher Groß-

Nicht weniger Fans auf dem Fan-Fest als im Fußballstadion



veranstaltungen kommt es aufgrund tausender gleichzeitig abwandernder Besucher an den Ausgängen oder an Bahnhöfen immer wieder zu erheblichen Gefahrenmomenten. Um diese Gefahren für die Besucher zu reduzieren, wurden zusätzlich Sonderzüge eingesetzt, die Anzahl der Waggons erhöht und eine 5-Minuten-Taktung der U-Bahnen festgelegt.

Zudem galt es aus polizeilicher Sicht zu berücksichtigen, dass zeitweise neben dem Fanfest noch drei weitere Großveranstaltungen auf dem Heiligengeistfeld stattfanden. Hier sind die über ein Wochenende verlaufenden Harley-Days zu nennen, eine in Hamburg schon traditionelle Veranstaltung, die am

Haupttag bis zu 350 000 Besucher in ihren Bann zog. Nach zahlreichen Ortsterminen und Abstimmungsgesprächen zwischen den beiden Veranstaltern und der Polizei gelang es schließlich, einen für alle Beteiligten tragfähigen Kompromiss zu erzielen. Das polizeiliche Konzept gewährleistete, dass Fan-Fest und Harley Days auf einer Fläche nebeneinander stattfinden konnten und es nur zu kleineren Störungen durch an- bzw. abfahrende Cruiser und Fußballfans kam.

Darüber hinaus wurden mögliche Auseinandersetzungen rivalisierender Fußballfans in die polizeiliche Beurteilung einbezogen.

Polizeiliche Erfahrungen zeigen, dass Fußballfans, im Gegensatz zu

Anhängern anderer Sportarten, stärker emotionalisiert und alkoholisiert sind und es nicht zuletzt aufgrund dieser Umstände schon aus vermeintlichen Nichtigkeiten zu Streitigkeiten oder handfesten Auseinandersetzungen kommen kann.

Dieses gilt vor allem für Fan-Feste mit mehreren zehntausend Besuchern, wo sich aufgrund gruppendynamischer Prozesse die aufgezeigten Verhaltensweisen noch potenzieren. Dabei spielt der Umstand, ob die eigene Mannschaft gewonnen oder verloren hat, keine Rolle.

Nicht zuletzt war es für die Polizei von besonderem Interesse zu erfahren, ob sich gewalttätige Fußballanhänger auf das Fanfest begeben würden, um dort bzw. im näheren Umfeld gezielt die körperliche Auseinandersetzung mit anderen Fußballfans zu suchen.

Bei diesem Personenkreis handelt es sich überwiegend um Jugendliche und Heranwachsende. Ihre Freizeit widmen sie nach Schule oder Beruf fast ausschließlich ihrem Fußballverein bzw. dem jeweiligen Fanclub. Während der größte Teil der organisierten Fußballfans seinen Club bei Heim- oder Auswärtsspielen „supportet“, ohne dass es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit gegnerischen Fans kommt, hat sich in Hamburg seit vielen Jahren auch eine Problemfanszene gebildet. Sofern keine Fanfreundschaften bestehen, suchen Teile dieser Szene im Rahmen von Fußballspielen regelhaft die Konfrontation mit gegnerischen Fans oder auch der Polizei. Klar, dass solche „Fans“ in entsprechender Größenordnung auf einem Fan-Fest für die Polizei ein großes Risiko darstellen. Um ihr Verhal-



ten, ihre Anzahl und mögliche Absichten zu erkennen, setzt die Polizei Hamburg szenekundige Beamte ein. Diese Mitarbeiter verfügen seit Jahren über Einblicke in die Hamburger Fußball-Problemfanszene und können daher mögliche Absichten und Verhaltensweisen der Problemfans prognostizieren.

So wurden im Vorfeld des Fanfestes der Hamburger Polizei bekannte Problemfans aufgesucht und „Gefährderansprachen“ durchgeführt. Diesen Personen wurde deutlich gemacht, dass sie unter besonderer polizeilicher Beobachtung stehen und sie über mögliche rechtliche Konsequenzen bei fußballtypischen Straftaten zu informieren.

Halbfinale Deutschland – Türkei

Die WM 2006 hat gezeigt, dass die Spiele der Deutschen Mannschaft die weit aus größte Resonanz bei den Fans hervorriefen. Ganz entscheidend für die polizeiliche Einsatzkonzeption war das sportliche Abschneiden der deutschen Nationalmannschaft. Nach Beendigung der Viertelfinals Spiele war klar: Es kommt zum Halbfinale Deutschland – Türkei.

Aufgrund der hohen Besucherzahlen bei Deutschland-Spielen auf dem Heiligengeistfeld hatte sich die Betreibergesellschaft Spielbudenplatz zum Ende der EM hin entschlossen, dieses Fußballspiel live von der Leinwand des Operettenhauses auf dem Spielbudenplatz zu übertragen. Dieses gestaltete die Einsatzplanungen der Polizei noch komplexer und schwieriger: Zwar konnte man den Besucherdruck auf das Gelände des Heiligengeistfelds

durch diese Alternative etwas reduzieren, zugleich würden aber noch mehr Menschen in den Veranstaltungsraum strömen.

Bereits 45 Minuten vor Anpfiff um 21:00 Uhr war das Areal des Fanfestes mit 40000 Besuchern restlos ausgelastet. Unter den Besuchern befanden sich rund 10000 türkische Anhänger. Die Eingänge mussten geschlossen und noch anstehende Besucher auf den Spielbudenplatz verwiesen werden. Dort fanden sich noch einmal rund 3000 Fußballinteressierte ein. Auf dem Fanfest blieb es, abgesehen von mehreren kleinen Auseinandersetzungen und dem mehrfachen Entzünden von bengalischem Feuer und Rauchpulver, weitestgehend ruhig. Durch die taktische Postierung von Polizeikräften an möglichen Brennpunkten konnten weitere Störungen verhindert bzw. zügig beseitigt werden.

Das Spiel bot viel Spannung und endete mit einem glücklichen 3:2 Sieg für die Deutsche Nationalmannschaft.

Im Anschluss des Spiels fuhren fast alle türkischen Fans wieder nach Hause. Sie hatten sich damit nicht nur auf dem Platz trotz des turbulenten Spielverlaufes als faire Verlierer erwiesen. Stattdessen waren es überwiegend alkoholisierte Fans der deutschen Mannschaft, die trotz des Sieges ihrer Mannschaft nach dem Spiel Sicherheitsstörungen, besonders im Vergnügungsviertel St. Pauli, verursachten. Darüber hinaus mussten aufgrund von Jubelfeiern neben den Straßen rund um das Veranstaltungsgelände auch der Gänsemarkt und große Teile des Karolinenviertels für den Fahrzeugver-

kehr gesperrt werden. In Hamburg-Harburg führten deutsche Fans mit rund 200 Fahrzeugen einen Autocorso und eine Jubelfeier mit rund 2000 Teilnehmern auf der Fahrbahn durch. Durch Einsatzkräfte musste der Harburger Ring für etwa zwei Stunden gesperrt werden.

Dass es „nur“ bei gut 100 Eingriffsmaßnahmen gegen Fußballfans blieb, ist gewiss auch das Resultat polizeilicher Arbeit. Tausende von Besuchern konnten aufregende Fußballspiele verfolgen, ohne dass es zu größeren Störungen kam.

Zahlen des Spieltages

Die polizeiliche Statistik des Spieltages bei rund 1000 eingesetzten Polizeibeamten: Gegen 39 Personen wurden Platzverweise ausgesprochen, 55 Personen in Gewahrsam genommen und weitere 10 Personen vorläufig festgenommen. Insgesamt registrierte die Polizei Hamburg bei diesem Spiel 21 Straftaten. Bei knapp der Hälfte aller Delikte handelte es sich um Körperverletzungen. Unter den Tätern befanden sich auch zwei Personen, die der Polizei Hamburg als „Gewalttäter Sport“ bekannt sind. Gegen sie wurden nach dem Spiel Aufenthaltsverbote bis zum Ende der EM für das Fan-Fest und den Bereich St. Pauli ausgesprochen.

Ausblick

Derzeit werden bereits die Vorbereitungen für das WM-Jahr 2010 getroffen. Sollte sich die deutsche Mannschaft für das Turnier qualifizieren, ist das nächste große Public Viewing in Hamburg gewiss. Auch hier wird die Polizei für (Ihre) Sicherheit sorgen. ■

Öffentliche Ehrung

für die Hamburger Polizei und ihre Stadtteilpolizisten



Michael Mock, PK 11,
Besonderer Fußstreifendienst

Das Aufgabengebiet eines Stadtteilpolizisten, Bürgernahen Beamten, Beamten im besonderen Fußstreifendienst (BFS) oder wie immer man ihn auch nennen will, ist vielfältig. Dass aber die Bürger eines Stadtteils die Arbeit als etwas Besonderes ansehen und einen Stadtteilpolizisten für eine Auszeichnung vorschlagen und auch seinen Kollegen einen besonderen Dank zukommen lassen, das ist ungewöhnlich.

Mein Name ist Michael Mock, ich bin Bürgernaher Beamter im Stadtteil St. Georg.

Der 21. April 2008 sollte für mich und alle anderen Beamten im Besonderen Fußstreifendienst ein besonderer Tag werden. Der Tag der Einladung für eine **öffentliche Ehrung für die Hamburger Polizei und ihre Stadtteilpolizisten**.

Ich hatte wie jeden Morgen auf der Wache in die Post geschaut. Da war ein großer Brief für mich. Nun ja, das ist nichts Besonderes, denn große Briefe erhalte ich schon ab und zu. Ich öffnete den Brief. Es war nicht nur ein einfaches Schreiben,



Der Portugaleser

Der Portugaleser ist eine Ehrenmedaille der Hansestadt Hamburg, die an Personen verliehen wird, die sich um das Wohl der Hamburger Bürger in besonderer Weise verdient gemacht haben.

Die Münze hat ein portugiesisches Vorbild und wurde 1553 erstmalig in Hamburg geprägt. Seit 1623 gab es den Portugaleser als Gedenkmünze, zunächst wurde er als Admiralitäts-Portugaleser geprägt, um an die Geburtsstunde der hamburgischen Admiralität zu erinnern. Gäste Hamburgs erhalten auch heute noch den Admiralitäts-Portugaleser für ihren Verdienst um die Hansestadt.

Der Portugaleser „Bürger danken“ in Silber und Bronze wird seit 1986 vom Zentralausschuss Hamburgischer Bürgervereine von 1886 r.V. gestiftet und einmal im Jahr am Bürgertag an ausgewählte Persönlichkeiten verliehen.

sondern ein kleiner Ordner. Der Brief kam vom „Zentralausschuss der Hamburger Bürgervereine von 1886 e. V.“ und dabei war ein Informationsschreiben dieses Vereins. Ich überflog die ersten Absätze:

„Herrn Polizeihauptkommissar Michael Mock... 6. Mai... Hamburger Bürgertag... Zentralausschuss der Hamburger Bürgervereine ... BÜRGER DANKEN... Informationsschrift... Stiftung... Portugaleser... Silber und Bronze.“

Den folgenden Abschnitt habe ich ausführlich und langsam gelesen. Da stand doch wirklich, dass ich eine ganz besondere Ehrung erhalten sollte:

„Präsidium und Hauptausschuss des Zentralausschuss Hamburger Bürgervereine haben beschlossen, Ihnen, sehr geehrter Herr Mock, für Ihre Arbeit in St. Georg, beispielhaft für alle Stadtteilpolizisten, den Portugaleser BÜRGER DANKEN in Silber zu geben.

Wir hoffen, dass Sie die Einladung zum Hamburger Bürgertag am 6. Mai wahrnehmen können und unsere Auszeichnung an diesem Tag entgegennehmen mögen.“

Ich sollte für meine Arbeit und **beispielhaft für die Arbeit aller Stadtteilpolizisten** ausgezeichnet werden. Ich freute mich riesig! Das musste ich erst einmal meiner Frau erzählen und beim Zentralausschuss zurückrufen.

Dort erfuhr ich, dass sechs Beamte von anderen Wachen stellvertretend für alle Stadtteilpolizisten an der Feier teilnehmen sollten. Als ich noch hörte, dass ich mit der Zweiten Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram, dem Senator für Inneres Udo Nagel und dem Intendanten



Der Intendant des Ohnsorg-Theaters Christian Seeler, die Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram, der damalige Senator für Inneres Udo Nagel und Michael Mock (v.l.n.r.)

vom Ohnsorg-Theater Christian Seeler ausgezeichnet werden sollte, war ich schon sehr stolz.

Der Hamburger Bürgertag ist eine der wichtigsten Veranstaltungen für die Hamburger Bürger-, Heimat- und Kommunalvereine. Der Zentralausschuss Hamburgischer Bürgervereine vergibt seit 1986 anlässlich dieser Veranstaltung den zum 100-jährigen Vereinsbestehen gestifteten Portugaleser BÜRGER DANKEN, die höchste Auszeichnung der Hamburger Bürgervereine.

Er ist die einzige Auszeichnung, die sozusagen „von unten nach oben“ vergeben wird, also von den Bürgern der Stadt an Personen aus Wirtschaft, Kultur, Verwaltung.

Die Portugaleser BÜRGER DAN-

KEN in Silber und Bronze werden nach strengen Kriterien durch den Präses des Zentralausschusses der Hamburger Bürgervereine mit einer Urkunde vergeben.

Einen Portugaleser BÜRGER DANKEN in Silber erhalten Personen, die sich im Bereich von öffentlichem Wirken, Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft oder Medien um das Wohl der Hamburger Bürger besonders verdient gemacht haben. Der silberne Portugaleser wird als symbolischer Dank gegeben. Er soll die genannten Bereiche auch erinnern, die Bedürfnisse der Bürger nicht zu vergessen.

Soweit so gut, aber wie kommt denn der Bürgerverein zu St. Georg auf die Idee, mich als Stadtteilpolizisten für diesen Bürgerpreis vorzuschlagen? Inge Foerster-Baldenius ist Mitglied im Bürgerverein zu St. Georg und sie habe ich gefragt, was den Verein veranlasst hätte mich für so eine Auszeichnung vorzuschlagen. Sie hat mir in einem Brief Folgendes mitgeteilt:

„Gerne habe ich Sie vor einem Jahr dem Bürgerverein empfohlen, Ihnen für Ihre Arbeit als BünaBe in St. Ge-

org einen Portugaleser zu verleihen. Der Vorstand des Bürgervereins hat zugestimmt. Wir schätzen Ihre Bemühungen um das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger und ihrer Kinder in St. Georg sehr. Aber natürlich schätzen wir auch genauso die Arbeit Ihrer Kolleginnen und Kollegen. Aber nur einer Person kann der Portugaleser verliehen werden, deshalb haben Sie ihn für ihre gute Arbeit beispielhaft für die Arbeit aller Stadtteilpolizisten erhalten. Der Portugaleser gehört Ihnen, es steht ja Ihr Name drauf. Das ist etwa so wie mit einer Goldmedaille. Der Sportler bekommt sie, aber er gewinnt sie für sein Land. Deshalb wird auch die Nationalhymne bei der Verleihung gespielt. Im Hamburger Rathaus erklingt bei der Verleihung des Portugalesers die Hamburg-Hymne „Hamburg an der Elbe Auen“. Ich finde, da es ein Hamburger Preis ist, ist diese Hymne auch angemessen. Wie ich Sie kenne, fällt es Ihnen leicht Ihren Kolleginnen und Kollegen etwas von Ihrem Ruhm abzugeben.“

Der Tag der Verleihung rückte unaufhaltsam näher. Heute sollte es soweit sein, der 6. Mai 2008, der Tag der großen Feier.

Ich hatte wie an jeden anderen Tag meinen Dienst aufgenommen, um mich rechtzeitig umzuziehen. Natürlich habe ich die „Ausgeh-Uniform“ angezogen. Meine Frau erschien an der Wache und zusammen mit meinem Dienststellenleiter, Ulf Schröder, sind wir von einem Kollegen zum Rathaus gefahren worden.

Um 16:45 Uhr war für die Personen, die einen Preis erhalten sollten, ihre Begleiter und die Presse eine Pressekonferenz im Remter anberaumt. Dort wurden wir von

einem persönlichen Betreuer empfangen, der die Aufgabe hatte, meine Frau und mich bis hin zum großen Festsaal zu begleiten. Die anderen Preisträger erschienen ebenfalls und der Innensenator begrüßte uns. Ich muss sagen, ich war ziemlich aufgeregt. Dann erschien der Präses des Zentralausschusses der Hamburger Bürgervereine, der die Preisträger alle vorstellte. Nach der Vorstellung ging es in den Innenhof des Rathauses, wo Pressevertreter und Begleiter Fotos machten.

Bei dem Festsaal handelte es sich um den Kaisersaal, wo wir in Richtung Senatsloge begleitet wurden. Dort hat uns der Zeremonienmeister empfangen und uns wurden unsere Plätze zugewiesen.

Rund 800 geladene Gäste aus Bürger- und Heimatvereinen sowie Vertreter weiterer gesellschaftlich relevanter Hamburger Institutionen versammelten sich in stimmungsvoller Atmosphäre zum traditionellen Stehempfang im Großen Festsaal des Rathauses.

Der Erste Bürgermeister Ole von Beust und der Präses des Zentralausschusses der Hamburger Bürgervereine Michael Weidmann hielten ihre Reden, bevor die Portugaleser BÜRGER DANKEN verliehen wurden.

Ich glaubte, jeder im Saal würde meine Aufregtheit und meine Freude sehen. Der Präses verlas den Grund, warum mir dieser Preis verliehen wurde, er sagte Folgendes:

„Der Zentralausschuss der Hamburger Bürgervereine dankt hiermit für Verdienste um das Wohl Hamburger Bürger und überreicht Michael Mock als Anerkennung den Portugaleser in

Silber, die höchste Auszeichnung der Hamburger Bürgervereine als Dank für seine Arbeit in St. Georg, beispielhaft für den Einsatz aller Stadtteilpolizisten unserer Stadt. Bürgernahe Polizeiarbeit hat in den Beamten des Besonderen Fußstreifendienstes ein Aushängeschild, deren Erfolg vor allem vom persönlichen Engagement jedes einzelnen Stadtteilpolizisten, seiner Kenntnis des Stadtteils und der Bewohner abhängt. Für die Bürgervereine ist diese Präsenz vor Ort unverzichtbar und ihr Ausbau erstrebenswert.“

Ich war stolz und hatte nasse Hände. Die musste ich schnell trocken bekommen, da ich nach vorn musste, um die Auszeichnung und die dazu gehörende Urkunde entgegenzunehmen. Ich bekam mein Grinsen nicht mehr aus dem Gesicht.

Beifall und Fotos, die Urkunde in der einen Hand und den Portugaleser in einer Samtschatulle in der anderen Hand, ein Händedruck vom Präses, noch ein paar Fotos, dann konnte ich mich wieder setzen. Nachdem alle ihre Urkunde und den Portugaleser erhalten hatten, folgten schöne, von den Klängen zweier Schifferklaviere untermalte Gesänge des Seemannschors, wobei den Abschluss das gemeinsame Singen der Hamburg-Hymne bildete.

Ich musste noch etliche Hände schütteln und mehrfaches Fotografieren über mich ergehen lassen, bevor ich zusammen mit meiner Frau den Heimweg antreten konnte.

Es war ein toller Tag und ein **ganz besonderer Tag für mich, alle Hamburger Stadtteilpolizisten, aber auch für die Hamburger Polizei.** Und es zeigt, dass unsere Arbeit für die Bürger dieser Stadt sehr wichtig ist!■

Die Wasserschutzpolizei

im Zeichen der Hafententwicklung



Björn Achenbach-Klitsch, WSPK 011,
Wasserschutzpolizeikommissariat



Mario Strunk, WSP 021.4,
Wasserschutzpolizeikommissariat

„Elbe 51/2 für Elbe 51, kommen!“

Nachdem die im Streifen- dienst eingesetzten Kollegen des WSPK 1 den Funk- spruch entgegengenommen haben, erhalten Sie von ihrem Wachhabenden den Auftrag, ein Containerschiff am Containerterminal Altenwerder grenzpolizeilich einkommend abzu- fertigen und bei dieser Gelegenheit die Gültigkeit verschiedener Schiffs- zeugnisse zu überprüfen. Noch kurz zuvor sicherten Beamte mit zwei Funkstreifenbooten das Passieren des über 300 Meter langen Schiffes im Köhlbrand sowie das anschließende Drehmanöver auf der Süderelbe ab. Auch die Hafensicherheitsbeamten sind auf dem Weg zum Liegeplatz. Sie wollen einen auffälligen, für den Import bestimmten Gefahrgutcon- tainer kontrollieren, sobald dieser von Bord geht. Da die Besatzung ei-

nes zweiten Funkstreifenwagens des WSPK 1 die grenzpolizeiliche Abfer- tigung weiterer angemeldeter Schiffe im Waltershofer Hafen übernommen hat, entschließen sich die Beamten an Bord des Containerschiffes, neben der Gültigkeit der Schiffszeugnisse auch die Einhaltung der Regeln zur Verhütung der Luftverunreinigung zu überprüfen.

Nicht allen der jährlich rund 12 500 den Hamburger Hafen errei- chenden Seeschiffe bringen die Po- lizeibeamten eine solche Aufmerk- samkeit entgegen. Es gilt: Nicht so viel wie möglich, aber so viel wie nö- tigt, um die Sicherheit im Hafen und auf der Elbe zu gewährleisten. Dies ist Teil der Strategie der Wasserschutz- polizei Hamburg mit dem Ziel, sich den ständig ändernden Herausfor- derungen eines wachsenden Hafens

anzupassen. Das ist kein neues Phä- nomen. Schon seit langem arbeitet der Hamburger Senat beständig an der Steigerung der Attraktivität des Hamburger Hafens. Dieses Bestre- ben mündete vor rund 15 Jahren in der Leitlinie „one face to the custo- mer“ (ein Ansprechpartner für den Kunden). Dahinter verbirgt sich das erfolgreiche Bemühen der hambur- gischen Verwaltung vor allem einen Ansprechpartner für die am Seehan- del Beteiligten zu positionieren: die Hamburger Wasserschutzpolizei. Ob bei einer Gewässerverunreinigung, einem Unfall im Straßenverkehr oder einem Bootsdiebstahl, alle Zustän- digkeiten sind der WSP Hamburg übertragen und dies nicht nur im Hamburger Hafen, sondern auch auf der Elbe von Cuxhaven bis Schna- ckenburg. Im täglichen Umgang mit unseren „Kunden“ erweist sich die- ses Konzept als außerordentlich er-

Küstenstreifenboot WS 2 „BÜRGERMEISTER WEICHMANN“



folgreich. Die Kapitäne begrüßen es, dass es in Hamburg möglich ist, die notwendigen Kontrollen vor allem durch einen Ansprechpartner durchzuführen und das auf einem hohen Niveau in relativ geringer Kontrollzeit. Da dieses Konzept auch für die Hafenvirtschaft gilt, wurden einige Organisationsreformen notwendig, die in die jetzige Struktur von drei Hamburger Wasserschutzpolizeikommissariaten, einem Cuxhavener Wasserschutzpolizeirevier und fünf Fachdienststellen (sowie deren Sachgebieten) mündeten.

Die sich verändernden Schwerpunkte im Umschlagsgeschehen des Hamburger Hafens bedingen einen überlegten und flexiblen Umgang mit unserem Personal und unseren Organisationsstrukturen. Ein Beispiel: Die durch das mit Abstand größte Seeschiffsaufkommen am WSPK 1 verursachte zunehmende Einsatzverdichtung erfordert die Anpassung der örtlichen Zuständigkeiten zwischen dem WSPK 1 und dem WSPK 3. Das Containerterminal Altenwerder liegt künftig im Gebiet des WSPK 3. Alle polizeilichen Aufgaben im Bereich Altenwerder werden durch die Harburger Kollegen wahrgenommen. Mit der Bereitstellung von vier zusätzlichen Stellen für den Bereich Maritime Sicherheit, die u. a. für den Aufbau einer weiteren Containerkontrollgruppe genutzt werden, wird diese Strukturmaßnahme auch personell unterstützt.

Der Ausbau und die Modernisierung des mittleren Freihafens ist eines der größten hafenvirtschaftlichen Projekte Hamburgs. Zukünftig sollen dort Liegeplätze für große Containerschiffe entstehen. Schon jetzt hat sich die Wasserschutz-

polizei mit dem Afrikahöft einen zentralen Standort für den Neubau des WSPK 2 im Hafen sichern können, da diese Dienststelle den neuen Containerumschlagsflächen weichen muss.

Auch der 2006 in Kraft getretene "Schengener Grenzkodex", der die wesentlichen Anforderungen an die Grenzkontrollen im Schengenraum formuliert, zieht umfangreiche personelle und materielle Aufwendungen nach sich. So wurden vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung Hamburgs als Basis- und Anlaufhafen für Passagierschiffe am Kreuzfahrtterminal Chicagokai die baulichen und technischen Voraussetzungen geschaffen, um diesen Anforderungen zu genügen. Die grenzpolizeiliche Kontrolle der Besatzungen und der Fahrgäste, 2008 kamen rund 50 000 Passagiere nach Hamburg, wird durch den grenzpolizeilichen Fachdienst mit personeller Unterstützung durch die Wasserschutzpolizeikommissariate sowie dem Fortbildungs- und Einsatzzug durchgeführt. Ab Mitte August 2009 wird das zweite Hamburger Kreuzfahrtterminal in Altona seinen Betrieb aufnehmen. Auch dort wird die Wasserschutzpolizei im Rahmen der geplanten Anläufe während der gesamten Liegezeiten präsent und für ihre „Kunden“ ansprechbar sein.

Nicht nur die Veränderungen im Hafen, auch die Entwicklungen in der Schifffahrt selbst machen es erforderlich, dass sich die WSP kontinuierlich positioniert. Nachdem aufgrund entsprechender internationaler Vorschriften sowie des dichten weltweiten Kontrollnetzes das Sicherheitsniveau in der Seeschifffahrt ständig verbessert werden konnte,

werden in der Zukunft Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes an Bedeutung gewinnen. Mit dem Inkrafttreten der Regeln zur Verhütung der Luftverunreinigung durch Schiffe gemäß Anlage VI des MARPOL-Übereinkommens¹ im Jahre 2005, nahm die WSP die Überprüfung der Einhaltung dieser internationalen Klimaschutzstandards im Rahmen der MARPOL-Kontrollen an Bord von Seeschiffen auf. Die Anzahl der Kontrollen wurde seitdem kontinuierlich erhöht.

Inzwischen hat die weltweite Abschwächung der Wirtschaft auch den Hamburger Hafen erreicht. Das Schiffsaufkommen wird geringer und die Lagerplätze für Leercontainer sind gefüllt. Die Zukunftsmärkte in Osteuropa, Südamerika und Asien bleiben jedoch bestehen. Daher haben die Betreiber der großen Containerterminals im Hamburger Hafen bereits umfangreiche Ausbaumaßnahmen eingeleitet. Die Betriebe werden ihre Umschlagkapazitäten von aktuell rund 11 Millionen Standardcontainern (TEU²), in den nächsten Jahren auf 15 Millionen TEU steigern. Der nächste Aufschwung kommt bestimmt.

Auch die Hamburger Wasserschutzpolizei wird diese Zeit nutzen, um sich abermals für die kommenden neuen Herausforderungen gut organisiert aufzustellen, denn auch in Zukunft soll es dabei bleiben: "Der Hamburger Hafen – schnell und sicher!"³

1 Internationales Übereinkommen 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen.
2 TEU = Twenty-foot Equivalent Unit (einem 20-Fuß-ISO-Container entsprechend).

Polizei Hamburg in Zahlen

Personal

9 748 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon:

- 6 174 bei der Schutzpolizei, davon 1 402 Frauen
- 1 521 bei der Kriminalpolizei, davon 394 Frauen
- 498 bei der Wasserschutzpolizei, davon 16 Frauen
- 1 555 der allgemeinen Verwaltung, davon 709 Frauen

In der Polizei Hamburg arbeiten 28 Vollzugsbeamtinnen und -beamte, 12 Arbeitnehmer (Beschäftigte nach TV-L) im Polizeidienst sowie 23 Arbeitnehmer der allgemeinen Verwaltung mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Ausrüstung

- 7 176 ballistische Unterziehschutzwesten
- 9 400 Reizstoffsprühgeräte
- 8 236 Pistolen SIG Sauer P 6
- 34 Pistolen Walther P 5
- 575 Pistolen Heckler und Koch P 2000 V 2
- 482 Maschinenpistolen Heckler und Koch MP 5

Einsatzkommunikation

- 5 805 Funkgeräte
- 1 652 Mobilfunktelefone

Computer

- 6 350 PC, davon 5 621 vernetzt

Fuhrpark

- 236 Funkstreifenwagen
- 114 Mannschaftswagen und Kleinbusse
- 493 zivile PKW
- 44 Motorräder
- 27 Nutzfahrzeuge und Anhänger
- 136 Sonder- und Spezialfahrzeuge

Gesamtjahresfahrleistung: 18,3 Millionen Kilometer

Dienstboote

- 2 Küstenstreifenboote mit Tochterboot
- 8 Hafestreifenboote
- 1 Alsterstreifenboot
- 6 Hilfeinsatzboote
- 6 Mehrzweckboote (LBP)
- 14 Katastrophenschutzboote
- 4 Schlauchboote mit Außenborder (LBP)

Einsatzzahlen 2008

- 500 335 Einsätze, d. h. 1 367 pro Tag

Stand: 31.12.2008



**Der Polizeiverein Hamburg e.V.
ist eine gemeinnützige Vereinigung
zur Förderung des Verständnisses
zwischen Bürger und Polizei.**
